Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 41 Jahrgang 5 Februar '88

00.2621 001 6 #
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Selbstverwaltung lernen?!

Red. Rhein/Main Zusammen leben - zusammen arbeiten zusammen lernen! hieß eine der kernigen Parolen Mitte der 70er Jahre. Die Praxis der Selbstverwalteten Betriebe und Projekte in den 80ern legt es allerdings nahe, den Spruch ein wenig der Realität anzunähern: Arbeiten - arbeiten - arbeiten!

Nicht die gänzliche Abschaffung der Arbeit, sondern das Angebot von Hilfen, um Arbeit effektiver und befriedigender zu gestalten, sind Schwerpunkte einer Reihe von Instituten und alternativen Bildungswerken. Daneben stehen Themen wie „Konfliktbewältigung in Kollektiven", Theorieseminare über Selbstverwaltung und vieles mehr in den Programmheften.

Ist Selbstverwaltung erlernbar? CONTRASTE ist der Frage nachgegangen und dokumentiert auf vier Seiten eine lebendige Diskussion um Stellenwert und Bedeutung einer alternativen Bildung für mehr Dynamik in der Selbstverwaltung. Gleichzeitig wird ein tiefer Einblick in eine unserer größeren Branchen gewährt. So war es beabsichtigt, doch es wurde mehr daraus: Eine kritische Bilanz und Analyse von 15 Jahren Selbstvewaltungspraxis.

CONTRASTE-Schwerpunkt „Selbstverwaltung Lernen?!" auf den Seiten 10 bis 13.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

... noch mehr Kacke am dampfen!

Neues gibt es vom Biogasreaktor-Erfinder Probst aus Niederbayern zu berichten. Nach diversen Anfragen des bayerischen Landtagsabgeordneten Kestel (GRÜNE), warum eine Erfindung behindert werde, die Energieausbeute in AKW-Dimensionen verheiße, schweigen Verantwortliche in der Regierung sich beharrlich aus. Dabei läßt sich inzwischen belegen, daß der patenttragende Wirtschaftsberater Klepsch mit seinen seltsamen connections zu Ministerien und zur KWU offensichtlich unzurechnungsfähig war oder ist.

Ein überaus skeptischer Beitrag zu unserer Biogas-Geschichte (Dezember '87) erreichte uns hingegen aus München. Bioexperte Roland Schnell von der REA/BTA warnt vor naivem Glauben an Wunderwaffen und sieht eher grundsätzliche Defizite in der Forschungs- und Technologiepolitik der GRÜNEN Partei. Die hingegen plant demnächst eine bundesweite Anhörung zum gesamten Biogas-Bereich.

Mehr dazu auf Seite 14

Schwerpunkt USA

Für die April-Ausgabe ist ein Themenschwerpunkt über Selbstverwaltungswirtschaft in den USA geplant. Wir wollen kritisch und möglichst kontrovers berichten über die employee-owned firms, über die Explosion des amerikanischen Dienstleistungssektors und den Abbau von Arbeitslosigkeit, über die zarten Keime einer produktivgenossenschaftlichen Bewegung und über andere Züge der Selbstverwaltungskultur dieses Landes, von der die bundesdeutsche Alternative Ökonomie mit „Twin Oaks" und „The Farm" vor ca. 15 Jahren erste wichtige Impulse bekommen hat.

Manuskriptangebote, Fotos, Reiseeindrücke bis 29. Februar 1988 (Deadline) erbeten an:
W. Beywl
Bonnstr. 84
5040 Brühl
oder CONTRASTE-Redaktion Bonn

Der besondere Tag

Gerhard Kern

Red. Heidelberg Eigentlich ist ja jeder Tag ein besonderer Tag, sollte es mindestens sein; will der Mensch nicht in Gleichgültigkeit und Monotonie versinken.

Doch will die hier begonnene Serie an jene Tage erinnern, die für die Allgemeinheit schwerer ins Gewicht fielen.

Ein Stück Erinnerung und Vergangenheitsbewältigung möchten die Artikel sein, was ja notwendig ist für einen hoffnungsvollen Start in eine menschlichere Zukunft!

Dies scheint angesichts der aktuellen Ereignisse dringender denn je, ist doch der Mensch allzugern bereit zu vergessen, was ihn ins Unglück trieb.

So wurde denn am 30. Januar 1933, also vor 55 Jahren, eine Entwicklung in Gang gesetzt, die zu den wohl folgeschwersten Ereignissen in den Jahren danach führte: *Die Machtergreifung Hitlers!*

Arbeitslosigkeit, Börsenkräche, Stagnation in der Wirtschaft, nach 1930 in Deutschland 4,4 Mio. Arbeitslose und 1933 dann 6 Mio, dies im Zusammenhang mit einer Weltwirtschaftskrise (auch damals war der Beginn in den USA), soziale Mißstände, ermöglichten es dem Bündnis von Deutschnationalen, dem Frontkämpferbund „Stahlhelm" und der NSDAP, den banalsten aller *Herren*, nämlich den Österreicher (erst 1932 erhielt der die deutsche Staatsbürgerschaft) Adolf Hitler durch Hindenburg an die Macht zu bringen.

Sofort begann jener HERR, sämtliche äußeren und inneren vertraglichen Bindungen zu lösen und errichtete die Schreckensherrschaft der Normalität. Alles, was dem im Wege stand, wurde beseitigt und/oder eingesperrt.

Nach der Brandstiftung im Reichstag findet die Verfolgung der politischen Gegner der NSDAP statt und die SPD darf ihre letzte Oppositionsrede im Reichstag halten. Noch im gleichen Jahr wurden die oppositionellen Parteien verboten und die konformistischen in die NSDAP integriert. Tausende von Kommunisten, Anarchisten und Sozialisten wurden verfolgt und in Konzentrationslager gebracht, von denen angeblich die nächstwohnenden Nachbarn nichts wußten. Es gibt keine Republik mehr, der nationalsozialistische Staat ist eingeläutet, dem Totalitarismus Tor und Tür geöffnet.

Und was hat das alles mit dem Hier und Heute zu tun?

Es gibt eine Menge von Anzeichen, die in eine ähnliche Richtung deuten, was nicht heißen muß, daß es zu dem gleichen Verlauf wie 1933 und danach kommen muß. Allein, die Skandale, die soziale Krise (die als solche vielleicht von vielen gar nicht bemerkt wird), die Börsen- und Dollarschwäche und nicht zuletzt die wieder zunehmende Verfolgung politisch Andersdenkender sollten uns wachwerden lassen, bevor ein neuer, sicherlich andersgearteter Holocaust Teile der Menschheit vernichtet.

Wie gesagt, Hitler war die Personifikation der Normalität, der Banalität, deren Gefahr Tausenden nicht bewußt war. Es wird sicherlich keinen neuen Führer mehr geben, zumindest nicht im Europa des Jahres 2000. Doch könnte die Macht diesmal ein anderes Aussehen haben, sicher wieder normal, so normal, daß wir gar nicht auf den Gedanken kommen....
Erinnerung tut gut und Parallelen gibt es!

Die Krise und ihre Täter

Aufbruch '88 - vielleicht nicht nur ein Ausweg aus der GRÜNEN Krise, sondern ein Vorbild für die Alternativszene. Ein Bericht von Petra Inden über den GRÜNEN Aufbruch Anfang Januar in Mainz.

Seite 3

Weg mit den Leichen im Keller

Über Konfliktregelungen in Selbstverwalteten Betrieben und Erfahrungen mit einem Schlichtungsmodell ein Beitrag von Hubert Kant auf

Seite 4

Wenn eine eine Reise tut

Gaby Elias, Vorstandsmitglied der BAG-Netzwerke, war Anfang Dezember '87 auf Einladung der Grünen Bildungswerkstatt in Wien. Zur Diskussion stand die Gründung eines „Ökofonds-Netzwerk" in Österreich.

Seite 4

Bundestreffen der Netzwerke

Auf **Seite 5** findet Ihr neben der Einladung zum Bundestreffen Beitrag über das im Rahmen des Treffens stattfindende Forum **Die Grünen und die Netzwerke** und unter dem Titel **No hau für die Sau** einen Bericht über das **BAG-„Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm".**

Wer sind wir? Was machen wir? Was wollen wir?

Die Geschichte und Arbeit des Frauenbereichs im AKes „Staatsknete" Berlin - Redaktion der CONTRASTE-Frauenseite - skizziert Karin Scheinert und über die Arbeit von Goldrausch, dem autonomen, feministischen Finanzierungswerk für Frauen, gleichfalls in Berlin, geben Birgit Cramon-Daiber und Gerda Lischke einen Überlick.

Seite 6

Der tote Wedding marschiert

Ein Bericht von Eberhard Seidel über das seit neun Jahren bestehende Stadtteil- und Kulturzentrum Fabrik Osloer Strasse im Berliner Stadtteil Wedding.

Seite 7

Ökobank

Es scheint, die Ökobank i.G. steht kurz vor dem großen Tor des Kapitals, das sich in Kürze öffnen soll. Ist damit der Weg frei zu den großen finanziellen Transaktionen auf den Kapitalmärkten der Welt?

In seinem Beitrag auf der Ökobank-Vereinsseite versucht Oliver Förster die Startbedingungen der Ökobank-Genossenschaft darzustellen, um anschließend, nachdem die Ökobank konkret werden könnte, sich deren weitere Entwicklung vorzustellen.

Seite 8

DER KOMMENTAR:

Verweigern für die Natur

Gunar Seitz, Redaktion Kassel

Wer hat Angst?

Die Atomwirtschaft ist wieder in Verruf gekommen. Nachdem amtliche Stellen Nachforschungen über den Verbleib von Plutonium anstellen, muß auch der loyalste Bundesbürger zu der Überzeugung gelangen, daß etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sein könnte.

Schon lange war klar, daß die Atomtechnologen keineswegs Unschuldslämmer sind, geschweige denn Friedenshüter. Atomtechnologen dienen zwei Herren, dem eigenen Profit und den Militärs. "Zivile Atomtechnologie", als friedlichste aller friedlichen Energien verkauft, ist ein Kernbereich militärstrategischer Überlegungen.

Gesellschafts- und Technologiekritiker, wie etwa Robert Jungk, haben schon in den 50er Jahren auf die enge Verzahnung von Bombenherstellung und Betrieb von "zivilen" Kernreaktoren und "zivilen" Aufarbeitungsanlagen hingewiesen. Wer hat ihnen damals geglaubt? Eine verschwindende Minderheit.

Und wie sieht es heute aus? Über die Aufdeckung der Hanauer Schiebereien ist das Tabu der zivilmilitärischen Zusammenarbeit im Atombereich endgültig gebrochen worden. Jedoch: auf anderen Ebenen, wie etwa im Gesundheitswesen, der Gentechnologie, der Medientechnologie, der Hochenergietechnologie wird nach wie vor der bedeutende Einfluß militärstrategischer Überlegungen nicht nur bestritten, sondern als Ausgeburt eines kranken Staatszerstörergehirns gebrandmarkt.

Sich durch derartige Anfeindungen entmutigen zu lassen hieße, an der Zerstörung von Leben mitschuldig zu werden. Denn all diese Technologien sind zuallererst naturzerstörend. Deshalb ist jede Aktion gegen das bereits in Friedenszeiten zerstörende Militär wichtig und notwendig. Militärökologische Forschungen haben ergeben, daß etwa ein Viertel aller Naturzerstörungen auf das Militär zurückzuführen sind.

Für mich heißt dies, den Kriegsdienst - wie auch entsprechende Dienste - aus *ökologischen* Gründen und mit aller Konsequenz zu verweigern.

CONTRASTE wirbt für Gegen-Sätze Gegensätze werben in CONTRASTE

Zur Zeit reden alle von „neuen Werten" (New Age, Partnerschaft in der Wirtschaft, Glasnost und Perestroika etc.). Deshalb ist es für uns an der Zeit, unsere „Werte" endlich wieder offensiv zu vertreten... - dachte sich unsere Werbeabteilung.

Die angebotenen Waren und Dienstleistungen von Selbstverwalteten Betrieben sind mindestens genauso „geschmackvoll", „ökologisch", „edel", „lesenswert", „interessant" ... wie andere. Sie zeugen zudem häufig von einer Kreativität und Besonderheit, wie das hierarchisch strukturierte Unternehmen sie kaum aufweisen kann. Aber wir befinden uns letztendlich auch 1988 noch im Kapitalismus, was sich z.B. daran zeigt, daß große Verlage Alternativ-Literatur auf- und verkaufen, daß die „Riesen-Waschkraft" inzwischen ökologisch geworden ist.

Wir denken eigentlich, daß man/frau in der Lage ist, zwischen alternativ und pseudoalternativ zu unterscheiden, und auch weiß, wen oder was er/sie unterstützen will, insbesondere, da der Überlebenskampf mit zunehmender (Wirtschafts-) Krise härter geworden ist. Trotzdem ist das Prädikat „Betrieb in Selbstverwaltung" als Hersteller noch nicht in dem Maße bei den Verbrauchern akzeptiert, wie es eigentlich sein müßte. Schließlich ist „selbstverwaltet" ebenso ein Wertmaßstab wie „ökologisch", eher noch handfester, und sollte sich in diesem Sinne auch als Markenzeichen etablieren können:

- Ist Selbstverwaltung etwa nicht der oftmals gelungene Versuch, hier und heute Utopien umzusetzen, von denen viele sprechen?
- Sind Selbstverwaltete Strukturen in Betrieben und Projekten nicht ein zu unterstützender Wert, weil dadurch der Kritik an den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen Rechenschaft getragen wird?
- Haben Projekte wie die taz z.B. nicht gezeigt, daß das Bild von der idealistischen Chaostruppe veraltet ist, und hier ernstzunehmende Gegenmodelle entstehen?
- Wird nicht an den Bunten Seiten z.B. deutlich, wie unterschiedlich und breitgefächert das Angebot ist?

Unsere Aktion „Gegensätze bilden - z.B. Verlage in Selbstverwaltung", die wir bis Juli zum verbilligten Anzeigenpreis anbieten (Interessenten bitte untenstehende Adresse anschreiben), ist nur der Anfang einer längst überfälligen **Image-Werbung für Selbstverwaltung.** Für politisch denkende Menschen muß die Organisationsform ein Kriterium sein.

Was unsere LeserInnen vielleicht erstaunen wird: Eine Umfrage der taz ergab, daß für 56% der taz-Leserschaft die selbstverwaltete Organisationsform von zentraler und wichtiger Bedeutung ist.

Also, her mit den „Neuen Werten".

Selbstverwaltung - Was sonst?

Am Thema „Markenzeichen Selbstverwaltung" als politische und ökonomische Perspektive wollen wir noch weiterdenken und sind daher sehr interessiert an einem Austausch mit CONTRASTE-LeserInnen. Auf Kritik, Meinungen, Anregungen freut sich die

CONTRASTE-Werbeabteilung
Sabine Joswig / Regina Engel
Schönfeldtstr. 41
3500 Kassel
☎(0561) 28 37 91 (nur Montag und Mittwoch)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Tilgungsgemeinschaft

Tilgungsgemeinschaft bedeutet, daß wir Leute suchen, die sich bereiterklären, monatlich zwischen 21 und 63 DM anzusparen – zugunsten von CONTRASTE und zwar über 4 Jahre. Der so anvisierte Gesamtbetrag (1.000 bis 3.000 DM) wird dann über eine Bank CONTRASTE sofort zur Verfügung gestellt. Dieses Geld wird dann frühestens nach 6 Jahren (also zwei Jahre nach Beendigung der laufenden Einzahlungen) zurückgezahlt werden. In Härtefällen sind dann allerdings Ausnahmen möglich.

Dazu ist eine Tilgungsgemeinschaftserklärung auszufüllen (incl. Einzugsermächtigung für die Bank).

Alle Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft werden Kreditgeber der CONTRASTE. Und damit die kreditaufsichtsrechtlichen Bestimmungen nicht verletzt werden – und CONTRASTE nicht zu viele einzelne Kreditgeber hat, ist es erforderlich, daß sich die Mitglieder der Tilgungsgemeinschaft auch rechtsverbindlich in einer Finanzierungsgemeinschaft (als Gesellschaft bürgerlichen Rechts) zusammenschließen. Dazu ist der Gesellschaftsvertrag der Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE zu unterzeichnen. Die Finanzierungsgemeinschaft CONTRASTE schließt dann einen Darlehensvertrag mit CONTRASTE e.V. ab. Unterlagen können über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, angefordert werden.

CONTRASTE - '86 in Stichworten!

CONTRASTE kann mit einem neuen Angebot aufwarten. Dank der mühevollen Arbeit von Waldemar Schindowski (ID) liegt ein komplettes Register über die CONTRASTE-Inhalte 1986 vor. Es enthält die Auflistungen von Autoren, Institutionen, Personen und Ländern - dazu ein ausführliches Schlagwortregister.

Wer sich dieses hilfreiche Nachschlagewerk nicht entgehen lassen möchte, bestelle bei der CONTRASTE-Redaktion in Heidelberg, Gaisbergstr. 97 und überweise 12,- DM (incl. Versandkosten) auf das CONTRASTE-Konto Nr. 1130 05 - 756 beim Postgiroamt Karlsruhe, BLZ 660 100 75

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ (06221) 1 34 02

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-, Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Franz-Josef Bartsch, Gneisenaustr. 2a, ☎ **(030) 691 30 72; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** blätterwald eg, Jochen Reinalda, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; Cassel, 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite, 1000 Berlin 36, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Bethaniendamm 25, ☎ **(030) 618 30 20; Grafische Betriebe, 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur, 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften, 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik, 8000 München 90,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Kistlerstr. 1, ☎ **(089) 691 78 21; Stadtökologie, NL-3061SG Rotterdam,** Michael Makowski, Dr. Zaamenhofstraat 65c, ☎ **(003110) 413 65 67; Ökobank, 6000 Frankfurt/Main 1,** Bundesgeschäftsstelle der Freunde und Förderer der Ökobank e.V., Franziusstr. 44, ☎ **(069) 43 95 34**

V.i.S.d.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag: Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Sabine Joswig, Regina Engel, Schönfelderstr. 41, 3500 Kassel ☎ **(0561) 28 37 91; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86
Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; Satz: auf TEXTLINE-System
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:

☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:

☎ **(06221) 16 24 67**

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72.– DM) ..... DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72. - DM) ..... DM pro Jahr.

Unterschrift . . . . . **Datum** . . . . .

Vorname, Name . . . . . .

Straße und Wohnort. . . . . .

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Besser Ihr fördert CONTRASTE... und nicht das Finanzamt

Jede/r SelbstverwalterIn die/der Steuern zahlt, kann mitmachen. Und das funktioniert so:

CONTRASTE ist ein „bundesweiter" Verein zur Förderung von Ökologie und Selbstverwaltung. Seine FördermitgliederInnen können den Mitgliedsbeitrag (mind. 72 DM für Einzelpersonen, mind. 200 DM für juristische Personen) daher als Betriebsausgabe von der Steuer absetzen... natürlich nur, wenn sie auch selbständig sind. Aber dafür können nicht-selbständige SelbstverwalterInnen ja ihre ArbeitgeberInnen bearbeiten, Fördermitglied zu werden.

Die Vorteile liegen auf der Hand: erstmal in Form der monatlichen CONTRASTE, die die FördermitgliederInnen umsonst kriegen (juristische Personen gleich 3 Exemplare von jeder Ausgabe für die ganze Belegschaft).

Zweitens erweitert sich das Forum der SelbstverwalterInnen.

Drittens, weil die Kohle in Heidelberg dringend gebraucht wird, um CONTRASTE noch lesbarer zu machen.

Außerdem: das 100. Fördermitglied bekommt ein Sektfrühstück -das 1.000ste gewinnt einen Urlaub in Spanien - auf Wunsch mit Surfkurs.

Also: nichts wie herein - in den Förderverein. Wir werden berichten.

Fördermitglieder der CONTRASTE

An dieser Stelle veröffentlichen wir, wie versprochen, die Namen unserer LeserInnen, die sich für eine Fördermitgliedschaft entschieden haben. Hier zunächst einmal die ErstunterzeichnerInnen:

Aktion Jugendzentrum Backnang, Backnang; Joachim Behmer, Luxembourg; Claudia von Braunmühl, Berlin; Gerhard Fuchs, München; Albrecht Grothey, Braunschweig; DIE GRÜNEN, Bundesgeschäftsstelle, Bonn; ibek GmbH, Karlsruhe; Trudel Karcher, Hamburg; H.G. Otto, Weil am Rhein; Klaus-Emil Petersen, Barsfleth; Prof. Winfried Raske, Berlin; Hans-Uwe Rauschenbusch, Maintal; Arno Reibenspies, Karlsruhe; Thomas Riepenhausen, Gondomar (Portugal); Heinz Rieger, Balingen; Jürgen Schumacher, Düsseldorf; Wolfgang Spaniol, Saarbrücken; Herbert Schön, München; Gerhard Thiel, Syke-Gessel; Peter Heß, Nürnberg

Die Krise und ihre Täter

Aufbruch zurück zur Basisdemokratie?
In Mainz Urabstimmung aller GRÜNEN-Mitglieder gefordert.

„Da nun ein Platzregen fiel und ein Gewässer kam und wehten die Winde und stießen an das Haus, fiel es doch nicht; denn es war auf einen Felsen gegründet." (Matth. 7,25)

Red. Heidelberg Ein Gespenst geistert seit Monaten durch die Presse zur Freude unseres politischen Gegners: Egal, ob in der GRÜNEN Partei, in der Bewegung, in Projekten oder Organisationen - das allgemeine Krisengeschrei wird erst richtig unerträglich durch das Schweigen der Mehrheit und entbindet nur allzu oft von der eigenen Verantwortung zur Besinnung. Ehemals positive Streitereien arten aus in ganz persönliche Machtkämpfe, politische Positionen werden immer mehr zu Allgemeinplätzen ohne eigentlichen Inhalt, ja, die Szene scheint mit Vergnügen in die ihr gestellte Falle tappen zu wollen.

Petra Inden

Es ist die tragische Katastrophe der Linken, die sich alle Jahrzehnte wiederholt. Und dies meist ausgerechnet in Zeiten, da nichts so nötig war/ist, wie der *Wille* zur Einigkeit und zur *gemeinsamen Suche* nach einem *Weg,* nach Wahrheit, wobei: „Wahrheit darf man als die Einheit des Getrennten auffassen."*) Alles, was einst verband, steht plötzlich als Streitwert im Raum, und jeder ist überzeugt, die rettende Wahrheit zu vertreten. Nur allzuoft sind es ganz banale persönliche Interessen einzelner Leute, die hinter Aussagen und Handlungen stehen und der schweigenden Mehrheit auf die Stirn gestempelt werden sollen.

Cohn-Bendit verkauft „seinen" *Pflasterstrand* an die *Fuldaer Verlagsgesellschaft,* eine von zahlreichen Möglichkeiten, sich von der Alternativszene mit Kußhand zu verabschieden. Andere Methoden zu diesem Zwecke, nicht ganz so offensichtlich und „gut begründet", werden schon in vielen alternativen Organisationen seit längerem in Erwägung gezogen.

Die Partei der GRÜNEN ähnelt seit Wochen mehr einem Pulverfaß als einer politisch handlungsfähigen Organisation und denkt an Spaltung. Der Skandal um die „Neue Heimat" hat selbt die engagiertesten Gewerkschafter vor die Frage nach dem Sinn ihrer täglichen Arbeit gestellt. Und letztlich: Die Schüsse an der Startbahn und ihre Folgen zwingen auch die Autonomen, vorübergehend zu Hause zu bleiben; und das nach den durchaus positiv verlaufenen „libertären tagen", die deutlich gezeigt haben, daß auch hier nachgedacht, überarbeitet wird.

Man kann tausend Gründe für die sogenannte Krise in der Alternativszene finden; einer, der sich in letzter Zeit allzu deutlich gezeigt hat, ist die menschliche Unfähigkeit zur Selbstkritik, die dazu führt, Ursachen und Kritik auf den jeweiligen Gegner zu projizieren. „Erst wer fähig wäre, ein zusammenhängendes Plädoyer für diejenigen Meinungen zu geben, die seiner eigenen Meinung entgegengesetzt sind, der ist reif, die eigene Meinung überzeugend zu vertreten. Das wäre Gerechtigkeit im Denken."*)

Im Angesicht der Tatsache, daß die Zeit tatsächlich drängt, sind die Selbstzerfleischungsakte, Distanzierungs- und Profilierungsneurosen der Szene der absolute Luxus, und nur wenige scheinen den Ernst der Lage begriffen zu haben und die innere Verpflichtung zu spüren, das Chaos zu lichten und nach dem Felsen zu graben, auf dem das Haus gegründet ist, ohne sich in die traute Gemeinschaft der Gleichgesinnten zurückzuziehen.

09.01.1988 in Mainz: GRÜNER Aufbruch '88 im Bürgerhaus Mainz Lerchenberg. „Für ein Ende des Flügelschlagens und einen Ausweg aus der GRÜNEN Krise!" Ein erster Ansatz, den Tätern der Krise die Kraft der Besinnung entgegenzuhalten. Denn selten war wohl in der letzten Zeit eine Veranstaltung zu einem solch brisanten Thema so konzentriert und sachlich, nahezu ohne Polemik und Anfeindungen wie dieser Aufbruch in Mainz. Es waren leider nicht viele, die sich dafür interessiert haben; vielleicht gerade deshalb, weil schon der Name der Veranstaltung Ernsthaftigkeit und Arbeit - auch an sich selbst - impliziert.

Die Initiatoren („Lukas, Antje, Rüdiger und viele andere") schlagen vor, Manifeste auszuarbeiten, über die in einer Urabstimmung *alle* GRÜNEN-Mitglieder entscheiden sollen. Gelebte Basisdemokratie: War das nicht mal ein Grundgedanke der GRÜNEN? Vielleicht sogar ein Fels?

Man mag über das Parteiensystem, über Abstimmung oder Manifeste denken wie man will. Auch hierüber kann man sich wiedermal hervorragend streiten, was hoffentlich nicht oder - wenn unbedingt nötig - wenigstens in einer anderen Form geschehen wird als bisher. Eines dürfte inzwischen klar sein: Die Zersplitterung dessen, was ursprünglich gemeinsam wachsen wollte, bedeutet immer auch die Zersplitterung der Kraft, die dahinter stand. Und man sollte keine Möglichkeit auslassen, dies zu verhindern. Die Urabstimmung scheint das einzig noch mögliche Mittel zu sein, die Basis aus ihrem Dornröschenschlaf zu wecken und dadurch der aus den Fugen geratenen Partei wieder ein Fundament zu geben, mit dem sie überleben kann. Denn sollte sich herausstellen, daß das Haus nicht auf einen Felsen gegründet war, wird es weder Platzregen noch Wind standhalten und fallen.

Aufbruch '88 - vielleicht nicht nur ein Ausweg aus der GRÜNEN Krise, sondern ein Vorbild für die ganze Alternativszene.

*) **alle Zitate aus:** „Die Zeit drängt", Carl Friedrich von Weizsäcker, nicht zu verwechseln mit seinem Bruder Richard.

NEU JETZT ZWEI RÖSTUNGEN
„Sandino Suave*"
DIE MILDE DRÖHNUNG
Probepaket 3 Pfund (2x Suave, 1x normal) für 30 DM gegen Vorauskasse (Bargeld oder V-Scheck) anfordern
* suave - nicaraguanisch für: mild, sanft, weich
SANDINO DRÖHNUNG
KAFFEE *
*Rückstandsfrei lauf Analyse
AUS NICARAGUA
OHNE ZWISCHENHANDELSPROFITE
INCL. 10 % SPENDE
ZUM SELBSTKOSTENPREIS
90 DM FÜR 10 x 1 PFUND
Vorfinanziert durch ABO statt Banken bei:
Bärliner Kaffee – Genossenschaft e.G.
Crellestraße 22
1000 Berlin 62
☎ 030 / 781 40 18
DI 12-15 Uhr, DO 16-20 Uhr
INFOBLATT ANFORDERN!

1. Ökomesse in Ludwigshafen

Am Sa. 5./So. 6. März findet die 1. Ludwigshafener Ökomesse statt. Die Veranstaltung wurde von Initiativen und Einzelpersonen aus der Umwelt-und Müsliszene ins Leben gerufen. Sie ist ein Spezialmarkt vorwiegend regionaler Anbieter und Initiativen für ökologische Produkte und Dienstleistungen.

Die Messe soll dem Verbraucher Möglichkeiten aufzeigen, wie er an zentralen Punkten seines Lebens - der Ernährung und dem Umgang mit Produkten des täglichen Bedarfs - gesundheitsbewußter handeln und etwas gegen die Umweltvergiftung tun kann.

Biobauern aus der Pfalz werden über ihre Anbaumethoden berichten und ihre Produkte anbieten. Weiterverarbeitende Betriebe und Naturkostläden informieren über Vollwerternährung und die Herstellung dieser Produkte. Verkaufsstände mit einem reichhaltigen Angebot ökologischer Lebensmittel und umweltverträglicher Produkte, von Betten über Schuhe zu Farben und Reinigungsmittel, bieten die Gelegenheit, sich an Ort und Stelle zu versorgen. Informationsstände von Umweltinitiativen und stündlich wechselnde Vorträge zu Ernährung, Öklogie- und Umweltthemen an beiden Tagen vermitteln Hintergrundwissen.

In einer von uns betriebenen Vollwertküche wird vegetarisch gekocht, Imbißstände bieten frische Backwaren, Tofubratlinge, Spießbraten und und ...

Für einen streßfreien Besuch von Eltern sorgt unsere Kinderbetreuung.

Veranstaltungsort ist das Gemeinschaftshaus in 6700 Ludwigshafen-Ruchheim, Schloßstraße. **Öffnungszeiten:** Sa. 14-20 Uhr, So. 10-18 Uhr, Kostenbeitrag DM 2,-. **Weitere Informationen:** Naturkostladen Schwarzwurzel, ☎(0621) 52 45 76

Der Gewalt der Psychiatrie entfliehen

„Irren-Offensive" fordert „Weglaufhaus"

Red. Berlin Seit Juni 1980 gibt es in Berlin die Irren-Offensive. Die MitarbeiterInnen waren oder sind Insassen in Klappsmühlen. Sie wehren sich dagegen, als „psychisch krank" bezeichnet zu werden; sie begreifen sich als vom Normalen Weggerückte und versuchen, den Sinn ihres Ver-rücktwerdens zu erkennen. Sie bieten Betroffenen Hilfe an und kämpfen gegen die Psychiatrie und ihre Ausweitung durch die Gemeindepsychiatrie. In diesem Zusammenhang fordern sie die Einrichtung eines „Weglaufhauses", das sie im folgenden Artikel vorstellen.

Warum ein Weglaufhaus?

Mit zunehmender Ausweitung der Psychiatrie (Gemeindepsychiatrie, sozialpsychiatrische Dienste, „therapeutische Wohngemeinschaften" usw.) sind Menschen, die nicht mehr funktionieren, immer mehr vom gewaltsamen Zugriff der Psychiatrie bedroht. Menschen, die einmal - ob mit oder ohne Zwangseinweisung - in der Anstalt gelandet sind, vegetieren dort mitunter jahrelang, vollgestopft mit Psychopharmaka, vor sich hin. Menschen, die sich gesund fühlen, anderen aber zu anstrengend sind, werden in Anstalten abgeschoben und mehr oder minder gewaltsam „krankheitseinsichtig" gemacht.

Für diese Menschen, die der Gewalt der Psychiatrie entfliehen wollen oder von ihr akut bedroht sind, möchten wir ein Weglaufhaus aufbauen. Ähnlich den Frauenhäusern, in denen Frauen Schutz vor der Gewalt von Männern finden, soll das Weglaufhaus vor der Gewalt der Psychiatrie schützen. In Holland gibt es bereits seit Jahren in einigen größeren Städten Weglaufhäuser. Das wollen wir auch hier realisieren!

Konzeption für das Weglaufhaus

Aufnahme finden Menschen,
- die aus Anstalten entwichen sind,
- die aus Abspritz-WG's (auch „therapeutische Wohngemeinschaften" genannt) raus wollen,
- die sonst weiter Insassen in Anstalten bleiben müssen, weil sie keinen Wohnraum haben,
- die akut von einer Einweisung bedroht sind.

Aufenthaltsdauer

Die Aufenthaltsdauer sollte möglichst kurz sein und nach Möglichkeit sechs Monate nicht überschreiten. Junkies haben bei uns keinen Zutritt, selbst wenn sie in der Anstalt waren.

Im Weglaufhaus

Zielsetzung des Weglaufhauses ist die Schaffung einer Psychopharmaka-freien Zone. Oberstes Prinzip ist somit: Keine Psychopharmaka im Weglaufhaus! Wer Psychopharmaka nehmen will, kann nicht ins Weglaufhaus kommen bzw. dort bleiben. Ausgenommen von dieser Regelung sind Menschen, die jahrelang Psychopharmaka verabreicht bekommen haben und von daher langsam absetzen müssen.

Wer bei uns aufgenommen werden möchte, muß sich vorher mit MitarbeiterInnen und BewohnerInnen des Weglaufhauses zusammensetzen, um gegeseitige Vorstellungen, Wünsche und Forderungen in einem Gespräch so weit wie möglich zu klären.

Das Weglaufhaus soll ein Ort sein, in dem Raum ist, neue Kraft zu schöpfen, Erfahrungen auszutauschen und zu verarbeiten, Zukunftspläne zu schmieden und in Ruhe anzugehen. Im Vordergrund steht die Selbst-Verantwortung. Soweit erwünscht und von unserer Seite realisierbar, geben wir gerne Unterstützung. Auch wir sind darauf angewiesen, daß die BewohnerInnen, wenn sie in der Lage dazu sind, ihre Qualitäten und Fähigkeiten einbringen.

Menschen, die uns als Versorgungseinrichtung nachhaltig mißbrauchen wollen, werden nicht geduldet. Auch Gewalt gegen Schwächere führt zum Rausschmiß. Die Voraussetzung für eine weitgehend harmonische Zusammenarbeit aller Beteiligten ist das Tolerieren und Achten einer jeden Persönlichkeit.

MitarbeiterInnen

Als MitarbeiterInnen wünschen wir uns Menschen, die die verbrecherische Psychiatrie nicht als leider notwendiges Übel ansehen, sondern bereit sind, ihre Energien und ihren politischen Kampfgeist darauf zu verwenden, auch im Weglaufhaus aufzuzeigen, daß die Psychiatrie überaus sinnlos und schädlich ist. Willkommen sind Menschen mit Lebenserfahrung, Wärme, Konfliktfähigkeit, Aufsteh-, Steh- und Durchhaltevermögen, Selbständigkeit, Selbstrespekt und Lernfähigkeit.

Wichtig ist, daß die Menschen, die mitmachen wollen, tatkräftig am Aufbau des Weglaufhauses und der Arbeit dort mitmachen und nicht gleich bei den ersten auftauchenden Schwierigkeiten umkippen.

Räume, Einrichtung

Wichtig sind einige große Räume zur freien Gestaltung, wie z.B. ein Musik- und Tanzraum, ein Meditationsraum, ein Toberaum; gut wäre auch eine Sauna.

Die Gestaltung der Wohn- und Schlafräume wird den BewohnerInnen freigestellt.

Geplant sind ein öffentliches Café, eine Fahrradwerkstatt und (falls vorhanden) ein Garten zum Bewirtschaften. Wichtig ist auch ein zweites, paralleles Weglaufhaus oder wenigstens eine separate Wohnung, damit BewohnerInnen und MitarbeiterInnen, die miteinander überhaupt nicht klar kommen, eine Ausweichmöglichkeit haben.

Finanzierung

Das Projekt Weglaufhaus soll als Modellprojekt genauso finanziert bzw. gefördert werden wie die Frauenhäuser.

Wie ist der Stand der Entwicklung?

Seit 1983 haben wir in der Irren-Offensive viele Diskussionen zum Ver-rücktenhaus und zum Weglaufhaus geführt (s. Irren-Offensive Heft 2 (1983), S. 29-33). Wir haben uns dann dafür entschieden, erstmal das Weglaufhaus zu realisieren.

Nachdem das Weglaufhauspapier entwickelt war, tat sich zuerst mal lange Zeit nichts, weil die Leute fehlten, und die Finanzierung dieses Hauses völlig unklar blieb; z.B. sollen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Weglaufhaus auch bezahlt werden.

Da das Weglaufhaus mit öffentlichen Mitteln finanziert werden soll, ist es wichtig, die Notwendigkeit dieses Hauses bekannt zu machen und zu erforschen, weshalb und wie dieses Haus realisiert werden kann. Deshalb entstand bei uns die Idee, zuerst mal das Forschungsprojekt Weglaufhaus für ein Jahr auf die Füße zu stellen, um dann mit der Realisierung loszulegen.

Was tun?!

Zur Zeit versuchen wir, bei Stiftungen Geld locker zu machen, und hoffen, daß das bald klappen wird.
- Wer mitmachen will beim Weglaufhaus, ist herzlich eingeladen.
- Für jeden Tip zur Finanzierung sind wir sehr dankbar.
- Spenden für das Projekt sind uns ebenso willkommen:

Spendenkonto: Irren-Offensive e.V. Sonderkonto Projekt Weglaufhaus, Konto-Nr. 30681-106 (BLZ 100 100 10) beim Postgiroamt Berlin. Die Spenden sind steuerlich abzugsfähig. Auf Wunsch schicken wir eine Spendenbescheinigung zu.

Wer mehr über unsere Vorstellungen vom Weglaufhaus sowie über unsere Arbeit wissen will, dem bzw. der sei Heft Nr. 3 der „Irren-Offensive" (Nov. 1987) empfohlen. Die Zeitschrift unterstützt durch das Netzwerk - kann in jeder Buchhandlung oder durch Einzahlung von 3,80 DM auf das Konto der Irren-Offensive e.V., Nr. 457065-103 beim Postgiroamt Berlin, bezogen werden.

„Weg mit den Leichen im Keller..."

Konfliktregelung in Selbstverwalteten Betrieben | Erfahrungen mit dem Schlichtungsmodell

Red. Heidelberg Welcher SVB kennt sie nicht – die kleinen Streitereien, über die man anfänglich locker drüber wegsehen kann, einen aber doch irgendwie ärgern, die dann an Bedeutung gewinnen, immer weiter eskalieren und zu guter letzt nichts mehr läuft?

Paralyse oder Kampf bis aufs Messer, so stellen sich vordergründig die Alternativen. In selbstverwalteten Betrieben werden beide Formen leider nur allzuoft angetroffen – angemessen ist keine. Doch welche, den Selbstverwaltungsstrukturen gerecht werdende Möglichkeit gibt es?

Hubert Kant

Was zunächst wie Routine in unserer Beratungstätigkeit aussah – ein Anruf, wir brauchen Beratung, interne Organisation usw. – entwickelte sich innerhalb kurzer Zeit rasant und wurde zur Herausforderung. Der Betrieb, um den es geht, soll nicht namentlich genannt werden. Es tut nichts zur Sache, den konkreten Betrieb zu kennen.

In zwei Krisensitzungen wurde eine Problemanalyse vorgenommen, wobei die unterschiedlichen Ansichten heftigst aufeinanderprallten.

Im Betrieb hatten sich zwei Fraktionen gebildet. Die eine Partei wollte mehr Verbindlichkeit im Betrieb, die andere mehr Berücksichtigung von Einzelinteressen.

Wo liegt das Problem, wird sich mancher fragen.

Selbstverwaltung ist doch das gemeinsame Organisieren von Einzelinteressen, die gemeinsame Umsetzung der Ziele ebenso; Verbindlichkeit mithin eine Selbstverständlichkeit.

Jede Seite warf der anderen die mangelnde Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit ihrer Position vor, was schließlich tatsächlich dazu führte, daß ein konstruktiver Dialog nicht mehr stattfand.

Diese Sprachlosigkeit zwischen den Kollektivisten wurde als Ergebnis des eskalierenden Konfliktes interpretiert, war aber mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit **der Grund** für die verfahrene Situation.

Eigentlich lagen einige Leichen im Keller und hin und wieder mufften die auch, bloß wegräumen wollten oder konnten die Kollektivisten sie nicht; im Gegenteil, es wurde immer mehr verdrängt.

Eine Auseinandersetzung fand – wenn überhaupt – nur noch mit Gleichgesinnten statt; die Fraktionenbildung war damit vorgezeichnet. In den Fraktionen bildeten sich starke „Wir-Gefühle" aus, solange es um die Auseinandersetzung mit den anderen ging.

Die Fraktionen wurden zu Blöcken!
Rien ne va plus!

Die Darstellung der Konfliktsituation ist verkürzt. Viele Detailprobleme waren bedeutsam, wie Aushilferegelung, Alte/Neue usw. Sie alle trugen zur Verschärfung des Konfliktes bei.

Trennung oder Rausschmiß oder doch zusammenbleiben – das war die Frage. Doch um sie beantworten zu können, hätte man miteinander reden müssen und das klappte bekanntlich schon seit längerem nicht mehr.

In dieser Phase geschah dann endlich etwas, was längst vorher auch nicht schlecht gewesen wäre. Es wurden Außenstehende um Hilfe gebeten.

Doch auch für uns war zunächst guter Rat teuer. Wir entschlossen uns, dem Betrieb einen Krisenworkshop anzubieten.

Außerhalb der gewohnten Umgebung und unter Moderation sollte ein klärendes Gespräch stattfinden. Für diesen Workshop wurden klare „Spielregeln" vereinbart und es war unsere Aufgabe darauf zu achten, daß sie auch eingehalten wurden. So war es beispielsweise „verboten" in der Eröffnungsrunde zu diskutieren.

Unter diesen Rahmenbedingungen war es dann möglich, eine konstruktive Auseinandersetzung zu führen.

Nach einem halben Tag stand fest: Die Gruppe wird sich trennen! Bloß wie? Jede Partei wollte natürlich den Betrieb behalten und die anderen schleunigst loswerden.

Der Gesellschaftsvertrag, der solche Fälle regeln sollte, genügte zwar den formalen Bestimmungen tadellos, für die Bearbeitung des Konflikts war er jedoch völlig untauglich. Wir schlugen für die Trennung die Einberufung eines **Schiedsgerichts** vor und einigten uns auf einen Schiedsvertrag.

Das Schiedsgericht setzte sich aus 5 Menschen zusammen.

Diese Einigung über das Trennungsverfahren war der letzte gemeinsame Akt des Kollektivs. Fortan wurde in der **gesamten** Gruppe nicht mehr über das „Wie" der Trennung gesprochen. Diese Vereinbarung war letzlich der Garant für eine für beide Seiten befriedigenden Trennung.

Es fand eine schriftliche und mündliche Anhörung der beiden Parteien statt. Alle hatten die Gelegenheit und nebenbei gesagt auch die Pflicht, ihre Sicht der Dinge darzulegen, ohne sofort in rechthaberische Diskussionsrunden zu verfallen – der Gegner war ja nicht mehr präsent.

Natürlich versuchten beide Seiten die Kommission auf ihre Seite zu ziehen um **Recht zu bekommen**. Jeder wollte zumindest als moralischer Sieger aus dem Verfahren kommen.

Wir konnten uns aber sehr schnell darauf einigen, – und das war die größte Stärke der Kommission – daß wir nicht **Recht** sprechen wollten.

Das bürgerliche Rechts-Denken ist nicht die angepaßte Meßlatte, an der ein solcher Konflikt gemessen werden kann, weil ein selbstverwalteter Betrieb neben den wirtschaftlichen Zielen auch soziale und politische Ziele in das Betriebsgeschehen integriert. Die Suche nach einem Schuldigen und dessen Bestrafung war unserer Meinung nach eine zutiefst fragwürdige Vorgehensweise. Schließlich wollten wir uns nicht als Oberrichter über individuelle Lebensentwürfe aufspielen und einen Maßstab setzen, was gut und was schlecht sei.

Ein simples Gut-Böse-Raster greift zu kurz, um die Problemlage eines selbstverwalteten Betriebes zu treffen. Auch die Ursachenforschung wie es zum Zerwürfnis kam, wollten wir nicht mehr betreiben. Sie war für die Trennung belanglos geworden.

Das Forschen in der Vergangenheit hätte wiederum lediglich dazu geführt, einen Schuldigen zu finden und diesem den Betrieb wegzunehmen.

Nein, diesen Weg wollten wir nicht gehen!

Wir stellten andere Kriterien für die Trennung auf:

- Erhalt des selbstverwalteten Betriebes
- Sicherung der Existenzgrundlage aller Beteiligten
- Aufteilung des Betriebes nach Billigkeit
- Das Kapital sollte neutralisiert bleiben

Die Aufgabe der Kommission war es nun, den Verhandlungsspielraum und die Möglichkeiten der Gruppe herauszufinden. Wir formulierten Leitfragen und befragten die Gruppe.

Als Ergebnis mußten wir feststellen, daß jede Gruppe zu äußersten Anstrengungen bereit war, wenn nur sie den Betrieb weiterführen durften. Der Betrieb aber war unteilbar.

Die Kommission hatte alle Möglichkeiten zu entscheiden, was uns die Sache allerdings auch nicht gerade leichter machte. Nach nächtlicher Diskussion einigten wir uns auf unseren ersten Schiedsspruch. Er sprach einer Gruppe den Firmenmantel zu, der anderen den Firmenwert, der bar an die ausscheidende Gruppe ausbezahlt werden sollte, sofern damit wieder eine Existenz im Selbstverwaltungssektor geschaffen wird.

Dieser Schiedsspruch wurde von beiden Parteien nach einer Bedenkzeit akzeptiert. Damit war das Hauptziel erreicht – es wurde eine einvernehmliche Lösung gefunden. Die Umsetzung des Schiedsspruchs hatte so ihre Tücken. Fristen konnten nicht eingehalten werden, Nachforderungen wurden gestellt usw. Die Kommissionäre hatten noch alle Hände voll zu tun und hätten sich vielleicht sogar noch stärker um die Umsetzung kümmern müssen.

Nach ca. 9 Monaten ist das gesamte Verfahren abgeschlossen. Der alte Betrieb arbeitet mit neuen Leuten wie gewohnt weiter. Ein neuer Betrieb im Selbstverwaltungssektor wurde gegründet und mit Hilfe des Abfindekapitals aufgebaut.

Welche Erfahrungen können wir aus dem Verfahren ziehen? Die erste und wichtigste Erkenntnis ist ganz allgemeiner Natur.

Das Schlichtungsmodell ist ein taugliches Instrument zur Konfliktbewältigung in selbstverwalteten Betrieben. Voraussetzung dafür sind „Schiedsrichter", die die Strukturen der Selbstverwaltungswirtschaft von innen kennen und weniger deren juristische Beschlagenheit. Das Verfahren eröffnet einen sehr großen Spielraum bei der Entscheidungsfindung und wird nicht durch ein gesetzliches Regelwerk eingeengt.

Das Schlichtungsmodell ist nicht nur für Ausstiegskonflikte geeignet, sondern ist bei anderen konfliktträchtigen Situationen auch einsetzbar.

Ich halte es aber für unverzichtbar, daß das Schlichtungsverfahren im voraus unter den Kollektivisten vereinbart wird und so zum Regelinstrument bei vorgeblich unlösbaren Konflikten wird. Ich bin der Überzeugung, daß so manche belastende Situation im Betrieb durch dieses Verfahren abgefedert werden kann und der Spaß an der Arbeit steigt. Ich bin ebenso davon überzeugt, daß die Chancen für gerechte Lösungen steigen und ungleich viel grösser sind als mit dem „normalen" Gang zum Rechtsanwalt.

Nicht zuletzt sind die Kosten für das Verfahren selbst überschaubar und begrenzbar.

Wenn eine eine Reise tut ...

Zum Stand der Diskussion um ein „Ökofonds-Netzwerk" in Österreich

Gaby Elias

Anfang Dezember letzten Jahres lud die Grüne Bildungswerkstatt Wien VertreterInnen von Initiativen und Regionalfonds aus der Alpenrepublik, sowie vom Netzwerk Berlin und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke zu einer Podiumsdiskussion in die österreichische Hauptstadt ein. Die Gründung eines „Ökofonds-Netzwerks" stand auf der Tagesordnung.

So diffus wie der Name der neu zu schaffenden Einrichtung waren meines Erachtens auch die dazu angestellten konzeptionellen Überlegungen, sowie die Erwartungshaltung der VeranstalterInnen sowohl in Bezug auf die Beteiligung der „Basis" als auch hinsichtlich dessen, was von Seiten der NetzwerkvertreterInnen an konkret verwertbaren Informationen beigesteuert werden könnte.

Mancheine(r) aus der Veranstaltergruppe rechnete mit bis zu achthundert interessierten TeilnehmerInnen. Die Gemüter erregte bereits die Frage, ob man sich nicht um Saalordner hätte bemühen müssen. Angesichts derartiger Visionen war die Enttäuschung natürlich um so größer, als sich letztlich „nur" etwa hundert Interessierte im Saal verteilten. Ob die in der inhaltlich-politischen Diskussion um Sinn und Zweck eines Fonds zutage getretenen Einschätzungen die Realität der österreichischen Alternativbewegung treffender widerspiegeln, vermag ich nicht adäquat zu beurteilen. Tatsächlich kam mir so manches etwas ungereimt vor. Klar war jedenfalls nur eins...

Geld muß her...

Den Hintergrund für die Diskussion um ein alternatives Finanzierungsinstrument bildet das Wahlversprechen der österreichischen GRÜNEN, bei Einzug ins Parlament einen Ökofonds einzurichten. Just, nachdem ihnen jedoch der Sprung ins oberste Volksvertreterorgan geglückt war, wurde die gesetzliche Grundlage der Parteienfinanzierung geändert und zwar so, daß die Großen nunmehr noch größere Stücke vom Kuchen abbekommen, während die Kleinen sich mit den Brosamen begnügen dürfen. Dies hat die GRÜNEN dazu bewogen, das Ökofondsversprechen noch einmal zu überdenken. Gleichzeitig wird aber die Grüne Bildungswerkstatt, eine Einrichtung vergleichbar mit unserer grün-nahen Stiftung, so es sie denn jemals geben wird, von Finanzanträgen der Initiativen überflutet. Von ihrer Satzung her eng auf die Förderung von Bildungsmaßnahmen bzw. -einrichtungen beschränkt, sieht sie sich nicht in der Lage, die Vielzahl der unterschiedlichen Finanzierungswünsche auch nur annähernd zu befriedigen. Aus diesem Nachfrageüberhang leiten sie wohl aber die Notwendigkeit eines „Alternativfonds" ab.

Ungeklärt blieb die Frage ... Aber wie, woher und wozu

Zunächst einmal fiel bei der Besetzung des Podiums auf, daß die österreichischen TeilnehmerInnen allesamt keine ProjektvertreterInnen waren. Vielmehr kamen Mitglieder eines Rechtshilfe- und eines Umweltschutzfonds, eines Ökologieinstituts sowie von Bürgerinitiativen zu Wort. Entsprechend waren die Vorstellungen zu Förderungszweck und Adressatenkreis eines Fonds. Einig waren sich alle darin, daß vorrangig Bürgerinitiativen aber auch Einzelpersonen im Kampf gegen Atomkraft und Umweltzerstörung zu unterstützen seien. Die Selbstverwaltungswirtschaft dagegen spiele quantitativ eine untergeordnete Rolle; der Bedarf, der aus dieser Szene angemeldet werde, sei als so gering zu veranschlagen, daß sich daraus nicht die Notwendigkeit eines Fonds ableiten lasse. Dies dann ich so erstmal nur zur Kenntnis nehmen, frage mich aber, ob diese Einschätzung zutreffend ist. Gefagt habe ich mich außerdem, welche Relevanz die Erfahrungen von NetzwerkerInnen in diesem Zusammenhang haben könnten. Einsichtiger wäre es mir erschienen, wenn VertreterInnen des Ökofonds mitdiskutiert hätten. Sehr schnell wurde jedoch deutlich, daß der Aspekt „Nutzerkreis" nicht vorrangig interessierte. Viel wichtiger war den ÖsterreicherInnen zu erfahren, wie die Netzwerke es geschafft haben, sich als (parteien)unabhängige Szenefinanzierungseinrichtungen zu etablieren. Sie befürchten nämlich, daß es in ihrem Land nicht möglich sein wird, allein durch die Umverteilung von Einkommen aus dem linken Bürgertum ein ausreichendes Finanzvolumen zu erhalten. Von Anfang an haben sie daher in ihre Überlegungen eine Unterstützung durch grün-alternative ParlamentarierInnen miteinbezogen; doch im Unterschied zu unseren Ökofonds soll das Geld eben nicht nur auf diese Weise beschafft werden, sondern auch von Privaten oder gar der Industrie kommen. Vor allem soll die Geldvergabe autonom erfolgen. Deshalb diese merkwürdige Konstruktion „Ökofonds-Netzwerk". Doch für diese Problemkonstellation sind die Netzwerkerfahrungen nur bedingt verwertbar, da die Ausgangsbedingungen doch zu unterschiedlich sind.

Was die Erwartungen an den Beitrag der BAG der Netzwerke anbelangt, so stellte sich alsbald heraus, daß von etwas schiefen Vorstellungen hinsichtlich deren Aufgabenstellung und Funktion ausgegangen worden war. Insgeheim erhofften sich die VeranstalterInnen nämlich, die BAG könne als Argumentationshilfe für den eigenen „zentralistischen" Ansatz dienen. Die InitiatorInnen dieser Ökofonds-Netzwerk-Geschichte wollen einen österreichweit arbeitenden Fonds aufbauen, weil nach ihrem Dafürhalten das zu erwartende Finanzvolumen so bemessen sein wird, daß bei einer Regionalisierung die Vergabemittel für die einzelnen Einrichtungen viel zu gering ausfielen. Befürchtet wird aber, daß die Akzeptanz für einen zentralen Fonds bei den Initiativen nicht sehr hoch sein wird. Da irgendwie die Meinung vorherrschte, die BAG sei quasi die oberste Netzwerk-Projektfinanzierungseinrichtung, wurde mehr oder minder erwartet, daß von ihr das Hohe Lied des Zentralismus gesungen werde. Nachdem dieses Mißverständnis beseitigt und klargestellt werden konnte, daß durch die Gründung der BAG die Autonomie der einzelnen Netzwerke in keiner Weise angetastet wurde, daß die Bundesarbeitsgemeinschaft sich vielmehr als politisches Interessensvertretungsorgan der Netzwerke versteht, deren Aufgabe darin besteht, den Willensbildungsprozeß unter den Mitgliedern zu organisieren und nach außen hin zu repräsentieren, war ein klein wenig die Luft raus. Verständlich, denn die Entwicklungstendenzen in Österreich weisen ja zunächst einmal in eine etwas andere Richtung.

Die eigentliche Fondsgründung soll im Frühsommer dieses Jahres stattfinden. Bleibt abzuwarten, ob bis dahin mehr Klarheit auf der konzeptionellen Ebene erzielt werden und vor allem, ob die notwendige Finanzmasse aufgebracht werden kann.

Bundestreffen der Netzwerke

(zugleich BAG-Mitgliederversammlung)

vom 19. bis 21. Februar 1988 in Köln, Bürgerzentrum Ehrenfeld, Venloer Str. 429, 5000 Köln 30, ☎(0221) 54 21 11
Anreise am Freitag, 19. Februar, ab 19.00 h zum **Netzwerkbüro Köln.**
Alle Netzwerke - und sonstige Interessierte - sind herzlich eingeladen.

Tagesordnung (Auszug):

- Zukunft der BAG-Geschäftsstelle (ABM usw.)
- Netzwerk-Weiterbildungsprogramm
- **Forum: „Die Grünen und die Netzwerke"** (Samstag 16.00 bis 19.00 h) mit
  Peter Sellin (MdB, Regina Michalik (Bundesvorstand), Ursula Brockner (Bundestagsfraktion), N.N. (Ökofonds)
- Formalia und anderes (Ökobank, Arbeitsgruppen)

Anmeldungen bitte ans Netzwerk Köln, Aachener Str. 24, 5000 Köln 1, ☎(0221) 574 03 21
Auskünfte bei der BAG-Geschäftsstelle:
Paul-Kemp-Str. 24, 5300 Bonn 2, ☎(0228) 35 29 27

No hau für die Sau

Das BAG - „Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm"

Red. Berlin Nicht nur verstärkte Kooperation zwischen den örtlichen Netzwerken und politische (Lobby) Arbeit versprachen sich die Netzwerke von der Gründung der BAG. Ziel war auch die *Weiterbildung und Qualifizierung der Netzwerkaktiven* sowie die qualitative Verbesserung der örtlichen Netzwerkarbeit.

Obwohl alle Netzwerke unterschiedlich (groß, reich, qualifiziert, aktiv usw.) sind, gibt es doch durchgängig bestimmte Grundprobleme, wie sie auch in allen anderen selbstverwalteten Projekten und Selbsthilfegruppen auftauchen: Es gibt zum einen

* **fachliche Defizite:** Alle Netzwerke wollen mindestens die sogenannte Anfangsberatung für ratsuchende Projekte machen. Hier ist ein Mindestmaß an Fachwissen über betriebswirtschaftliche Fragen, Finanzierungsmöglichkeiten und -techniken, Rechtsfragen usw. nötig.

* Daneben gibt es wie in allen anderen Gruppen**innerorganisatorische / gruppendynamische Defizite:** Einmal fehlen oft Kenntnisse über rechtliche und steuerliche Fragen bei der Vereinsführung (Spendenbescheinigungen!). Zum anderen wird auch in Netzwerken geklagt über schlechte Arbeitsorganisation. Leerlauf, Reibungsverluste u.a. Hierzu gehören auch gruppendynamische Probleme, Probleme zwischen Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen, informelle Hierarchien, schlechter Diskussionsstil usw...

* **Schließlich gibt es noch die politischen Defizite** (auf theoretischem und praktischem Gebiet). Die allgemeine linke Perspektivlosigkeit, das Herumwursteln im eigenen Sumpf, nicht zuletzt ein „Generationswechsel" innerhalb der Netzwerkaktiven sorgen auch bei den Netzwerken für Orientierungsschwierigkeiten, für Ratlosigkeit und Mutlosigkeit.

Bei alledem wäre hier das Erscheinen eines deus ex machina angesagt. Den kann und will die BAG zwar nicht abgeben. Sie will aber - mit überwiegend eigenen Kräften - den örtlichen Netzwerken und damit auch den regionalen Projekten und Organisationen konkrete Hilfestellung für ihre Außenarbeit und für ihr Innenleben geben.

Geplant bzw. in Ansätzen schon durchgeführt sind folgende Vorhaben:

1. Das **„Weiterbildungs- und Qualifizierungsprogramm"** für die Netzwerkaktiven. Hierfür wurde bereits im vergangenen Jahr beim BMJFFG (Bundesfamilienministerium) ein Zuschuß gestellt, der bereits grundsätzlich genehmigt ist. Aus Zeitgründen konnten wir aber im vergangenen Jahr dieses Projekt nicht mehr beginnen, sondern mußten es auf 1988 verschieben. Vorgesehen sind hier zunächst eine Befragung der Netzwerke, danach ein überregionaler Workshop und das Erstellen eines vorläufigen Qualifizierungskonzeptes. Danach folgt ein überregionales Seminar zur Erprobung des Konzeptes und das Anfertigen des endgültigen Weiterbildungs- und Qualifizierungskonzeptes. Wenn möglich, sollen danach noch in diesem Jahr drei Seminare stattfinden, auf denen Netzwerk-Aktiven „Weiterbildung" zu den drei oben genannten Problembereichen vermittelt wird.

2. Daneben bietet die BAG den örtlichen Netzwerken **„Beratung vor Ort"** an: ExpertenInnen aus einzelnen Netzwerken und dem BAG-Vorstand beraten bei Bedarf örtliche Netzwerke in Rechts-, Steuer- und anderen Fragen sowie in Organisationsentwicklung u.a.m..

3. Als drittes beabsichtigt die BAG, den sogenannten **Projekteapparat des ZERP/Bremen** zu übernehmen und fortzuführen. Dies ist die vom Projekt „Selbstverwaltung und Recht" beim ZERP in den letzten drei Jahren aufgebaute umfangreiche Sammlung von Entscheidungen, Literatur, Kommentaren u.a.m. zum gesamten Bereich der Selbstverwaltungswirtschaft. Da das ZERP selbst sich künftig nicht mehr darum kümmern kann, droht diese wertvolle Sammlung einzutrocknen und wertlos zu werden. Falls es gelingt, bei der BAG mit Drittmitteln weitere Stellen zu schaffen, soll mindestens eine hiervon diesen Projektapparat weiter betreuen, Anfragen von außen bearbeiten und evtl. einen „BeraterInnen-Rundbrief" herausgeben.

Daß neben diesen Weiterbildungsangeboten es natürlich auch Aufgabe der BAG ist, die politische Diskussion innerhalb und außerhalb der Netzwerke zu beleben, braucht nicht erwähnt zu werden. Es geht dabei nicht nur um die „Zukunft der Netzwerke", sondern um die Selbstverwaltungswirtschaft als solche. Bleibt sie im öffentlichen Bewußtsein und in der Politik aller Parteien bis einschließlich der GRÜNEN weiterhin das alternative Anhängsel, das unsere Wirtschaftsordnung so schön bunt und lebendig macht? Oder kommen wir mit unseren Postulaten nach gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Selbstverwaltung, nach Autonomie in Arbeit und Leben gegen die reaktionäre Parole „Werdet Unternehmer!" und gegen die realpolitisch / reformistischen Anpassungsstrategien der modernen DualwirtschaftlerInnen in die Offensive?

Auskünfte erteilt die BAG-Geschäftsstelle, Paul-Kremp-Str. 24, 5300 Bonn 2, ☎(0228) 35 29 27

ABM-Stellen für die Geschäftsstelle der Netzwerke-BAG!

Wie unsere Köln/Bonner Redaktion meldet, soll die Geschäftsstelle der Bundesarbeitsgemeinschaft der Netzwerke in Bonn um zwei Stellen erweitert werden. Wie der Redaktion bekannt wurde, will der Vorstand demnächst einen Antrag auf eine AB-Maßnahme stellen. Eine Stelle soll zur Betreuung des künftigen Weiterbildungsprogramms der BAG dienen (Seminare und Veranstaltungen für NetzwerkerInnen und andere BeraterInnen).

Da die BAG den vom ZERP (Zentrum für europ. Rechtspolitik) Bremen in den letzten Jahren aufgebauten Projektapparat „Selbstverwaltung und Recht" (Artikel, Kommentare, Literatur, Entscheidungssammlungen zur Selbstverwaltungswirtschaft) übernehmen wird, soll die zweite Stelle für die Betreuung dieses Projektapparats zuständig sein.

Das Bonner Arbeitsamt hat wohl schon grundsätzliche Zustimmung signalisiert. Die BAGlerInnen suchen nun dringend geeignete KandidatInnen. Diese müssen nicht notwendigerweise aus dem Bonner Raum kommen

Anfragen sind zu richten an die Geschäftsstelle der BAG, Paul-Kemp-Str. 24, 5300 Bonn, ☎ (0228) 35 29 27 oder an das Bonner Arbeitsamt.

Die GRÜNEN und die Netzwerke

Beim Netzwerk-Bundestreffen am 20. Februar 1988 in Köln wird es unter anderem ein *„Forum: Die Grünen und die Netzwerke"* geben.

Anlaß ist die Wiederbesetzung der Stelle „Selbstverwaltungswirtschaft / Alternative Ökonomie" in der Bundestagsfraktion im Januar dieses Jahres durch Ursula Brockner (Netzwerk Köln). Hintergrund der Veranstaltung ist der (unaufhaltsame) Abstieg der grünen Partei und ihre Entfernung von der „Bewegung". Zur Erinnerung: „Alternativ-Ökonomie" tauchte bei den Grünen immer mal wieder in ihren diversen Programmen auf (zuletzt und am konkretesten im sogenannten Umbauprogramm).Gleichwohl haben Themen wie Selbstverwaltungswirtschaft, Gegenökonomie usw. stets hinter den publicityträchtigen Themen wie Außenpolitik, Koalitionsfrage und Massenerwerbslosigkeit zurückstehen müssen. Die Grünen haben sich nie explizit als Partei der Selbstverwaltungsbewegung verstanden. Der realpolitische Trend geht auch kaum in die Selbstverwaltungsrichtung. Sowohl in den programmatischen Äußerungen als auch in den internen Strukturen lassen die Grünen oft genug keine Unterschiede mehr zu anderen etablierten Parteien erkennen.

Andererseits liegen die Ursachen für die Entfernung der Partei von der „Bewegung" auch in unserem eigenen Mangel an politischen Perspektiven und daran, daß von unserer Seite zuwenig Anstöße gegeben und zuwenig Forderungen gestellt werden.

Mit dem auf dem Bundestreffen stattfindenden Forum soll zunächst einmal der schon länger unterbrochene Kontakt zu den GRÜNEN wiederhergestellt werden. Darüberhinaus wollen wir ausloten, ob und welche Formen gegenseitiger Unterstützung denkbar sind.

Von den GRÜNEN sind eingeladen:
Peter Sellin (MdB), Ursula Brockner (Bundestagsfraktion), Regina Michalik (Bundesvorstand), N.N. (Ökofonds).
Unsere Fragen sind,

* ob die GRÜNEN überhaupt noch das ursprüngliche (?) Ziel verfolgen, eine Gegenkultur, eine Gegenökonomie, eine *Gegenmacht*zu etablieren, oder ob diese Utopien aufgegeben wurden und alle Ressourcen der Partei mittlerweile ausschließlich für die Bewältigung des parlamentarischen (und Gremien-) Alltags eingesetzt werden;

* Wie es möglich ist, die Themen Selbstverwaltung und Alternative Ökonomie gegenüber den anderen „publicityträchtigen" Themen wieder aufzuwerten und in Partei und Fraktion zu verankern;

* welche Ressourcen von den GRÜNEN zur Verfügung gestellt werden können, um einerseits die vorhandenen Modelle aus der SV-Wirtschaft und Alternativbewegung weiterzuentwickeln und andererseits Strukturen für eine gemeinsame politische Diskussion aufzubauen?

In diesem Zusammenhang interessiert uns besonders,

* welche konkreten Ziele mit der Bundestagsfraktion verfolgt werden, welche Arbeitsschwerpunkte wahrgenommen werden sollen, welchen Stellenwert die Stelle innerhalb der Fraktion einnimmt, welche Aktivitäten auf der Veranstaltungs-, Vernetzungs- und „Impulse"-Ebene unternommen werden sollen?

Der Aufbau einer Gegenkultur darf aber keine abstrakte Forderung bleiben. Er muß sich an Projekten manifestieren und materialisieren und so Teil unserer Alltagserfahrungen sein und werden. In diesem Zusammenhang hat die Arbeit der Ökofonds, die ja konkrete Unterstützung für die Projekte leisten, einen besonderen Stellenwert. Die Ökofonds dürfen nicht ausgetrocknet werden durch Zweckentfremdung der Mittel (z.B. Abfindung für wissenschaftliche MitarbeiterInnen der Bundestagsfraktion). Welche Möglichkeiten gibt es, dies zu verhindern und die Ökofonds zu stärken?

Die Partei und die Parlamentsfraktionen der GRÜNEN dürfen nicht (aus Bequemlichkeit?) auf einem falschen Basisverständnis beharren und solange warten, bis aus der Szene heraus konkrete Modelle entwickelt und Forderungen gestellt werden. Sie müssen von ihren großen finanziellen, personellen und organisatorischen Ressourcen Gebrauch machen. Das heißt, daß sie nicht nur vorhandene, praktische Ansätze einer anderen Wirtschaft und Kultur fördern, sondern gleichzeitig mit der „Szene" zusammen neue Wege entwickeln müssen. In wichtigen Gebieten müssen sie „Vordenker" - und „Vorreiter" - Rollen einnehmen.

Ein Feld für solche gemeinsame „Entwicklungsarbeit" wäre die kommunale Wirtschaftspolitik, d.h. die Förderung alternativer Wirtschafts- Arbeitsformen in den Städten und Regionen (von alternativen Gewerbehöfen angefangen, über Ideenbörsen bis hin zur alternativen Industrie- und Handelskammer). Bislang hat die Bundespartei bzw. -fraktion dieses Thema allenfalls an die Landes- und Kommunalverbände verwiesen. Wichtig und nötig wären aber Initiativen, Impulse und Geld hierfür aus Bonn.
Welche sind denkbar?

* Wie können die Vorschläge des Umbauprogramms realisiert werden? Welche „eigenen" Maßnahmen jenseits staatlicher Umbauprogramme sind möglich (z.B. regionale Haftungsfonds mit Unterstützung der Ökofonds)?

* Welche Aktivitäten sind von der Bundestagsfraktion auf gesetzgeberischem Gebiet zu erwarten (Rechtsform, Gemeinnützigkeitsvorschriften, Arbeitsförderungsgesetz)?

Gäste sind zu dieser Diskussion herzlich eingeladen. Anmeldungen an das Netzwerk Köln, Aachener Str. 24, 5000 Köln 1 ☎(0221) 574 03 21.

DIE

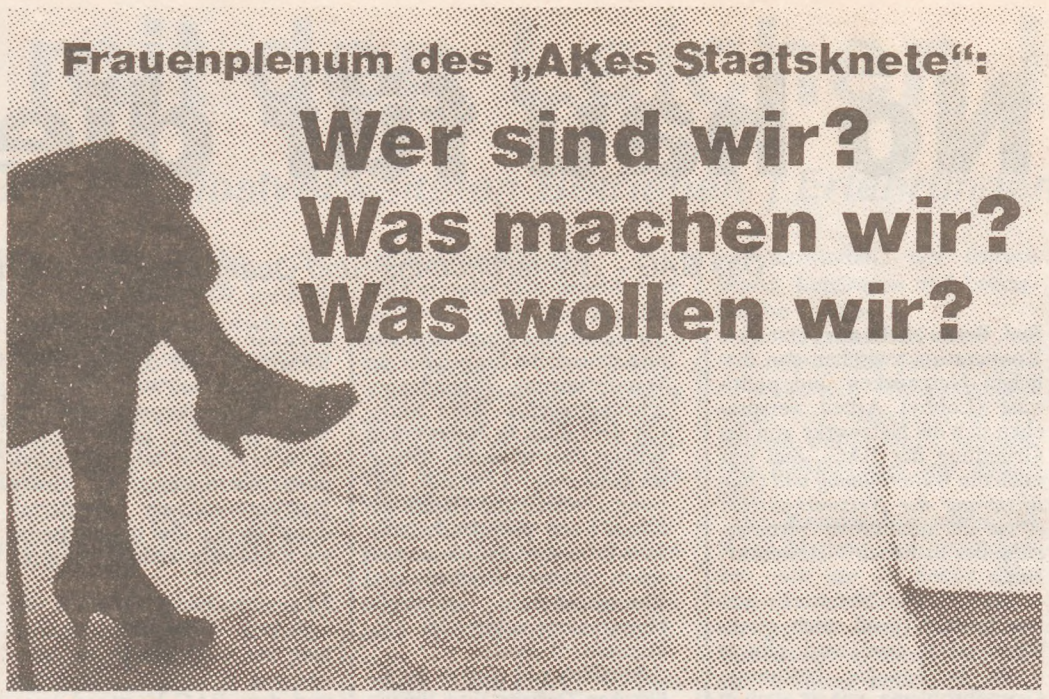
RASENDE WILDSAU

Netzwerk Selbsthilfe

Soziale Projekte in der Krise

Tagung am 12./13. März 88 zur Situation und Perspektive von Projekten aus dem Sozial-, Gesundheits-, Kultur- und Bildungsbereich in Berlin; Statthaus Böcslerpark

Die zunehmende Einbeziehung der Projektarbeit in die soziale Versorgung zeigt, daß Sozialprojekte sich mehr und mehr als soziale Dienstleistungsbetriebe etablieren. Das heißt aber nicht, daß die dort herrschenden Arbeitsbedingungen dem üblichen Standard entsprechen. Im Gegenteil! Aufgrund der Krise und von Sparmaßnahmen im Sozialbereich werden die innovativen Ansätze der Projekte zum ehrenamtlichen Engagement degradiert. Das führt zu prekären Beschäftigungsverhältnissen von ProjektmitarbeiterInnen. Auch die Qualität der Arbeit leidet unter dem Alltagsdruck, denn häufig bewirkt dieser die Übernahme konvetioneller Arbeitsstrukturen (Arbeitsteilung, Hierarchien etc.). Auf der Tagung sollen die Erfahrungen und Auswirkungen der weiterhin ungesicherten materiellen Situation auf Projektstrukturen und Arbeitsbedingungen untersucht und davon ausgehend mögliche Perspektiven in Bezug auf Finanzierung und Vernetzung entwickelt werden
Weitere Informationen und Tagungsprogramme können beim AK autonomer Frauen- und Alternativprojekte
Hasenheide 54
1000 Berlin 61
angefordert werden.



Frauenplenum des „AKes Staatsknete“:

Wer sind wir? Was machen wir? Was wollen wir?

Da das Frauenplenum des AKes „Staatsknete“ die Redaktion für die CONTRASTE-Frauenseite übernommen hat, ist es endlich an der Zeit, daß sich der Frauenbereich des AKes vorstellt. Den Staatsknete-Projekten dürfte der AK aus Berlin ja ein Begriff sein, wenn vielleicht auch nicht genaue Vorstellungen über die Arbeit im Frauenbereich existieren. Für die Selbstverwalteten Betriebe ist der AK wohl noch das große unbekannte Wesen. Um diese Wissenslücke zu füllen, wird im folgenden die Geschichte und die Arbeit des Frauenbereichs im AK skizziert.

Karin Scheinert

Zur Geschichte des Frauenbereichs

Der Arbeitskreis zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Bürgerinitiativen und Alternativprojekte (kurz: AK „Staatsknete“, bald aufgrund einer Satzungsänderung: „AK autonomer Frauen-und Alternativprojekte“) ist ein Zusammenschluß verschiedener Projekte, der sich im Jahre 1980 konstituierte und seit 1982 als Verein besteht. Er forderte die Anerkennung und Bezahlung der in den Projekten geleisteten Arbeit durch die Schaffung eines 50 Mio-Selbstverwaltungsfonds. Seine Forderungen konnten mit dem Programm zur Förderung von Selbsthilfegruppen, das der Senator für Gesundheit und Soziales 1983 einrichtete, nicht eingelöst werden (Auswirkungen der Selbsthilfeförderung und die Erfahrungen der Projekte damit vgl. Artikel in CONTRASTE Nr. 9,10/1987 von Lutz Wende).

Mit der Gründung des Vereins entstand das autonome Frauenplenum (neben dem gemischten Plenum) mit einer eigenständigen Arbeitskonzeption und verschiedenen Rechten: Die Satzung legte einen Verteilungsschlüssel für die Fondsgelder zwischen Frauen und gemischten Projekten fest: Über mindestens ein Drittel der Gelder, bzw. entsprechend des Anteils der Frauenprojekte, sollte ein autonomer Frauenbeirat entscheiden. Außerdem setzten die Frauenprojekte die Mehrheit der Frauen in allen Gremien durch.

Waren in den Anfangszeiten Frauenprojekte aus den unterschiedlichsten Bereichen (gewerbliche, kulturelle, soziale, Gesundheitsprojekte) in dem politischen Gremium repräsentiert, so hat sich mit der Etablierung der Selbsthilfeförderung im Ressort Gesundheit/Soziales eine Konzentration der Projekte auf eben diese Bereiche herauskristallisiert

Nachdem die Projekte die ersten Anträge bei Fink gestellt hatten, traten auch schon die ersten Fragen und Probleme auf, die neben politischen Themen und Aktionen auf den Plena erörtert wurden. Im Laufe der Zeit stellte sich eine Entflechtung der sozialpolitischen und organisatorischen Aufgaben des Vereins von der Beratungs-und Betreuungsarbeit ein. Resultat war die Einrichtung einer Bürogruppe, die sich die Beratung und Betreuung der Projekte zur Aufgabe gemacht hat. Die Bürogruppe setzte sich zunächst aus verschiedenen ProjektvertreterInnen zusammen. Nach einiger Zeit bildete sich ein fester Stamm heraus, der die Serviceleistungen für Projekte, vor allem aus dem Gesundheits- und Sozialbereich, anbot und anbietet.

Zur jetzigen Arbeit des Bereichs Frauenprojektetag:

Die Nachfrage nach Projektberatungen und -betreuungen ist vor allem bei den Frauenprojekten kontinuierlich angestiegen. Zu diesem Zweck richteten die Frauen der Bürogruppe einen Frauentag ein, an dem Frauen von Frauen zu Finanzierungsmöglichkeiten und -problemen beraten werden

Frauenplenum:

Alle zwei Wochen tagt das Frauenplenum, an dem folgende Frauenprojekte der Zeit teilnehmen:
Frauenkrisentelefon, Frauenselbsthilfeladen im 13. Mond, Feministisches Frauengesundheitszentrum, Mädchenladen Spandau, Internationaler Mädchentreff Kreuzberg, Frauenzufluchtswohnungen, Frauenzimmer, Weiberwirtschaft, Berufsförderung für Frauen, Offensives Altern, Raupe und Schmetterling - Frauen in der Lebensmitte, Frauenstadtteilzentrum Kreuzberg (Schokofabrik), Prostituiertenprojekte „Hydra“, Frauentraum (Beratung, Therapie, Selbsthilfe), Frauen unterwegs, Wildwasser (AG gegen sexuellen Mißbrauch an Frauen und Mädchen).

In den Anfangszeiten diente das Frauenplenum hauptsächlich als Diskussionsforum für Fagen der Antragstellung und Abrechnung von Geldern aus dem Selbsthilfetopf sowie zu politischen Aktionen rund um die Selbsthilfeförderung, mit welchen die Frauen ihrem Ärger über die mangelnde Finanzierung Luft machten. Durch die sich im Laufe der Zeit einstellende Routine mit der Selbsthilfeförderung konnten andere Themen im Frauenplenum Platz finden: Die Auseinandersetzung um neue Finanzierungsmöglichkeiten (z.B. grünnahe Frauenstiftung, Grund- und Bodengenossenschaften für Frauen, EG-Finanzierungstöpfe), der Austausch über ein europäisches Frauennetzwerk sowie frauenpolitische Themen, die nicht unmittelbar in Zusammenhang mit der (Staats)Knetedebatte stehen.

Im Frauenplenum wird nicht nur geredet: ein wichtiges Anliegen der Frauenprojekte war es schon immer, mit ihren Forderungen und Erfahrungen an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Forderungen haben sich kaum verändert. Die Finanzierungssituation hat sich in keiner Weise verbessert, eher nur verschlechtert. Die Frauen fordern deshalb:

- Aufstockung der Mittel nach dem von den Projekten beantragten Stellenplan,
- Anerkennung der vorhandenen und in den Projekten erworbenen Qualifikationen und deren entsprechende Bezahlung,
- ausreichende Sachmittel für die laufenden Kosten und Einrichtungen,
- Mittel für Öffentlichkeitsarbeit,
- Mittel für eine eigene Forschung und Auswertung der Arbeit,
- Öffentliche Förderung *aller im Projekt anfallenden Arbeiten.*

Seit neuestem ist das Frauenplenum für die Redaktion der Frauenseite in CONTRASTE zuständig. Eine Sitzung des Frauenplenums, die auch anderen interessierten Frauenprojekten offensteht, wird dieser Aufgabe gewidmet.

Frauenbeirat:

Da der AK die Forderung nach einem Selbstverwaltungsfonds von DM 50 Mio. nicht durchsetzen konnte, ist es für den Frauenbeirat leider nicht möglich geworden, über die Verteilung von mindestens DM 16,6 Mio. zu entscheiden. Der Topf, über den der sich aus sieben Frauenprojekten zusammensetzende Beirat befindet, ist wesentlich bescheidener: Ein Drittel der Solifondsgelder (Spendenfonds der geförderten Projekte) und die Hälfte der Ökofondsgelder (ein Drittel des Ökofonds erhält in Berlin der AK, Goldrausch und Netzwerk teilen sich die anderen zwei Drittel) werden bei vorliegenden Antragstellungen an die Frauenprojekte verteilt.

Goldrausch Frauennetzwerk Berlin:

Erfahrungen und Positionen

Seit fünf Jahren arbeitet *Goldrausch,* das autonome feministische Finanzierungsnetzwerk für Frauen, in Berlin. Es geht ums Geld, aber es geht -wie immer bei diesem Thema - auch um mehr. Es geht unter anderem um den einzigartigen Erfahrungsprozeß, wie Frauen miteinander wirtschaften und wie sie miteinander umgehen, wenn einmal kein „großer Bruder“ die Finger im Spiel hat. Da gibt es desillusionierende Geschichten zu erzählen, aber es gibt auch eine Menge von Beispielen, wie Frauen witzig und kühn die Ökonomie handhaben - und dabei keineswegs ihre politische Integrität preisgeben müssen.

Birgit Cramon-Daiber
Gerda Lischke

Wir können an dieser Stelle die Diskusssion um eine feministische Kritik der Ökonomie nicht führen, wollen aber anmerken, daß wir mit den Ansätzen, die die bäuerliche Subsistenzproduktion auf unsere Verhältnisse übertragen wollen bzw. einer neuen Bescheidenheit von Frauen das Wort reden (Claudia von Werlhof, Veronika Bennholdt-Thomsen), nichts am Hut haben. Wir sind überzeugt, daß Frauen sich in die Ökonomie einbringen können und müssen, um eigene Maßstäbe zu setzen und um eigene Ziele zu erreichen

Erfahrungen mit Frauenbetrieben

In Berlin existiert eine entwikkelte autonome Frauenszene. Es gibt jede Menge Frauenlokale, Kultur-, Kunst-, Therapie- und Sozialprojekte, und unter anderem auch viele Frauenbetriebe, die sich in der einen oder anderen Weise frauenpolitisch verstehen. *Goldrausch* ist Teil dieser Szene. Du kannst die Elektrik in der Wohnung durch ELEKTRA verlegen lassen, Schlossereiarbeiten führt KARAMBA aus, ITEKON plant und baut frauen- und kinderfreundliche Häuser, die Frauen der LERNINITIATIVE stellen Sonnenkollektoren und Gewächshäuser her, die Möbel baut HOLZART - kurzum, es gibt eine Reihe mehr oder weniger gelungener Versuche, auch im Bereich klassischer Männerbetriebe Fuß zu fassen. Alle Frauenbetriebe, gleich welcher Branche, haben mit frauenspezifischen Schwierigkeiten zu kämpfen, müssen sozusagen auf der Betriebsebene aushalten, was gesamtgesellschaftlich im Argen liegt.(1) Der große Vorteil - im Frauenbetrieb erfolgt keine frauenspezifische Diskriminierung - wird zumeist durch die oben genannten Schwierigkeiten mehr als genug „aufgehoben“.

Finanzielles

Die meisten Frauenbetriebe haben eine zu dünne Kapitaldekke, was durch *Goldrausch* nur sehr begrenzt veränderbar ist. Die Kredite von Goldrausch bewegen sich in etwa zwischen 1000 und 20.000 DM. Häufig ermöglichen diese Kredite jedoch, den Betrieb auf solidere wirtschaftliche Füße zu stellen und die Kreditfähigkeit bei Banken zu erhöhen. In jüngster Zeit ist in Berlin eine Öffnung der Banken in Richtung Frauenbetriebe festzustellen, während im Bundesgebiet bislang die Hoffnungen noch im wesentlichen auf der Gründung und raschen Erweiterung der Ökobank liegen

Noch so viel Beratung und die Öffnung des Bankwesens für Frauenkredite ändern jedoch nichts an der schlichten Tatsache, daß viele Frauen über ein zu geringes Eigenkapital verfügen. Hier ist es dringend notwendig, eine spezielle Eigenkapitalhilfe der öffentlichen Hand für Frauenbetriebe zu fordern und über eine Kapitalbeteiligung von - noch zu schaffenden -privaten Fonds für Frauenbetriebe nachzudenken.

Des weiteren werden politische Initiativen, Sozial- und Kulturprojekte, die keine Möglichkeiten einer öffentlichen Förderung haben, von *Goldrausch* bezuschusst.

Professionalisierung

Gemeinsam mit anderen Betrieben der alternativen Szene befinden sich die Frauenbetriebe in einem Professionalisierungsprozeß. Es geht nicht nur darum, fachlich exzellente Arbeit zu leisten, sondern ebenso darum, im Team kooperativ und möglichst ohne zeitaufwendigen Reibungsverlust zusammenzuarbeiten und dem Betriebsmanagement genügend Aufmerksamkeit zu geben. Immer wieder ist zu beobachten, daß viele spannende Initiativen an dem Punkt zu scheitern drohen, wo aus dem halbehrenamtlichen, mit viel Hoffnung getragenen Kollektiv ein professionell arbeitender Betrieb entsteht

Es ist ein Spezifikum vieler Frauenbetriebe, daß Frauen häufig lieber klein anfangen und in Kategorien der Zuverlässigkeit, Produktqualität, ökologischer Verträglichkeit und Solidarität denken. Diese Ansprüche wären an sich für alle Betriebe wünschenswert. Hinzu kommt jedoch bei den Frauen oft eine übergroße Vorsicht vor Geschäftsrisiko bzw. Kreditaufnahme, d.h. Frauenbetriebe müssen durch überhöhten Einsatz von Arbeitskraft mangelnde Mittel und Kredite ausgleichen

Goldrausch bietet daher betriebswirtschaftliche Beratung an, die die Zielsetzung der Frauenbetriebe unterstützt und die Frauen zu einem guten Management ermutigt. Neben den ganz konkret gefragten Beratungen wäre jedoch ein - zugegeben noch nicht existierender - Diskussionszusammenhang über Ökonomische Strategien wichtig

Perspektiven

Goldrausch hat aus den bisherigen Erfahrungen die Konsequenz gezogen, in Kürze drei Projekte zu starten, die während der Modellphase öffentlich finanziert werden: Ein Weiterbildungsprojekt für Existenzgründerinnen, ein Managementtrainingsprojekt für Künstlerinnen sowie ein Projekt im Bereich des qualifizierten Kultur-Tourismus. Im Tourismusprojekt werden frauenspezifische und frauenrelevante Kultur- und Service-Leistungen für alleinreisende Frauen koordiniert, um den Berliner Frauenbetrieben ebenso wie Kleinunternehmerinnen einen neuen Markt zu öffnen
Hier sei auf drei wesentliche Punkte einer feministischen Kritik der Ökonomie hingewiesen:1. Minderbewertung von Frauen im System der Ökonomie, 2.Benachteiligung von Frauen im System sozialer Sicherung, 3. Ausbeutung weiblicher Arbeitskraft qua Familienarbeit als „Naturressource“.

Goldrausch Frauennetzwerk Berlin e.V. ist ein autonomes Netzwerk, das seit 1982 mit Spenden und Mitgliedsbeiträgen Berliner Frauenprojekte und -betriebe unterstützt. Insgesamt wurde bislang über eine halbe Million Mark an etwa 100 Frauenprojekte als Zuschüsse oder zinslose Darlehen vergeben. Ebenso erscheint seit 1985 monatlich „Blattgold -Informationen und Termine für die Berliner Frauen“.

Goldrausch ist ein eingetragener Verein und hat folgende Gremien: Mitfrauenversammlung, Arbeitsgruppe, Beirat und Vorstand.

Entscheidungsgremium ist der Beirat. Er ist ein jährlich neu zu wählendes Gremium, das aus 4 Vertreterinnen von Frauenprojekten und 4 Einzelmitfrauen besteht. Der Beirat tagt öffentlich und ist in seinen Entscheidungen an die Satzung und die Förderrichtlinien gebunden.

Nach wie vor schauen wir den Frauen in die Augen und nicht in die Bücher, verlangen jedoch eine Projektskizze und Kostenvoranschläge. Wir verlassen uns auf die Angaben der Frauen, auch wenn in seltenen Fällen bewußt die Unwahrheit gesagt wurde. Eine direkte Kontrolle über die Verwendung der Gelder erübrigt sich, da die autonomen Frauen über vielfältige Zusammenhänge verbunden sind.

Rezension

Frauensolidarität

nennt sich eine in Wien erscheinende Zeitschrift, die seit 1982 existiert. Solidarität wird umfassend verstanden - die Hefte beschäftigen sich mit Themen und Problemen von Frauen auf der ganzen Welt. Schwerpunkte waren z.B. „Frauen im Islam“ (1/84), „Feminisierung der Armut“ (1/86), „Wilde Frauen zivilisierte Männer - gibt es eine feministische Ethnologie?“ (4/84).
Der Preis von 40 Schilling pro Heft erscheint zunächst hoch aber „der Erlös, der die Druckkosten übersteigt, kommt Frauenprojekten zugute.“

Bestellung an: **Frauensolidarität,** Kleeblattgasse 4/II, A-1010 Wien.

Der tote Wedding marschiert ...

9 Jahre Stadtteil- und Kulturzentrum Fabrik Osloer Straße

In den Augen vieler Berliner ist der Wedding der ödeste, farbloseste und langweiligste Stadtteil Berlins. Jahrelang vegetierte der traditionsreiche Bezirk als bedeutungsloser Wurmfortsatz im Berliner Norden vor sich hin. Frittenbuden, Videoshops und Eckkneipen - kulturelles Niemandsland mit U-Bahnanschluß. Nachdem dem einstigen Herzstück der Industriemetropole Berlin über Jahrzehnte die Totenglocke geläutet wurde, gerät der Wedding heute wieder in die Schlagzeilen. „Silicon Wedding" versucht den Stadtteil an alte Größe und Bedeutung heranzuführen. Im „Technologie-und Innovationspark" im „Gründerzentrum", der „Kabelzentrale" und bei „Nixdorf" wird an einem neuen gesellschaftlichen Entwurf gebastelt, getüftelt, produziert und geforscht. Im Kiez allerdings ist von den Segnungen der neuen Gesellschaft noch wenig zu spüren. Hier zeigt sich der Stadtteil weiterhin als kulturelle Steppe, als einer der größten sozialen Brennpunkte der Stadt, der seinen Bewohnern kaum etwas anderes als Wohnraum und öffentiche Verkehrsmittel anzubieten hat.

Eberhard Seidel

Das Gelände des Stadtteil- und Kulturzentrums „Fabrik Osloer Straße" wirkt in dieser Umgebung wie eine Oase. Unter dem Dachverband des „Fabrik e.V." rackern sich seit neun Jahren 10 Kollektive, Projekte und Initiativen daran ab, weit außerhalb der schützenden Mauern der Szene-Ghettos alternative Arbeitszusammenhänge und neue Kommunikationsstrukturen zu errichten. Neben Projekten mit traditionell-alternativen Ansätzen der Sozialarbeit (Ausbildungsbetriebe, Jugendwohngemeinschaften, Ausländerprojekt) stehen seit zwei Jahren innovative Initiativen im sozio-kulturellen Bereich.

Wer heute durch die „Fabrik" streift, ist in der Regel beeindruckt von der Größe und der Vielfalt der Arbeitsansätze und Angebote. Was als logisches in sich stimmiges und sich ergänzendes Konzept erscheint, ist

Resultat zahlreicher Aktivitäten von Projektgruppen, Kollektiven und Einzelpersonen. Es ist ein langer Weg, der in den letzten Jahren zurückgelegt wurde. Manche Ideen konnten realisiert werden, viele hoffnungsfrohe Versuche scheiterten, ursprüngliche Konzepte mußten modifiziert werden, rieben sich an der Macht des Faktischen. Vielversprechende Ansätze wurden von den Initiatoren fallengelassen, um von anderen wieder aufgegriffen zu werden. Zahlreiche Menschen durchliefen die „Fabrik" und arbeiteten an ihren Vorstellungen von einem anderen, besseren Leben, Wohnen und Arbeiten. Viele von ihnen verabschiedeten sich nach einiger Zeit, da sich ihre persönliche Lebensplanung und -gestaltung nicht mehr mit der „Fabrik" deckten. Die „Fabrik", das ist die Essenz der heute hier wirkenden Personen, sie prägen ihr Gesicht und bestimmen ihre Ausstrahlung. Und immer bleibt die „Fabrik" nur das augenblickliche Ergebnis einer kontinuierlichen Entwicklung, die sich daraus speist, sich nicht mit dem Erreichten zufrieden zu geben. Ständig werden neue Ideen ausgesponnen, visualisiert und in Bewegung gesetzt. Die Geschichte der Fabrik zeigt, daß es sich lohnt, das scheinbar Unmachbare zu denken und anzugehen. Erfolgsgarantien hat es zu keinem Zeitpunkt gegeben. Für keines der Projekte gab es Sicherheiten als Vorschuß. Den Unwägbarkeiten, Risiken, Rückschlägen und Bedenken von außen konnte in der Anfangszeit immer nur die Überzeugung von der Richtigkeit des eigenen Handelns entgegengesetzt werden. Vor diesem Punkt steht auch heute noch jedes neue Vorhaben in der „Fabrik". Eine Hypothek hat sich die „Fabrik" in den letzten Jahren allerdings gegenüber berufenen Skeptikern erworben: die Erfolge.

Innovationen im sozio-kulturellen Bereich

Einige Projektideen, um deren Realisierung in der „Fabrik" derzeit gerungen wird:

1) Ausbau der ehemaligen Montagehalle zu einer Mehrzweck-Veranstaltungshalle, die es ermöglichen würde, kulturelle Aktivitäten im Wedding zu entfalten, die überbezirkliches Interesse erwecken.

Die „Fabrik" sieht in diesem Projekt die große Chance, dazu beizutragen, aus dem traditionsreichen Wedding wieder mehr als ein Wohn- und Arbeitsviertel zu machen.

2) Entertainmentausbildung: Mit der Entertainmentausbildung ist geplant, zunächst 20 arbeitslose Jugendliche in Kooperation mit der Entertainmentschule „Stagefright" zu bühnenreifen Entertainern auszubilden. Trotz massiver Skepsis der zuständigen Institutionen ist die „Fabrik" davon überzeugt, daß gerade die darstellenden Künste für demotivierte, mutlose Jugendliche, die das Vertrauen in sich selbst und in alle anderen verloren haben, besonders geeignet sind, diesen negativen Kreislauf zu durchbrechen. Entsprechende, praktische Erfahrungen aus England und Frankreich bestärken die Fabrikler.

3) Künstlerselbsthilfe und Medienwerkstatt: Mit der Künstlerselbsthilfe möchte die Fabrik Osloer Straße die Voraussetzungen schaffen, Künstler zusammenzuführen, die vorwiegend nur in einer Sparte arbeiten und deshalb nur selten Engagements erhalten. Durch den Zusammenschluß mehrerer Künstler wäre es möglich, eine abwechslungsreiche Bühnenshow auf die Beine zu stellen, die größere Chancen auf Vermittlung hätte.

Zu dem Konzept gehört die Einrichtung einer Medienwerkstatt, mit deren Hilfe die Künstler Videoaufnahmen produzieren könnten, die ihnen helfen, sich bei der Suche nach Beschäftigung besser zu präsentieren.

Die **Zentral Film GmbH** hat für 1988 einen neuen Verleihkatalog herausgebracht. Das Angebot umfasst neuere Dokumentarfilme (z.B. „Das alte Ladakh", „Wasserzeichen", „Zaunkämpfe") und anspruchsvolle Unterhaltungsfilme („die gekaufte Frau", „Serenade zu Dritt", „Zazie in der Metro" u.a.) Zu beziehen ist der Katalog gegen DM 3,- in Briefmarken bei der
Zentral Film GmbH
Friedensallee 14-16
2000 Hamburg 50

Arbeitskreis für Kooperation und Partizipation e.V. (Hrsg.)

Das Zentrum für Kooperation und Partizipation

Das Konzept einer neuen Forschungseinrichtung auf dem Prüfstand

In den einzelnen Beiträgen der Publikation wird ausführlich zu dem Institutsvorhaben »Zentrum für Kooperation und Partizipation« Stellung genommen. Dies geschieht sowohl unter dem Gesichtspunkt einer grundsätzlichen Beurteilung (Kapitel I) als auch in der Form einer kritischen Diskussion des Institutskonzeptes (Kapitel II).
Ende der 70er Jahre, Anfang der 80er Jahre entstand u.a. durch die vermehrte Gründung von Gemeinschafts- und Partnerschaftsbetrieben, von neuen Produktivgenossenschaften und Selbstverwaltungsunternehmen ein neuer Sektor kooperativer Betriebs- und Projekteinheiten. Der kooperative Sektor ist mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Vor allem im einzelwirtschaftlichen Bereich existieren Einschränkungen bei wichtigen betrieblichen Teilfunktionen. Die Ursachen für diese Probleme/Einschränkungen sind nach der Auffassung der Autoren und Autorinnen des Bandes zu einem erheblichen Teil auf das Fehlen von anwendungsorientierten Lösungsmodellen und -hilfen, also gewissermaßen auf das Fehlen einer anwendungsorientierten »Betriebswirtschaftslehre der Kooperative« zurückzuführen. Diese Einschätzung veranlaßte vor einiger Zeit Fachvertreter/innen dazu, ein sogenanntes »Zentrum für Kooperation und Partizipation« zur Diskussion zu stellen. Das Zentrum ist dabei als ein anwendungsorientiertes Forschungs- und Transferinstitut für den kooperativen Sektor gedacht. Hier sollen, ähnlich den Forschungszentren für die mittelständische Wirtschaft, unmittelbar auf die Betriebe bezogene Forschungs-, Entwicklungs-, Qualifizierungs-, Bildungs- und Dokumentationsleistungen erbracht werden.

1987, 137 S., Salesta brosch., 29,- DM, ISBN 3-7890-1456-7

NOMOS VERLAGSGESELLSCHAFT
Postfach 610 · 7570 Baden-Baden

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald e.G.

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Trans Europe Festival

Einladung und Ausschreibung

Liebe Freunde!
Unter dem Arbeitstitel Trans Europe Festival Berlin 88 bereiten wir z.Zt. ein internationales Treffen Freier Theater- und Künstlergruppen vor, das im Sommer des nächsten Jahres in der UFA-Fabrik stattfinden wird.

Die Intention des Festivals ist Begegnung und Kooperation. Eine Multi-Media-Werkstatt mit internationaler Beteiligung von jungen Künstlern, Theatergruppen, Filmern, Malern, Musikern. Theater soll den Schwerpunkt bilden, wobei wir nicht verkennen, daß sich heute alle Darstellungsformen immer stärker vermischen...

Was geschieht in der „Freien" Kulturszene in Europa? Innerhalb des Festivals, über einen Zeitraum von drei Monaten bieten wir die räumlichen und organisatorischen Möglichkeiten des gesamten UFA-Kulturzentrums für spontane, besser noch eigens für dieses Treffen sorgfältig geplante Kooperation zwischen aktiven Künstlern, die ihren Weg außerhalb des etablierten Kulturbetriebes gehen.

Das Festival entsteht in Zusammenarbeit mit den Mitgliedern von TRANS EUROPE HALLES (Young European Network of Independent Culture Centers) und wird drei thematische Schwerpunkte haben:

- Theaterfestival, multinationale Begegnung und Coproduktion (workshops-Kooperation und öffentliche Präsentation)
- Trans Europe Halles Kongress und Ausstellung (Kulturzentrum in Europa, Möglichkeiten eines grenzüberschreitenden Netzwerks)
- Art's Laboratorium für experimentelle Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen „bildenden" und darstellenden Künsten.

Lebende Ausstellung

Das knapp 20.000 Quadratmeter große, geschichtsträchtige frühere Filmgelände - die „Geister der Ufa" lassen uns nicht so schnell los - bietet sich nicht nur als Ort für Bühnenproduktionen an, sondern ebenso für eine multimediale künstlerische Gestaltung in der Form einer szenischen „lebenden" Ausstellung.

Darstellungsmöglichkeiten für Wand- und Fassadenmaler, Skulpteure, Bühnen- und Gartenarchitekten, Illuminateure und multimedia-Akteure.

Wenn Ihr Euch an diesem Festival 88 beteiligen wollt, gebt uns bitte schnell Antwort und meldet Euch bei
Scotti ☎(030) 752 80 85.

TAZ NOST

die tageszeitung

Lesen und lesen lassen

An taz-Abo, Wattstr. 12, 1000 Berlin 65

Ich bestelle die taz

☐ **für 5 Wochen – DM 30,-**
☐ **für 9 Wochen – DM 50,-**
ohne automatische Verlängerung

Besteller: (Name, Vorname, Straße, Nr., PLZ, Ort):

.....

.....

.....

Datum, Unterschrift: .....

Empfänger: (falls nicht identisch)
(Name, Vorname, Straße, Nr, PLZ, Ort):

.....

.....

.....

☐ V-Scheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei
Mir ist klar, daß ich die Bestellung innerhalb von 7 Tagen schriftlich wiederrufen kann. Zur Wahrnemung der Frist genügt rechtzeitige Absendung des Widerrufs. 678

Unterschrift: .....

Ökobank

Überregional tätige Universalbank oder regional träge Spezialbank?

Es scheint, als ob der Verein „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." das sich Anfang 1984 gesetzte Ziel, die Gründung der Ökobank eG, demnächst erreicht. Viele Hürden wurden übersprungen, der Ritt durch den Dschungel der Paragraphen wurde hinter sich gebracht und nun steht die Ökobank i.G. vor dem großen Tor des Kapitals, das sich in Kürze öffnen soll. Ist damit der Weg frei zu den großen finanziellen Transaktionen auf den Kapitalmärkten der Welt?

Im Folgenden soll der Versuch gemacht werden, die Startbedingungen der Ökobank-Genossenschaft darzulegen, um anschließend, nachdem die Utopie **Ökobank** konkret werden könnte, sich die weitere Entwicklung vorzustellen.

Oliver Förster

Die Zielvorgabe

Die Ökobank-Genossenschaft wird ein überregionaler Zusammenschluß von ca. 12.000 GenossInnen sein. Mit ihren Beteiligungen werden diese ein Gründungskapital von ca. DM 7.600.000,-- aufgebracht haben. Alle diese GenossInnen sind aktive oder sympathisierende Mitglieder von Selbsthilfeeinrichtungen, Bürgerinitiativen, kirchlichen Aktions- und Dritte-Welt-Gruppen, Selbstverwalteten Betrieben und Projekten, in deren Arbeit die genossenschaftlichen Grundsätze der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung eine zentrale Bedeutung haben.

Die Erfahrungen, die die ca. 12.000 GenossInnen in ihrer täglichen Arbeit machen, zeigen, daß die Dienstleistungen, die ihnen als KonsumentInnen hierzu von den Banken angeboten werden, an ihrem Bedarf vorbeigehen, für ihre Bedürfnisse nicht differenziert genug sind bzw. ihrem demokratischen Anspruch von Mitgestaltung und Mitspracherecht nicht gerecht werden.

Hier sollte in einem Akt der Selbsthilfe mit der Gründung der Ökobank-Genossenschaft Abhilfe geschaffen werden.

Die Ökobank-Genossenschaft soll den KonsumentInnen, die in den oben beschriebenen gesellschaftlichen Zusammenhängen arbeiten, ein Dienstleistungsangebot zur Verfügung stellen, das zum einen die umfassende Palette von Bankdienstleistungen enthält, zum anderen aber darüber hinaus für eine gezielte Ausrichtung und Entwicklung dieser Leistungen auf den speziellen Bedarf ihrer GenossInnen hin Sorge trägt.

Die Umsetzung

Dieses umfassende Dienstleistungsangebot an ihre GenossInnen wird der Ökobank eG möglich sein und **wird erst dadurch möglich sein,** weil sie sich dabei auf ein bereits existierendes und weitgefächertes „Verbundsystem" stützen kann, dessen Struktur der Verein „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." in jahrelanger Arbeit aufgebaut hat. Als Beispiele seien hier die Ökofinanz GmbH (München), die Ökofinanz Lübeck GbR, die Rat & Tat eG (Stuttgart) genannt.

Diese regionalen Unternehmungen, die jetzt in enger Zusammenarbeit mit der Ökobank Genossenschaft in Gründung durch die Regional- und Landesverbände des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." gegründet werden, sind ein entscheidender Schritt, um den Auftrag der 12.000 GenossInnen umzusetzen. Dieser Auftrag lautet:
Gründung einer bundesweiten Universalbank!

Daß die Ökobank eG als (betriebswirtschaftliches) Unternehmen dabei auf betriebswirtschaftliche Strukturen und betriebswirtschaftliches Know-how besteht, sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Wenn die **Gründung der Ökobank eG** nicht als ein Flop in die Geschichte des Geldwesens eingehen soll, kann der Anspruch auf ein solches Know-how nicht deutlich genug betont werden.

Die Gründung der Ökobank eG geschieht in einer Zeit, in der die Banken aufgrund der schwierigen Marktlage allenthalben ihr Heil in Fusionen suchen. Und auf diesem immer schwieriger werdenden Terrain sind diese durchaus offen für die Möglichkeiten (und Märkte), die ein gewandeltes Gesellschaftsbewußtsein bieten. Vor diesem Hintergrund von einem **„Fußvolk"** zu sprechen, das die Ökobank eG **„zu ihrer Expansion braucht",** wie es Jens Reuter vom Hamburger Landesverband des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." tut, ist dabei wenig hilfreich. Dies wird auch der realen Zusammenarbeit wie sie zwischen den genannten regionalen Unternehmungen und der Ökobank eG in Gründung stattfindet, in keiner Weise gerecht. Aber diese **real existierende** Zusammenarbeit ist Jens Reuter so vielleicht nicht bekannt, da er beim letzten Arbeitstreffen im Dezember 1987 in Frankfurt nicht anwesend war. Die Ausführungen in seinem Artikel **„Zweck oder Selbstzweck" sollten ihm daher nachgesehen werden.**

Die Probleme

Daß die Probleme bei der Umsetzung der Ökobank-Idee vielschichtiger und differenzierter sind, als sich das viele Vereinsmitglieder als fachfremde Personen vielleicht vorgestellt haben, kann der Ökobank-Crew nicht zum Vorwurf gemacht werden. Hieraus jedoch zu schließen, daß den in der Ökobank arbeitenden Personen die inhaltlichen und die politischen Implikationen schlichtweg egal seien, daß sie „unter den Tisch fallen", ist eine Unterstellung, die nur schwer zu ertragen ist. Die Ökobank-Crew arbeitet kontinuierlich an der Umsetzung des ganzen Auftrags, der da lautet:
Gründung einer bundesweit tätigen Universalbank

Daß dies nicht aus dem Stand heraus, quasi auf einen Schlag, umzusetzen ist, dies wird tatsächlich nur jemanden irritieren können, der mit der Materie nicht vertraut ist. Die Ökobank Genossenschaft in Gründung geht davon aus, daß sich die jahrelange Arbeit der Regionalgruppen des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." bezahlt macht und daß die jahrelange Vorbereitung der Bank Auswirkungen auf das Einlagengeschäft der Ökobank haben wird. Es ist davon auszugehen, daß der **Ökobank eG** Gelder in einer Höhe zufließen werden, die es der Ökobank schwer macht, das Gesamtkreditvolumen von 60% des Geschäftsvolumens überhaupt zu erreichen. Daß es also ein Problem für die Ökobank eG sein wird, die ihr zufließenden Einlagen als Kredite zu vergeben um sie nicht als Liquiditätsrükklagen bei anderen Banken anlegen zu müssen. Hinzu kommt, daß die regionale Begrenzung im Kreditgeschäft anfänglich eine adäquate Ausweitung des Kreditgeschäfts verhindert.

Doch auch von organisatorischer Seite drohen Probleme, mit denen die Ökobank eG erst noch lernen muß umzugehen. So z.B. die Nachfrage nach dem Girogeschäft, die Bankdienstleistung, die jede/n von uns fast täglich begleitet. Der Umfang des Girogeschäftes ist für die Ökobank eG nur schwer kalkulierbar. Daher will die Ökobank eG anfangs das Girokonto vorwiegend KreditnehmerInnen, Firmen und Organisationen als Dienstleistung anbieten, um nicht durch dieses Massengeschäft **überrollt** zu werden. Die Ausweitung des Girogeschäfts kann allerdings nur sukzessive entsprechend der Nachfrage und den organisatorischen Möglichkeiten der Ökobank eG erfolgen.

Die Ökobank Genossenschaft in Gründung hat in ihrem Geschäftskonzept **(„Die Konzeption der Ökobank eG")** einen Sockel erarbeitet, auf dem aufbauend der Gründungsauftrag Stück für Stück verwirklicht werden kann.

So verzichtet die Ökobank eG **zunächst** auf folgende **erlaubnispflichtige Bankgeschäfte:**
- das Effektengeschäft (Paragraph 1, Abs. 1, Nr. 4 KWG),
- das Depotgeschäft (Paragraph 1, Abs. 1, Nr. 5 KWG),
- das Investmentgeschäft (Paragraph 1, Abs. 1, Nr. 6 KWG),
- die Eingehung von Verpflichtungen, Darlehensforderungen vor Fälligkeit zu erwerben (Paragraph 1, Abs. 1, Nr. 7 KWG).

Neben dem Verzicht auf diese Bankdienstleistungen, die deshalb auch nicht in die Satzung der Ökobank eG aufgenommen wurden, versuchten die ÖkobankinitiatorInnen durch risikominimierende Maßnahmen im Kreditgeschäft das Risiko der Ökobank zu reduzieren und der Forderung nach ausreichender Risikobegrenzung Rechnung zu tragen. Folgende Regelungen erscheinen nennenswert (aus Sachgebiet 18 der Konzeption der Ökobank eG):
- die Ökobank eG ist im Kreditgeschäft grundsätzlich regional tätig,
- die Kreditvergabe erfolgt unter Anwendung differenzierter Kompetenzregelungen,
- das Gesamtkreditvolumen darf 60% des Geschäftsvolumens nicht überschreiten,
- das Gesamtkreditvolumen darf maximal das dreifache des haftenden Eigenkapitals betragen,
- das Kreditvolumen überregional vergebener Kredite darf 10% des Gesamtkreditvolumens nicht überschreiten
- die Kreditobergrenze beträgt DM 750.000,--
- die Kreditobergrenze eines überregional vergebenen Kredits beträgt DM 200.000,--

Mit diesen Einschränkungen versehen wird die Ökobank eG den Start **„ins Ungewisse"** beginnen. Die Ökobank eG baut dabei auf eine enge solidarische Zusammenarbeit zwischen den regionalen Unternehmungen, den Regional- und Landesverbänden des Vereins „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." und der Ökobank eG, denn so wie die Ökobank der sympathisierenden Begleitung in politischen Diskussionen bedarf, so bedarf eine politische Idee der Zuarbeit fachlich kompetenter Menschen.

Weitere Beiträge zur Ökobank auf Seite 9:
„Zweck oder Selbstzweck"
„Leserbriefe"

Zur Mitgliederversammlung des Vereins am 27.Februar 1988

Zur Frage der Tagesordnung der kommenden Mitgliederversammlung veröffentlichen wir nachstehend einen Brief, den die Bundesgeschäftsstelle an die Delegierten der Regional- und Landesverbände und an den Vereinsvorstand geschrieben hat.

Liebe ÖkobänklerInnen,
in meinem Schreiben vom 7. August 1987 hatte ich den Delegierten einen Terminplan vorgeschlagen, der die auf der Mitgliederversammlung des Vereins anstehenden Beschlüsse entsprechend vorbereiten sollte. Der Delegiertenrat vom 20. September 1987 auf Gut Kragenhof verwarf diesen Vorschlag und übertrug die vorbereitenden Arbeiten einer „Arbeitsgruppe zur Zukunft des Vereins". Diese Arbeitsgruppe hat bisher nicht getagt. Um nun zu verhindern, daß auf der obigen MV aufgrund mangelnder Vorbereitung und unter dem dann auftretenden Zeitdruck unreflektierte Beschlüsse gefaßt werden, schlage ich in Abänderung des Tagungsordnungsvorschlages in der letzten CONTRASTE folgende Vorgehensweise vor:

1. Die MV diskutiert die Änderung des Paragraphen 1 der Vereinssatzung (Zweck des Vereins) sowie eventuelle weitere Satzungsanträge.
   Die Änderung des Paragraph 1 wird notwendig, wenn der Verein nach Bankgründung weiter am Aufbau und der Entwicklung von alternativen Wirtschaftsformen arbeiten will.
   Hier kann sich die Versammlung an entsprechenden Satzungen orientieren wie sie bereits von einigen rechtlich eigenständigen Landesverbänden eingeführt worden sind. Ich werde zur MV für eine Zusammenstellung dieser Satzungspassagen sorgen.
2. Die MV diskutiert über die zukünftige Struktur des Vereins. Hier geht es um ein funktionsfähiges Modell, das zum einen rechtlich eigenständigen Vereinen auf Regional- bzw. Länderebene die Möglichkeit bietet, die Verwaltung und Betreuung ihrer Mitglieder in eigener Regie zu übernehmen, zum anderen aber den Regionalgruppen, die das vorziehen, es überläßt, wie bisher die Mitgliederverwaltung über ein zentrales Büro abzuwickeln.
   Zu diesem Komplex gehört dann auch die Frage der Redaktion von CONTRASTE und Kontrovers und die beabsichtigte Namensänderung.
   Mein Vorschlag wäre, die Regional- und Landesverbände, die eine zentrale Verwaltung vorziehen und keine regionalen Vereine gründen wollen, einigen sich auf eine gemeinsame Geschäftsstelle, die - wie bisher die Bundesgeschäftsstelle - die Aufgaben des Informationsverteilers und der Redaktion übernimmt.
   Die eigenständigen Regionalvereine beteiligen sich an der Finanzierung dieses Büros und werden so in das Informationsnetz und die redaktionellen Arbeiten mit einbezogen. Alle Regionen erhalten durch entsprechende Satzungsänderung die Möglichkeit, auf der Grundlage eines ordentlichen Beschlusses einer regionalen Mitgliederversammlung, jederzeit rechtlich eigenständige Vereine zu gründen, wenn sich das für ihre Region als sinnvoll erweist.
   Die Höhe der Beteiligung der eigenständigen Regionalvereine an der Geschäftsstelle des überregionalen Vereins orientiert sich an der Kostenrechnung dieser Geschäftsstelle.
3. Die MV diskutiert vor diesem Hintergrund die personellen Konsequenzen für die Besetzung des Vorstandes (des verbleibenden überregionalen Vereins.)
   Sie wählt einen Revisor für die Kassenprüfung. Weitere Beschlüsse faßt diese MV nicht. Sie vertagt sich auf vier bis sechs Wochen. In dieser Zeit werden alle Mitglieder von den beabsichtigten Satzungsänderungen über CONTRASTE informiert, ebenso wie von den diskutierten strukturellen und personellen Änderungen im Verein und im Vorstand. Der Revisor vollzieht während dieser Zeit seine Kassenprüfung.
4. Auf der dann folgenden MV
   werden dann nach Vorlage des Revisionsberichtes Kassenwart und Vorstand entlastet, die diskutierten Satzungsänderungen beschlossen und die Neuwahlen zum Vorstand vorgenommen.

Ich denke, dies ist ein Vorgehen, das allen Mitgliedern den Raum und die Zeit gibt, die sie für die jetzt anstehenden grundlegenden Entscheidungen brauchen.

Freundliche Grüße
Dieter Reincke

Vereinsnachrichten

Freunde und Förderer der Ökobank e.V.
Franziusstr. 44
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069/4990447

Produktivgenossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe

Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Idee einer fortschrittsfähigen Organisation

Tagung an der Evangelischen Akademie Hofgeismar vom 18. bis 20. März 1988

Freitag den 18.3.1988

16.00 - 18.00 Uhr K.H. Mihr, MdEP (Baunatal/Straßburg):
Perspektiven der Genossenschaftsbewegung in Europa
19.30 - 21.00 Uhr Burghard Flieger (Freiburg):
Die Entwicklung der Genossenschaften in Deutschland -Ein Überblick

Samstag, den 19.3.1988

9.00 - 10.15 Uhr Volker Teichert (Gesamthochschule Kassel):
Entwicklung und Stand der alternativen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland
10.30 - 12.00 Uhr Prof. Dr. Hans G. Nutzinger (Gesamthochschule Kassel):
Funktionsprobleme laboristischer Betriebe und Lösungsmöglichkeiten
14.00 - 15.30 Uhr Prof. Dr. Oswald Hahn
(Universität Erlangen-Nürnberg):
Alte und neue Produktivgenossenschaften - Existenzbedingungen und Möglichkeiten des Überlebens
16.00 - 18.00 Uhr Fallbeispiele alter und neuer Genossenschaften und Selbstverwaltungsbetriebe, u.a.
- Glaswerke Warmensteinach
- Druck- und Verlagsgenossenschaft STATTWERK e.G. Essen
- Riedmühle e.V.
- Verein der Freunde umweltfreundlichen Lebens und Arbeitens
- Jugendhilfe Velmar e.V. (Prof.Dr. O.Kießler, Gesamthochschule Kassel)

Abends Gelegenheit zur Diskusssion in Arbeitsgruppen

Sonntag, den 20.3.1988

9.30 - 10.45 Uhr Prof. Dr. Rolf Schwendter (Gesamthochschule Kassel):
Zukunftsperspektiven selbstverwalteter Betriebe und Projekte
11.00 - 12.30 Uhr Abschlußdiskussion mit den Referenten und den Tagungsteilnehmern

Anfragen und Anmeldung bei der
Evangelischen Akademie Hofgeismar
Postfach 1205
3520 Hofgeismar oder
Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg

Rezension

„Wir helfen uns selbst"

Gründungshilfen für neue Genossenschaften

Matthias Neuling

Die Genossenschaft ist seit eh und je eine politische Rechtsform, die der Gesetzgeber am 1. Mai 1889 speziell für die Selbstorganisation der Arbeiter und Bauern geschaffen hat. Sie ist die einzige Rechtsform, die schon von ihrer Konzeption her dem kollektiven Zusammenschluß der Menschen, und nicht der Ansammlung von Kapital dient. Daß es innerhalb der Selbstverwaltungsszene so wenige Genossenschaften gibt, wird oft damit erklärt, daß diese Rechtsform für selbstverwaltete Betriebe ungeeignet sei.

In letzter Zeit häufen sich aber auch Stimmen, die die Genossenschaft als ideale Rechtsform bezeichnen. In diese Reihe gehört das soeben erschienene Buch „Wir helfen uns selbst". Es wurde herausgegeben vom *Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens* (einem der SPD nahestehenden Verein). Klares Ziel des Buches ist es, weitere Neugründungen von Genossenschaften anzuregen.

Vorneweg führt Burghard Flieger Grundsätzliches zur Genossenschaft aus. Dies ist ein guter Überblick über Gestaltungsmöglichkeiten und Zwänge, auch im Vergleich zu anderen Rechtsformen. Es folgen Beispiele aktueller Neugründungen.

Kernstück ist natürlich der eigentliche „Gründungsleitfaden". Er enthält eine Anleitung zur Gründung einer Genossenschaft, eine Mustersatzung, Gesetzestext und kurze Hinweise zu betriebswirtschaftlichen- und steuerrechtlichen Fragen, Formulare sowie Adressen von Verbänden und anderen nützlichen Institutionen.

Wer also mit der Genossenschaft liebäugelt, wird sich auf die Seiten 73 bis 95 stürzen, den eigentlichen Gründungsleitfaden. Auf den ersten zehn Seiten wird die Gründung einer Genossenschaft beschrieben, gefolgt von einer „Checkliste". Die Beschreibung der Gründung stellt schon deutlich höhere Anforderungen an die Leserschaft, manche Punkte hätten vielleicht weggelassen werden können, um dafür die übrigen Teile ausführlicher darzustellen. So glaube ich, daß die Ausführungen über die BGB-Gesellschaft eher verwirren, zumal sie für die wenigsten Genossenschaften wichtig sind. Trotzdem bekommen die LeserInnen bei der Lektüre dieser Seiten ein Gefühl dafür, wie dieses abstrakte Gebilde „Genossenschaft" ins Leben gerufen werden kann.

Die Checkliste ist für einen Normalsterblichen allerdings kaum nachvollziehbar. Man merkt ihr zu deutlich an, daß sie aus einer Liste der Prüfer der Genossenschaftsverbände entstanden ist. Für Menschen, die ihre Satzung danach erstellen wollen, ist sie jedoch eher bedrückend, als daß sie tatsächlich eine Orientierungshilfe gibt. Wenn das Buch eine Leitfaden für Neugründer sein soll, werden diese Leser von sich aus die Frage kaum beantworten können, ob „die Mitgliederhaushaltungen als geschäftliche Basis ausreichen" oder „daß Nichtmitgliedschaft realistisch einschätzt" wird. Hier fehlen Erläuterungen.

Gelungen ist dagegen die Mustersatzung, die mit kommentierenden Anmerkungen versehen ist. Sie ist eine gute Grundlage, um die eigenen Bedürfnisse an die Satzung zu formulieren.

An dem Buch gefällt mir besonders gut, daß es ohne jeden überflüssigen Ballast die wesentlichen Fragen zumeist sehr anschaulich anspricht. Alles in allem ist das Buch deshalb trotz der Kritik - eine wichtige Ergänzung zu den bisher bestehenden Leitfäden. Es füllt die Lücke zwischen „Unter Geiern" (Stattbuch-Verlag), das die Genossenschaft doch etwas stiefmütterlich behandelt und dem „großen Werk" von Burghard Flieger (Produktivgenossenschaften). „Wir helfen uns selbst" wird deshalb für Menschen, die ernsthaft überlegen, eine Genossenschaft zu gründen, Pflichtlektüre sein.

„Wir helfen uns selbst - Gründungshilfen für neue Genossenschaften", Band 1.
Hrsg.: Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V. Darmstadt 1987.

Genossenschaftsförderung

Pressekonferenz

Im Januar fand in Bonn eine Pressekonferenz des *Vereins zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V.* statt. Der Vereinsvorsitzende Hans-Ulrich Klose stellte das *Gründungshandbuch* für neue Genossenschaften *„Wir helfen uns selbst"* den Vertretern von Presse- und Wirtschaftsredaktionen vor. Mit dieser Publikation hat der Verein eine Lücke auf dem Buchmarkt geschlossen. Es ist der erste praxisnahe Gründungsleitfaden für Kleingenossenschaften im Bereich der Selbstverwaltungswirtschaft.
Hans Stapelfeldt vom *Revisionsverband Deutscher Konsumgenossenschaften e.V.* würdigte das Buch aus der Sicht eines traditionellen Prüfverbandes. Es sei einerseits Herausforderung für die Prüfungsverbände, vor allem aber Hilfestellung, da es die Beratung von Gründungswilligen erleichtere. Der Genossenschaftsverband stelle sich der Diskussion mit der Selbstverwaltungswirtschaft.
Das Buch ist über den Buchhandel zu beziehen (16,80 DM). Es kann aber auch direkt beim Verein zum Preis von 12,- DM bestellt werden, (Vorzugspreis für Mitglieder 10,- DM).

Gemeinwirtschaft und Genossenschaften

Am 11. März jährt sich der 100. Todestag des Genossenschaftsgründers und Sozialreformators Wilhelm Raiffeisen. Anläßlich dieses Ereignisses wird der Deutsche Genossenschafts- und Raiffeisenverband eine Großveranstaltung in der Alten Oper, Frankfurt durchführen. Der Programmablauf läßt vermuten, daß lediglich einseitig die Bedeutung Raiffeisens für die Entstehung privat-wirtschaftlich orientierter Genossenschaften hervorgehoben wird. Der sozial-reformerische Charakter der Idee Raiffeisens wird dagegen im Rahmen dieser Veranstaltung möglicherweise keine Berücksichtigung finden. Eine Verengung des Genossenschaftsgedankens auf rein privat-wirtschaftliche Ziele wollen wir nicht zulassen, sondern die Diskussion über den gemeinwirtschaftlichen Charakter genossenschaftlicher Betriebe, der vom Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband in Abrede gestellt wird, aktualisieren. Deshalb plant der Verein eine eigene Veranstaltung im Laufe des Jahres, in der sowohl die individual-wirtschaftlichen Vorstellungen Raiffeisens im kritischen Licht beurteilt werden als auch seine sozial-reformerischen Ideen entsprechende Würdigung finden sollen. Schwerpunkt der Veranstaltung werden aktuelle, genossenschaftspolitische Problemstellungen sein. Nähere Informationen werden wir zu gegebener Zeit an dieser Stelle veröffentlichen.

Genossenschafts-Seminar

Wir möchten darauf aufmerksam machen, daß vom *Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung* ein Seminar zum Thema *„Genossenschaften - Gründungshilfen und kritische Reflexion ihrer Geschichte"* durchgeführt wird. Termin ist das Wochenende vom 11. - 13. März 1988. Dieses Seminar richtet sich an Neugründer von Genossenschaften und will ihnen konkrete Gründungshilfen geben. Als Referenten stehen Hans Stapelfeldt vom Revisionsverband Deutscher Konsumgenossenschaften und Bernd Hassert von der Mannheimer Handwerkergenossenschaft zur Verfügung.
Anmeldungen bitte direkt an die Instituts-Adresse: Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt.

Stärkt den Genossenschaftsgedanken
VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
Telefon 02 28 / 21 52 90

Zweck oder Selbstzweck

Jens Reuter

Wird es der Ökobank gelingen, Mittel zum Erreichen bestimmter gesellschaftlicher Veränderungen zu sein oder wird sich das Engagement an der Sache darauf beschränken, dem Mittel statt dem Zweck zu dienen?

In Anbetracht der bevorstehenden Geschäftseröffnung in Frankfurt haben sich die Arbeitsschwerpunkte verlagert. Stand früher das schnöde Sammeln von „-Treugeld" im Mittelpunkt der Aktivitäten, so geht es jetzt um die Gründung von „Regional-Gesellschaften" (Reg.Ges.). Aus Sicht der Bank sollen diese Reg.Ges. Vorläufer der späteren Zweigstellen sein, die die baldige Eröffnung von Zweigstellen vorbereiten und ermöglichen sollen. Welche sachlichen und fachlichen Ansprüche an Reg.Ges. und die späteren Zweigstellen zu stellen sind, hat die Bank formuliert. Daß die Bank sich bei der Formulierung dieser Kriterien auf die aus ihrer Sicht notwendigen und sachlichen Gesichtspunkte beschränkt, darf man ihr nicht zum Vorwurf machen. Welche inhaltlichen und politischen Ansprüche an die Reg.Ges. zu stellen sind, fällt unter den Tisch. Welche Rolle diese Reg.Ges. nach Gründung von Zweigstellen spielen sollen, ist scheinbar nicht von Interesse.

Der Bank fehlen die finanziellen Mittel zum baldigen Aufbau eines Filialnetzes. Sie weiß, daß sie nicht nur zu ihrer Gründung das Fußvolk brauchte, sie braucht es auch zur Expansion. Also stellt man eine Trog Futter vor die Türe, auf den die Meute sich stürzt, im Glauben, die eigene Existenz fristen zu können. Da der Hunger groß ist, geht es zuvörderst um die Befriedigung ganz profaner Bedürfnisse. Das Ziel des Bankapparates ist Expansion, sein Futter die Nachkommenschaft des Fußvolkes und dasselbe labt sich an den Brosamen, die vom Tisch in den Trog fallen. Da jedem der Magen knurrt, ist an inhaltliche Ansprüche gar nicht zu denken. Und weil die Besucher dieses Zoos mit Semmeln wohlbepackt anmarschieren und sich an dieser Nummer köstlich ergötzen, scheint eine Änderung auch nicht notwendig zu sein.
Soweit diese Glosse.
Tatsächlich wird die Diskussion um die Reg.Ges. dominiert von den sachlichen Ansprüchen der Bank an dieselben. Die politische Dimension gerät derweil mal wieder in den Hintergrund. Wenn es aber nicht gelingt, der Bank einen funktionierenden, **beratenden** politischen Apparat zur Seite zu stellen, dann ist das eine Bankrotterklärung an das ganze Projekt. Der Ausbau des Bankapparates über die Zwischenstufe Reg.Ges. ist doch auch eine riesige Chance, der politischen Dimension in dem Ökobank-Projekt ihren notwendigen Platz und Raum zu verschaffen. Und zwar dort, wo er sein muß: vor Ort. Die Bank wird zwar eine „alternative" Geld/Geschäfts-Politik ausführen können, sie wird sie aber nicht ohne die örtliche Mitwirkung entwickeln können. Dafür fehlen ihr die Kenntnisse.

Um Mißverständnissen vorzubeugen: Es geht nicht darum, in die Bank „hineinregieren" zu können. Die Bank als eingetragene Genossenschaft ist eine eigenständige Körperschaft mit ihren nach dem Genossenschafts-Gesetz vorgesehenen Vertreter-Organen. Es geht vielmehr darum, einen Raum zu schaffen, in dem politische Ansprüche an die Bank entwickelt und artikuliert werden können. Einen Rechtsanspruch auf Einlösung etwaiger „Forderungen" gibt es nicht.

Man muß sich aber klarmachen, daß das Handeln der Bank immer bestimmt wird von der Frage: Was rechnet sich? Dies kann im Widerspruch zu dem stehen, was man ideel im Sinne der Förderziele von der Bank erwartet. Daß es diese Zielkonflikte gibt, ist uns nicht neu. Daß das Austragen solcher Zielkonflikte in einem Apparat irre Reibungsverluste erzeugt, kann man sich lebhaft vorstellen und erlebt haben wir es auch schon. Es scheint also sinnvoll zu sein, das zu tun, was man mit dem Schlagwort **Institutionalisierung der Zielkonflikte** beschreiben kann: Die Bank macht ihren Job und die Reg.Ges., deren Träger unabhängige Landesverbände des Ökobank-Vereins sein sollten, entwickeln den Spielraum der Geschäftspolitik vor Ort, der dann auch von der Bank ausgefüllt werden sollte.

Dieser Spielraum muß definiert werden. Floskeln wie „Ökologie und Selbstverwaltung" reichen da nicht mehr aus. So etwas ist nicht beurteilbar. Ebenso wie die Beurteilung der sachlichen Voraussetzungen bei der Anerkennung einer Reg.Ges. möglich sein muß, muß die Beurteilung der inhaltlichen Voraussetzungen im Sinne der Förderziele möglich sein! Was, wann, wo und wieso unterstützt werden soll und was, warum nicht? Darstellbar und mithin beurteilbar ist so etwas nur, wenn die Reg.Ges. i. Gr. **Förderpläne** erarbeiten, in denen sie die geplanten Geschäftsziele in quantifizierter und qualifizierter Form darlegen. Man darf sich solche „Förderpläne" natürlich nicht als geschlossen und unabänderlich vorstellen. Es handelt sich vielmehr um Konzeptionen, die ständig der Aktualisierung bedürfen. Dies zwingt aber dazu, die sowieso recht abstrakten und ideellen Ziele der Genossenschaft zu präzisieren und mithin handhabbarer zu machen. Im übrigen läßt sich neben den wirtschaftlichen Erfolgskontrollen so auch das Erreichen der ideellen Ziele besser meßbar machen.

Es kann also nicht sein, daß sie die Reg.Ges. i. Gr. lediglich begreifen als Erfüllungsgehilfen der Bank beim Aufbau eines Filialnetzes. Das wäre wirklich fatal.

Leserbriefe

Sehr geehrte Damen und Herren!
Aus der Diskussion in der Zeitschrift CONTRASTE über die Einladung von Vertretern der politischen Parteien in den Vorstand der Ökobank habe ich entnommen, daß die Mitarbeit von Leuten mit „wertkonservativer" Einstellung in der Ökobank nicht erwünscht ist.

Da ich mich selber zu den „Wertkonservativen" zähle, möchte ich hiermit aus dem Verein der „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." austreten und bitte zugleich, das von mir eingezahlte Kapital von DM 400,- an mich zurückzuüberweisen auf mein Konto Nr. 3791459 bei der Badischen Beamtenbank BLZ: 66090800.
Mit freundlichen Grüßen
Rudolf Kramers, Heidelberg

Liebe Freunde,
zur letzten Ausgabe Eurer Zeitung (Ökorrespondenz, Nr. 2, Dezember 1987) schicke ich Euch folgenden **Leserbrief:**
Zunächst einmal meine große Anerkennung für Euer unermüdliches und unbesiegbares Engagement zur Gründung der Ökobank-Genossenschaft.

Doch jeder Erfolg hat meist auch seine Schattenseiten. Diese, so finde ich, sind wie so oft in unserem Staat die offensichtlichen Verquickungen und Verfilzungen zwischen Industrie/Wirtschaft/Banken, hier: die Ökobank-Vorgenossenschaft und z.Zt. in Verantwortung stehenden Politikern, hier: Wolfgang Roth. Ich möchte an dieser Stelle nur auf das Beispiel Constantin Freiherr von Heeremann hinweisen:

Neben seinem Amt als Präsident des Deutschen Bankenverbandes sitzt er in mehr als 10 weiteren Aufsichtsräten wie z.B. der Kölner Traktorenfabrik Deutz und des Pflanzenschutzproduzenten Bayer Leverkusen. Zudem soll er die Interessen der Bauern in der CDU vertreten. Ähnlich wie bei Herrn Heeremann kommt mir im Falle Wolfgang Roth die Frage auf, inwieweit die von Jo Müller in seinem Interview auf Seite 7 gepriesene Entscheidungsfreiheit für Wolfgang Roth als Parteipolitiker und **gleichzeitig** Interessenvertreter der Ökobank gewährleistet ist!

Mag sein, daß Dieter Reinckes Erfahrungen, „ohne den 'politischen Flankenschutz', den die Bank bekommen hat, wäre die Bankgründung trotz aller Anstrengungen gescheitert", den Realitäten hierzulande entsprechen. Aber hätte der Dank an die Politiker nicht gereicht? Muß man Wolfgang Roth auch noch ein Amt zum Einstieg in die Verquickung/Verfilzung geben? Auf Jo Müller, den anderen erfahrenen Politiker, trifft dies nicht zu, er ist nicht mehr Fraktionsmitglied der GRÜNEN im Bundestag. Und mit der Äußerung, Jo Müller und Wolfgang Roth wären ein „nicht zu unterschätzendes persönliches Risiko eingegangen", weiß ich nichts anzufangen. Ich frage: Worin besteht das Risiko?

Ich persönlich finde, die Entscheidungsfreiheit der Interessenvertreter der Ökobank wäre eher gewährleistet, wenn im Aufsichtsrat kein im Amt stehender Politiker säße. Das heißt nicht, daß es keine Kontakte und Gespräche mit Politikern geben soll. Diese sind (lebens-)notwendig. Politiker allerdings sind Entscheidungsträger in ihren Bereichen. Sie sollen unabhängig entscheiden können, ebenso wie die Vertreter von Interessenverbänden in ihren Bereichen.

In diesem Sinne trete ich dem Verein „Freunde und Förderer der Ökobank e.V." bei und halte mich an die Worte Dieter Reinckes: „Die politische Diskussion wird in Zukunft noch wichtiger werden, wenn die Mitglieder des Vereins die Arbeit der Bank solidarisch begleiten und politische Zielvorgaben für die längerfristige Gestaltung des Projektes formulieren."
Jan Te-Kaat

Selbstverwaltung lernen?!

Fritz Warthenpfuhl
Jochen Reinalda

Red. Rhein/Main „Zusammen leben - zusammen arbeiten - zusammen lernen!" hieß eine der zahlreichen Parolen Mitte der 70er. Die Praxis der Selbstverwalteten Betriebe und Projekte in den 80ern legt es allerdings nahe, den Spruch der Realität ein wenig anzunähern: „Arbeiten - arbeiten - arbeiten!"

„Zusammen leben" praktizieren die wenigsten Selbstverwalter (alle würden auch schlecht in eine Wohnung passen!). Gemeinsame Lernprozesse, also eine gemeinsame Aufarbeitung und Bewertung von Erfahrungen/Aktionen/Ereignissen findet ebensowenig statt, wie eine gemeinsame Zielvereinbarung darüber, wo wir mit der Selbstverwaltung hin und was wir damit gesellschaftspolitisch erreichen wollen - nicht auf nationaler, kaum auf regionaler, zu wenig auf der Einzel-Projekt-Ebene.

Genau hier können die zahlreichen Bildungswerke und Institute aus dem Selbstverwaltungsbereich ansetzen und für die „Bewegung" wichtige und spannende Funktionen übernehmen: Zusammentragen und kapierbares Anbieten von Informationen, Organisieren und Moderieren von Diskussionen, Gesprächen, Streits; Hilfe bei Ergebnisfindung und -fixierung.

Natürlich sind momentan die meisten Bildungswerke mit diesen Aufgaben überfordert. Es wäre deshalb sinnvoll, die Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit und, damit verbunden, eines arbeitsteiligen Vorgehens zu überprüfen. Eine Diskussion über diese und andere Möglichkeiten kann ab sofort in CONTRASTE geführt werden.

In der zweiten Jahreshälfte soll - wie man munkelt -ein Kongreß der Selbstverwalteten Bildungswerke stattfinden. Dann könnten (neben einem allgemeinen Erfahrungsaustausch und einer Grundsatzdiskussion der Frage „Bildungswerke -die Innovativen Kräfte der SV-Bewegung?") auch die Vor- und Nachteile, Aufgaben und Möglichkeiten einer bundesweiten „Arbeitsgemeinschaft Bildung und Selbstverwaltung" Gegenstand des Kongresses sein.

Doch schnell wieder zurück in die Gegenwart: Der überwiegende Teil der alternativen Bildungswerke hat kein selbstverwaltungsspezifisches Angebot. Hier stehen vielmehr Themen aus den Bereichen Frieden, Ökologie, Dritte Welt, Frauen, Neue Technologien, ... oder auch ganz praktische Dinge wie Schreibmaschinen- und Sprachkurse im Mittelpunkt. Allerorten stark im Kommen sind die individuumsorientierten Kurse: Esotherik, Meditation, Tai-Chi, Percussion, ... (vgl. CONTRASTE 12/87: New Age).

In den folgenden Beiträgen schildern BildungswerkerInnen ihre Erfahrungen mit der Selbstverwaltung im Projekt und als Bildungsangebot. Hermann Nick vom Haus Felsenkeller in Altenkirchen beschreibt eine lebendige regionale Vernetzung zwischen Projekten und ihrem Bildungswerk im Westerwald.

Edeltraud Budzynski vom Kommunikativen Bildungswerk in Dortmund beschreibt Hilfen und Möglichkeiten, die eine alternative Weiterbildung für den Entwicklungsprozeß hin zu mehr Gemeinsamkeit und Durchschaubarkeit im Selbstverwalteten Betrieb bieten kann.

„Weiterbildung ist überlebensnotwendig!" Zu diesem Ergebnis kommt Joachim Schulze, der eine Reihe von Betrieben und Projekten im Ruhrgebiet zum Thema befragte. Der Beitrag wurde stark gekürzt - die ausführliche Fassung ist bei ihm oder beim Institut für Selbstorganisation, Rundeturmstr. 16, 61 Darmstadt erhältlich. Bemerkenswert sind seine Vorschläge für ein standardisiertes Weiterqualifikationskonzept für Menschen, die beabsichtigen, langfristig in SV-Betrieben zu arbeiten. Da der Generationswechsel in SV-Betrieben längst im Gange ist, muß die Frage beantwortet werden, woher neue Mitarbeiter systematische Informationen über die SV-Bewegung und ihre Ziele, über Konsequenzen dieser Ziele, für die Betriebsorganisation, über Fehlschläge und Erfolge bekommen, oder: Sollen die Neuen ihren Informationsbedarf in Kursen bei der IHK decken?

Wie ein solches „SV-Diplom", in das auch branchenspezifische fachliche Veranstaltungen (z.B. aus den existierenden Branchennetzen Druck, Fahrradläden, Landschaftsgärtner, Bioläden ...) eingebaut werden müßten, aussehen könnte, ob wir uns da auf bundesweite Standards und auf eine Vernetzung der Bildungsangebote einigen können, bleibt zu diskutieren.

Im Beitrag von Wilfried Rehfeld stehen Finanzierungsnöte und Kooperationsprobleme - sowohl unter den Bildungsstätten, als auch zwischen diesen und den Projekten - im Mittelpunkt.

Lang, aber alles andere als langweilig, sind die „Impressionen aus der Ebene der Mühen" von Wolfgang Nötzold (Energie- und Umweltzentrum, Eldagsen): einer der subjektivsten Beiträge zum Thema „Probleme und Lösungsansätze made in Selbstverwaltung" in (fast) vier Jahren CONTRASTE. Interessant sicherlich nicht nur für Bildungswerker. Wichtig ist uns dieser Beitrag auch deshalb, weil die SV-Praxis der Bildungsstättenkollektive ein Multiplikator (oder abschreckendes Beispiel) an sich ist; diese Kollektive sitzen auf dem Präsentierteller, ihre gelebte SV wirkt unabhängig vom Thema der Veranstaltungen in die Seminare hinein (s.a. Thesenauszug aus dem Beitrag von Stephan Höyng)

Was fehlt in diesem Schwerpunkt?

Zum einen ein Beitrag des Arbeitskreises für Kooperation und Partizipation zum Konzept des gleichnamigen Zentrums, einer Forschungseinrichtung, deren Ziel es sein soll, neben Grundlagenforschung zur „Bestandsaufnahme, Kategorisierung und Definition von Wesensmerkmalen kooperativer Betriebe" im Wesentlichen Anwendungsforschung zu betreiben. (Zur Dokumentation der Ziele und möglicher Organisationsformen des Zentrums und zur kontroversen Diskussion darüber siehe: Arbeitskreis für Kooperation und Partizipation, Hrsg., „Das Zentrum für Kooperation und Partizipation", Baden-Baden 1987). Offen ist beispielsweise die Frage, wie gewährleistet werden kann, daß das Zentrum nicht primär Forschung **über** SV-Betriebe sondern Forschung **für** dieselben, im Sinne von Betroffenen- oder Aktionsforschung betreibt (siehe die Beiträge von B. Flieger, W. Engelhardt und E. Sing in dem Band), so „daß sich die Forschung für die Betriebe rechnet". Vorschläge wie rotierende „Gastprofessuren" für Mitarbeiter aus SV-Betrieben oder Bildungsveranstaltungen über Forschungsthemen für Multiplikatoren aus Bildungsstätten und Betrieben wurden angesprochen.

Hauptproblem des Zentrums scheint im Moment allerdings die Finanzierung zu sein; da es als Stiftung geplant ist, fehlt noch die eine oder andere Million für das Stiftungskapital, dessen Erträge die Grundfinanzierung des Zentrums darstellen sollen. Da ein Bedarf seitens der Betriebe existiert, und da das Zentrum für die Koordination der schon stattfindenden Forschung in den Ländern und an den Universitäten eine wichtige Rolle spielen könnte, ist zu hoffen, daß es möglichst bald in die Gänge kommt. Ein Beitrag zu den Anforderungen an das Zentrum aus der Sicht der Betriebe von E. Sing erscheint in der nächsten Ausgabe der CONTRASTE.

Was ebenfalls fehlt, ist ein Beitrag der Initiative „Bildung von unten", einem Zusammenschluß mehrerer Bildungsmenschen aus dem süddeutschen Raum, der sich zum Ziel gesetzt hat, Bildung und Gruppenberatung zu SV-adäquaten Kommunikationsstrukturen anzubieten (Kontakt: W. Steincke, Favoritegärten 1, 7140 Ludwigsburg).

Und dann fehlen noch viele Beiträge aus Regionen, wo kein Kontakt zustandekam (z.B. Saarland), aus Regionen, in denen sich niemand für zuständig hielt (z.B. Niedersachsen) oder wo niemand etwas zu dem Thema, wie wir es definiert haben, zu sagen wußte (z.B. Schleswig-Holstein).
Vielleicht regen die vorliegenden Beiträge die Diskussion an.

Trotzdem waren wir überrascht, daß wir mit dem Thema offene Türen im Bereich der alternativen Bildungswerke eingerannt haben. Locker hätten wir diese ganze CONTRASTE-Ausgabe mit Diskussionsbeiträgen und Darstellungen hierzu füllen können. Auch für die nächsten Ausgaben sind Artikel zum Thema vorgesehen: „Bildung und Selbstverwaltung" wird ein Schwerpunkt von CONTRASTE '88 (weshalb spätestens jetzt alle, die sich an dem Diskussionsprozeß beteiligen oder sich schlicht informieren wollen, die Zeitung abonnieren sollten. Bildungswerken und Tagungshäusern sei ein Mehrfachabo empfohlen. Die Werbeabteilung, SJ).
Beiträge/Leserbriefe bitte an die Redaktion Rhein/Main.

Überraschend war auch, daß sich der überwiegende Teil der Beiträge weniger mit dem Thema Bildung/Pädagogik beschäftigt, sondern vielmehr Erfahrungen mit, und kritische Analysen der Selbstverwaltungspraxis im Vordergrund standen.
Ach so, ja: Ein umfangreicher Überblick über das aktuelle Seminar- und Tagungsangebot befindet sich jetzt und künftig im Serviceteil auf Seite 16.

Selbstverwaltung auf dem Lande

Herrmann Nick

Red. Rhein/Main Wer weiß schon so genau, wo der Westerwald ist? Gibt es hier überhaupt Menschen, die an Selbstverwaltung, ökologisch orientiertem und genossenschaftlichem Arbeiten interessiert sind? Mit dieser Frage fing es an - im Herbst '84. Eine Handvoll Leute aus bestehenden Initiativen und Betrieben bemühte sich um eine „Bestandsaufnahme" der Region

Entstanden ist das *Bildungswerk Westerwald e.V.* als gemeinsames Diskussionsforum und zunächst einmal als Organisator einer von circa 30 Betrieben und Initiativen vorbereiteten regionalen Projektemesse, die dann im Oktober '85 mit großer Resonanz stattfand. Gut für das eigene Selbstbewußtsein, gut um sich untereinander kennenzulernen und auch eine gute Werbemöglichkeit für die Betriebe.

Und weil die „Projekta '85" so gut abging und das Bildungswerk Westerwald sich mittlerweile tatsächlich zur „Arbeitsgemeinschaft freier Initiativen" (Untertitel) gemausert hatte, starteten wir richtig durch. In gemeinsamer Arbeit entstand die *Begegnungs- und Bildungsstätte Haus Felsenkeller in Altenkirchen*. Der Hintergrund dieser neuen selbstverwalteten Bildungsstätte: Hier bei uns auf dem Lande muß man tatsächlich alles selber machen. Es gibt so gut wie keine politische, kulturelle und soziale Infrastruktur in unserem Sinne. Im eigenen Haus wollten wir zum einen Inhalte organisieren, die für uns wichtig und interessant sind (persönliche Weiterbildung wenn man so will), aber auch endlich ein Forum haben, auf dem wir unser Wissen, das wir uns in jahrelanger Arbeit in Betrieben und Initiativen angeeignet haben, weitergeben konnten. Wichtig war, daß der Aufbau des Hauses tatsächlich in gemeinsamer Anstrengung erfolgte: Ein Jahr lang haben wir am Haus Felsenkeller 'rumgebaut und haben auch zu einem Teil gemeinsam die Finanzierung über die GLS Bank getragen - die Form der Leihgemeinschaft war für uns genau das Richtige.

Zwischendurch war der Atomunfall in der UdSSR. Dies war natürlich ein Schock gerade für die Leute, die sich in ihren Betrieben seit Jahren mit der Umstellung auf ökologische Arbeitsweisen abrackerten. Aber in gemeinsamer Diskussion entstand das Motto für unsere zweite Projektemesse '86 und gleichzeitig die Eröffnung der Bildungsstätte Haus Felsenkeller. Der Landkreis staunte, was da aus selbständigem, unabhängigem Rahmen entstanden war.

Für uns, die Crew im Felsenkeller, begann zuerst einmal der Alltag: Bildungs- und Kulturprogramme organisieren, Anträge schreiben, mit Kreis-, Landes- und Arbeitsverwaltung verhandeln und vor allen Dingen, die innere „Betriebsstruktur" gemeinsam im Auge zu behalten. Denn ein Betrieb sind wir mittlerweile geworden, 14-15 Kollegen in den unterschiedlichsten Arbeitsbereichen. Die Idee, Gesamtverantwortung und Entscheidungen zusammen zu tragen, erfordert viel Engagement, Streß-, Lernbereitschaft, ewige Diskussionen, viel Krach ... allseits bekannt.

Grob zusammengefaßt sind wir ein selbstverwalteter Bildungsbetrieb, entstanden aus der Betriebe- und Initiativscene. Unser Programm: natürlich Allgemeines, dann spezielle Inhalte für Betriebe, Forum für Betriebe/Initiativen in die Öffentlichkeit, soziale/kulturelle Infrastruktur allgemein ... (= Bildungsziele und Rolle der Bildungseinrichtungen bei der Entwicklung der Selbstverwaltungs-Praxis). Wir machen auch immer mehr Betriebs-Initiativenberatung (Vereinsgründung, Arbeitsförderungsgesetz, Finanzierung) sowie Veranstaltungen für Selbstverwalter, ausserdem regelmäßige Treffen des „Westerwälder Betriebe und Initiativen Netz" (WIBN), zur Zeit diskutieren und planen wir einen gemeinsamen Sicherungsfonds als Finanzierungsbein für die Betriebe und für die gemeinsame politische Arbeit und im Oktober ein erstes Wochenende mit 25 Betrieben der Region bei den Ökologie-Technologie-Betrieben in Ebertsheim/Pfalz.

Die Resonanz ist gut, die Aktiven in Betrieben und Initiativen haben großes Interesse, die gemeinsamen Ansätze zu verfolgen, die „Öffentlichkeit" ist erstaunt darüber, was es selbst im Westerwald so alles gibt - die Angebote der Bildungsstätte werden angenommen.

Natürlich haben wir auch genug Schwierigkeiten: Die Aktiven in Betrieben und Initiativen sind bis über beide Ohren mit Arbeit eingedeckt, es bleibt wenig bis gar keine Zeit für die zusätzliche Bildungs- und Vernetzungsarbeit, d.h. praktisch ist jeder Termin, jedes Treffen eine Zerrerei. Die Zusammenarbeit im großen Team der Bildungsstätte ist schwierig und bedarf noch langer „Selbstverwaltungserfahrung". Die finanzielle Grundlage der Bildungsstätte ist dünn.

Selbstverwaltung - ein permanenter Lernprozeß

Weniger Selbstverwirklichung, mehr Sachkompetenz tut not!

Edeltraud Budzynski

Red. Rhein/Main Ausgehend von der Tatsache, daß Selbstverwaltete Betriebe nur überleben können, wenn ihre Mitarbeiter über einige grundlegende Kompetenzen verfügen, konzipieren wir als MitarbeiterInnen des Kommunikativen Bildungswerkes in Dortmund zusammen mit anderen Projekten Anfang 1986 ein Bildungsprogramm zum Thema „Selbstverwaltung und Weiterbildung".

Grundlage dieses Schwerpunktes waren keine am Schreibtisch entwickelten Bildungsziele für Selbstverwaltung, sondern die mühsam gemachten persönlichen und beruflichen Erfahrungen der letzten zehn Jahre gaben die Anregung - das Kommunikative Bildungswerk e.V. entstand 1982 aus einem ehemaligen Stadtteilkulturcafé, dem „Schauma'rein."

Wir führen jährlich ungefähr 140 Kurse und Einzelveranstaltungen zu verschiedenen Schwerpunkten durch („Körper und Entspannung", „Gesundheit, Ernährung, Umwelt", „Tanz und Theater", „Phantasie und Gestalten", „Neue Technologien und Zukunft"). Die TeilnehmerInnen sind zwischen 18 und 68 Jahre alt und kommen aus den unterschiedlichsten Berufen. Inhalte und Schwerpunkte unseres Bildungsprogrammes entwickeln wir in Zusammenarbeit mit den fünzig KursleiterInnen, ein Teil der Kurse entsteht in Zusammenarbeit mit Dortmunder Initiativen und Projekten

Wir sind eine vom Land NRW anerkannte Einrichtung der Weiterbildung, also eine Institution, und gleichzeitig ein Selbstverwalteter Betrieb; wir legen Wert auf selbsverwaltetes Arbeiten ohne Rollenteilung und Hierarchie, haben aber erfahren, daß das Innen- und Außenverhältnis, Anspruch und Realität unseres Projektes häufig genug in Widerstreit geraten.

„Selbstverwaltet" und „Alternativ im Kollektiv" sind positiv besetzte Reizworte, mit welchen vielfältige Bedürfnisse und ideale Lebensvorstellungen verbunden werden. Oft wird die Einschätzung dessen, was möglich ist, erst im Projekt selbst erlernt. Die meisten Projektmitarbeiter besitzen für ihre selbstgewählte Arbeit weder berufliche Vorerfahrung noch eine Ausbildung. Wird ein Projekt gegründet, fragt man/frau sich eher, „ wozu habe ich Lust, was war schon immer mein Traum" als „Was kann ich".

Die Tatsache, daß die Eingangsvorstellungen an der Praxis abgearbeitet werden müssen, führen zu einer permanenten Situation der Überbelastung. Der Anspruch, hierarchische Arbeitsteilung aufzuheben, führte lange Zeit zu dem Slogan: „Jede/r macht alles". Ohne Berücksichtigung der individuellen Fähigkeiten und Vorlieben war jede/r gezwungen, sämtliche Arbeitsbereiche mit allen zu teilen. Die Folge: Der gleichzeitige Verlauf der Entwicklung des Kollektivs und der Produktion/Dienstleistungen macht es den betroffenen Projektmitarbeitern schwer, eine überschaubarkeit ihres Betriebes zu gewährleisten. Die Reaktion: Unverbindlichkeit und angebliche Verantwortungslosigkeit. Nichtvorhandene Arbeitsstrukturen führen zu Beziehungskonflikten.

Noch immer entstehen viele Projekte aus dem Bedürfnis nach Selbstverwirklichung. Der ebenso zentrale Schwerpunkt „Arbeit und Produkt", findet zu wenig Beachtung. Die Konzentration auf das Innenleben des Kollektivs führt häufig zu übersteigerten Erwartungen der Einzelnen an die Gruppe, möglicherweise zu einer überfrachtung der anderen mit psychosozialen Problemen. Gesetzes- und Marktstrukturen werden zu wenig beachtet. Die Überraschung ist groß, wenn Verwaltungsarbeiten oder gar Betriebsprüfungen ins Haus stehen. Resignation, Rückzug, Fluktuation und die anschließende Gefahr der traditionellen Institutionalisierung des Projektes sind die Folge.

Wir halten es für sinnvoll, über Sachkompetenz und Kenntnisse der steuerrechtlichen/handelrechtlichen Vorgaben, finanztechnischen Abwikklungen und örtlichen Machtstrukturen zu verfügen. Das Wissen über notwendige bzw. geforderte Verwaltungsarbeiten (Personalverwaltung, Abschluß von Versicherungen und Buchhaltung) ist ein weiteres Teilgebiet, auf dem wir kundig sein sollten.

Innere Organisationsstrukturen sind entwicklungsfähig. Die Verhinderung von Hierarchisierung und die Teilnahme aller an den wichtigsten Entscheidungsprozessen begünstigen, daß jede/r seine Interessen einbringen kann und Verantwortung für das Gesamtprojekt übernimmt. Um ein stabiles Beziehungsgefüge selbständig erarbeiten zu können, bedarf es einiger Kenntnisse über Kommunikationsstrukturen und Interaktion, aber auch kompetenter Definition, Planung und Entwicklung der dem Projekt eigenen Arbeitsbereiche und -strukturen.

Selbstbetroffenheit, verbunden mit dem Wunsch, die eigene Lage und die gesellschaftlichen Bedingungen ändern zu wollen, schließt die Chance der Entwicklung von beruflicher und psycho-sozialer Identität ein

Die Gleichzeitigkeit von Motivation, Produktentwicklung und Dienstleistung ermöglicht gesellschaftliche Einflußnahme und Selbstveränderung, doch ein gleichzeitiges Miteinander von Lernen und Handeln ist ebenso erforderlich. Weiterbildung gewinnt an Bedeutung, wenn Projektmitarbeiter sich das Ziel gesetzt haben, den täglichen überforderungen oder gar der Fluktuation entgegenzuwirken, wenn sie ihren Betrieb nach innen und außen stabilisieren wollen. Weiterbildung kann eine Voraussetzung für Kontinuität und Perspektive der Selbstverwaltung sein. **Weiterbildung heißt nicht „learning by doing" (was wir täglich praktizieren), sondern bedeutet die bewußte Entscheidung für einen organisierten (natürlich selbstverwalteten) Lernprozeß.**

Diese Entscheidung setzt voraus, daß Unzulänglichkeiten erkannt werden, diffuses Anspruchswollen in Fragestellung und konkrete Zielsetzungen umformuliert wird. Selbstverwaltung, verstanden als permanenter Lernprozeß, als politischer Weg, verlangt eine Antwort auf die Frage, über welche Kompetenzen wir verfügen und verfügen sollten, um den ständig sich verändernden Projektsituationen und gesellschaftlichen Bedingungen gewachsen zu sein.

Mit unserem Bildungsprogramm zum Schwerpunkt „Selbstverwaltung und Weiterbildung" haben wir einen Anfang gesetzt, der grundlegende praktische Kenntnisse in den Vordergrund stellt: Fragen der Lohnbuchhaltung und Sozialversicherungspflicht, aber auch die Vermittlung von Planungshilfen und -techniken waren ein für die Büro- und Arbeitsorganisation vorgesehenes Themenangebot. Gruppendynamische Aspekte des Kollektivlebens und damit verbundene Umgangsformen wurden in Wochenendseminaren erarbeitet.

Dies sind nur Beispiele aus dem genannten Bildungsprogramm. Es bedarf der Ergänzung und Weiterentwicklung, insbesondere im Bereich der politischen Auseinandersetzung mit der „Selbstverwaltung".

Zusammenschluß bayerischer Bildungsinitiativen

Thesen zu einer alternativen politischen Bildung

- Alternative Bildung geht aus von einem **ganzheitlichen Menschenbild:** Von der Einheit des Menschen als denkendem, affektiv fühlendem und handelndem Wesen. Nur unter Wahrung dieser Einheit ist Bewußtseinsbildung als Identitätsbildung möglich.
- Alternative Bildung ist parteilich. Sie stellt sich auf die Seite der Schwachen unserer Gesellschaft und ergreift Partei für ihre Selbstverfügungsrechte. Sie nimmt aber auch Partei für die „sprachlose" Natur. So verstanden ist Bildungsarbeit GEGENMACHT-Bildung und WIDERSTANDS-Arbeit.
- Alternative politische Bildung ist von **unten** organisiert: Bildungsinitiativen, Gruppen organisieren ihre Arbeit in eigener Regie und ohne große Inanspruchnahme fremder Hilfen und ohne Bindung an Großinstitutionen (z.B. VHS). Die Selbstorganisation des Lernprozesses ist an basisdemokratische Regeln gebunden.
- Für die Lernkultur alternativer Bildung sind das Selbstbestimmungsrecht der Teilnehmer und ihre prinzipielle Unverfügbarkeit leitende Prinzipien der Bildungsarbeit. Nicht die Einweg-Kommunikation, sondern der **Dialog** ist konstitutiv für den Bildungsprozeß.
- Alternative Pädagogik widersetzt sich dem Anspruch traditioneller Bildung, die den Menschen an vorgegebene Bedingungen anpassen will. Sie setzt an unserer konkreten Lebenssituation an und arbeitet darauf hin, daß wir individuell und kollektiv an der Veränderung ungerechter und zerstörerischer Situationen mitarbeiten. Derart aktives Lernen bedeutet, daß zu konkreten Aktionen stets kritische Reflexionen gehören, um zu einer besseren gesellschaftlichen Praxis zu kommen.

„Weiterbildung ist überlebensnotwendig"

Joachim Schulze

Red. Rhein/Main Diese Aussage stellt keine Außenseiterposition dar, wie eine schriftliche Befragung von etwa 130 selbstverwalteten Betrieben und Projekten im östlichen Ruhrgebiet über deren Weiterbildungs- und Beratungsbedarf zeigt. Die Untersuchung, aus der hier sehr gerafft einige Ergebnisse vorgestellt werden sollen, wurde im Herbst 1987 im Zusammenhang mit dem Weiterbildungsprogramm des Kommunikativen Bildungswerkes in Dortmund durchgeführt (Antwortquote: 27 %), über das an anderer Stelle in dieser CONTRASTE-Ausgabe berichtet wird.

Nur ein kleiner Teil der Betriebe und Projekte hält die Bedeutung von Weiterbildung für „gering" (14 %). Mehr als die Hälfte (55 %) hält sie für „wichtig/notwendig" und fast ein Drittel (31 %) für „sehr wichtig".

Der überwiegend feststellbaren Erkenntnis über den wichtigen Stellenwert von Weiterbildung für den weiteren Erfolg der Betriebe und Projekte entspricht das tatsächliche Weiterbildungsverhalten aber nur begrenzt. So haben innerhalb eines Jahres vor dem Befragungszeitpunkt lediglich 59 Prozent der Befragten mindestens ein Weiterbildungsangebot wahrgenommen. Als häufigste Begründung für eine Nichtteilnahme (mehr als die Hälfte der Nennungen) wurde mangelnde Zeit oder Arbeitsüberlastung angegeben. Mit großem Abstand folgen eine nichtgesehene Notwendigkeit oder das Fehlen eines geeigneten Angebotes.

Die Befragung von selbstverwalteten Betrieben und Projekten in Dortmund und Umgebung hat gezeigt, daß es zweifelsohne einen Qualifizierungsbedarf gibt, und daß dies auch von den Betroffenen selbst erkannt wurde. Ihnen ist bewußt, daß die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichen.

Beratungsbedarf und Weiterbildungsbedarf sind - was die Themenbereiche und die Rangfolge der Dringlichkeit angeht weitgehend identisch. An erster Stelle der Prioritäten stehen Finanzierungsfragen einschließlich der Steuern, es folgen Probleme der Betriebsführung und Betriebsorganisation und auf dem dritten Platz das Thema „Marketing". „Selbstverwaltung" und damit zusammenhängende Fragestellungen nehmen, wenn man die Nennungen zum Beratungsbedarf und zum Weiterbildungsbedarf addiert, nur einen kleinen Anteil von rund 7 Prozent ein. Es wäre wichtig, näheres über die Gründe für dieses mangelnde Interesse am Thema „Selbstverwaltung" zu erfahren.

Weiterbildungsangebote in Form von Kursen und Seminaren sind bislang von geringerer Bedeutung für die Qualifizierung als selbstorganisierte Formen der Wissensaneignung (voneinander lernen: innerhalb eines Betriebes und zwischen den Betrieben und Projekten).

Falls „externe" Angebote wahrgenommen wurden, spielten die Kammern nur eine unbedeutende Rolle, gleiches gilt auch für die Frage, ob eine Nutzung von Angeboten dieser Träger vorstellbar sei. Akzeptiert werden das erwähnte in Dortmund tätige selbstverwaltete Bildungswerk, die Volkshochschule(n) und ein breites Spektrum spezialisierter Anbieter. Die Letztgenannten decken jeweils immer nur den Bedarf kleiner Teilgruppen ab. Das Ausbildungsniveau der MitarbeiterInnen in den untersuchten Betrieben und Projekten ist ausgesprochen hoch. Diese formalen Qualifikationen entsprechen aber nicht immer den Anforderungen, die durch den Betriebszweck gestellt sind.

Die Menschen in den Selbstverwalteten Betrieben bringen aber aufgrund ihrer in der Regel qualifizierten Erstausbildung und aufgrund ihrer „Lerngeschichte" gute Voraussetzungen mit, wenn man sich klarmacht, daß in fast zwei Dritteln der befragten Betriebe Kolleginnen und Kollegen mit einem an einer Universität erworbenen Diplom arbeiten und immerhin 20 Prozent der Betriebe über Personen mit abgelegter Meisterprüfung verfügen. Qualitativ hochwertige Weiterbildungsangebote und eine intensive Weiterbildungswerbung (Frage: Wer finanziert das?) könnten die Betriebe veranlassen, „den guten Willen in die Tat umzusetzen", d.h. ausgehend von dem hier ja nachgewiesenen richtigen Bewußtsein über den hohen Stellenwert von Weiterbildung auch zu einer stärkeren tatsächlichen Beteiligung zu kommen. Dafür müßten in einigen Fällen sicherlich die betriebsorganisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden.

Aus der Befragung der Betriebe und Projekte und vorausgehenden Befragungen der TeilnehmerInnen am Weiterbildungsprogramm des KOBI in Dortmund ergeben sich vorläufige Schlußfolgerungen:

Erstens: Das Konzept eines Weiterbildungsangebotes in „Bausteinform" für selbstverwaltete Betriebe und Projekte bzw. für ExistenzgründerInnen, wie es in Dortmund vom Oktober 1986 bis zum Juni 1987 erstmalig erprobt wurde und weiter fortgesetzt wird, ist ein geeigneter Weg zur erforderlichen Qualifizierung dieser Zielgruppen. Dies zeigt sich auch in Bochum und Duisburg, wo vergleichbare Programme angeboten werden.

Zweitens: Das Konzept sollte weiterentwickelt werden zu einem System von Überblicks- bzw. Einführungskursen, Aufbau- und Vertiefungsseminaren, die durch Einzelveranstaltungen und besondere Angebotsformen (Workshops, Kompaktphasen) ergänzt werden. Von wachsender Bedeutung sind der Bereich Marketing und der sinnvolle Einsatz der elektronischen Datenverarbeitung. Für soziale bzw. medizinische und therapeutische Dienstleistungsbetriebe/-Projekte, die nicht nur in Dortmund eine Wachstumsbranche darstellen, sind geeignete Programmpakete zu entwickeln.

Drittens: Es sollten versuchsweise branchenspezifische Angebote zusammengestellt werden, z.B. für Gastronomie, Kulturarbeit, Naturkostläden, grafisches Gewerbe und Innenausbau.

Viertens: Ein Konzept für die persönliche Weiterqualifizierung von Menschen, die auf längere Sicht ihre Berufsperspektive im Bereich der Selbstverwalteten Betriebe und Projekte sehen, erscheint zweckmässig. Dieses könnte, etwa verteilt über die Dauer von zwei Jahren, den berufsbegleitenden Aufbau einer umfassenden Handlungskompetenz ermöglichen. Diese Kompetenz kann sich nicht auf eine Ansammlung technisch-instrumenteller, betriebswirtschaftlicher oder juristischer Kenntnisse beschränken (Buchführung, EDV, Steuerrecht), sondern auch einem Zielkomplex der Selbstverwaltungswirtschaft dienen, der etwas in Vergessenheit geraten zu sein scheint: Geht es doch darum, selbstbestimmte und hierarchiefreie Arbeitszusammenhänge zu entwickeln, in denen Professionalität, Effizienz und Ökonomie nicht auf Kosten von Gesundheit und Selbstverwirklichung der Beschäftigten und zu Lasten einer ökologisch und sozial verantwortbaren Produktionsweise gehen.

Fünftens: Für Angebote mit spezieller Thematik (z.B. branchenspezifische Fragen) muß das regionale Einzugsgebiet größer angelegt sein, um eine hinreichende Auslastung der Veranstaltungen zu sichern. Hier ist eine Vernetzung/Kooperation von Anbietern innerhalb des Ruhrgebietes zu empfehlen. (Erste Schritte in diese Richtung wurden von drei Anbietern auch schon unternommen. Sinnvollerweise sollte nicht an jedem Ort das ganze Spektrum möglicher Spezialveranstaltungen angeboten werden.) Der Nachteil dadurch entstehender längerer Anfahrtswege könnte durch Veranstaltungen in Kompaktform (ganztags, Wochenendseminare) ausgeglichen werden. Die Entwicklung gemeinsamer Qualitätsstandards sollte möglich sein und würde es den Betrieben und Projekten ermöglichen, aus einem größeren Angebot die erforderlichen Kurse und Seminare auszuwählen.

Anmerkung: Die Untersuchungsergebnisse sind in zwei Berichten abgedruckt: Joachim Schulze: Bericht über ein Weiterbildungsprogramm für selbstverwaltete Betriebe und Projekte in Dortmund. Ms. Dortmund 1987 und ders.: Untersuchung zum Weiterbildungs- und Beratungsbedarf Selbstverwalteter Betriebe und Projekte im östlichen Ruhrgebiet. Ms. Dortmund 1987

„Gemeinsames Arbeiten erfordert gemeinsames Wissen“

Freie Bildungswerke um kostenlose Finanzierung und bessere Kooperation mit Selbstverwalteten Betrieben bemüht

Wilfried Rehfeld

Das *Dialog Bildungswerk* existiert seit 1981, ist Gründungsmitglied der Landesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung (LAAW) und bietet seine Seminare in verschiedenen Städten des Landes Nordrhein-Westfalen an. Neben den Themen Entwicklungspolitik/Internationale Arbeitsteilung und Strukturveränderungen durch neue Medien bildet die Zukunft der (Arbeits-)Gesellschaft unseren 3. Themenschwerpunkt mit Veranstaltungen zu Genossenschaften und Selbstorganisation/Selbsthilfe.

Praxis

Im Rahmen dieses Schwerpunktes hat sich mittlerweile eine intensive Kooperation mit Selbsthilfeprojekten, Beschäftigungsinitiativen und Netzwerken ergeben. Als Dienstleistung stellen wir Beratungsangebote und Bildungsprogramme zur Verfügung; zu letzteren einige Themen:

- „Anders Leben“ - eine Geschichts- und Zukunftswerkstatt zur Genossenschaftsidee
- Lokale Beschäftigungsinitiativen und Regionalentwicslung
- Finanzierung alternativer Projekte durch öffentliche Mittel
- sozial und ökologisch sinnvolle Produktion
- Projektwerkstatt: Selbstverwaltung und Selbsthilfe
- neue Arbeitszeitmodelle
- Computer in alternativen Betrieben.

Zukunftswerkstätten, Planspiele und Projektwerkstätten haben sich methodisch hierbei ausgezeichnet bewährt, um alle Beteiligten zu GestalterInnen eines Seminars/Kurses werden zu lassen. Diese Methoden eignen sich besonders gut
für
* Erfinderprozesse
(neue Kooperationsformen, Zielgruppen, Produkte, Aktionen ...)
als
* Entscheidungsprozesse
(Gruppenstrukturen, Produktauswahl, Standortbestimmung ...)
als
* Reflektionsprozesse
(Auswertung, Abgrenzung, Neubestimmung, Klärung ...)
als
* Koordinationsprozesse
(Vernetzung, Arbeitsteilung und Arbeitsgestaltung, Planung und Ressourcenverteilung ...).

Daneben entsteht durch die Methode der Zukunftswerkstätten beinahe unausweichlich eine Reihe von Ideen, die erst zukünftig umgesetzt werden können - ein wahrer (Produkt)-Ideenpool, dessen Auswertung zur Gründung neuer Projekte beitragen kann.

Soweit die Sonnenseite unserer Erfahrungen - die Schattenseite ist für die Diskussion ebenso wichtig.

Probleme der Finanzierung und Kooperation...

Als Träger einer politischen Bildungseinrichtung in NRW ergeben sich für uns Probleme schon aus den Strukturen der Weiterbildungsfinanzierung und den zugrundeliegenden rechtlichen Voraussetzungen. Mit politischer Bildungsarbeit lassen sich keine Gewinne erwirtschaften!

Gewinne sind auch nicht unser ökonomisches Ziel - wohl aber die Kostendeckung, und deren Voraussetzungen sind schlecht. Unsere Finanzierungsgrundlage wurde 1982 eingefroren - unter Rückgriff auf 1974 (!) zugrundegelegten Zuschußsummen. Die finanzielle Belastbarkeit unserer TeilnehmerInnen ist begrenzt; also versuchen wir, die wirtschaftlichen Probleme mit Appellen an die Solidarität auszugleichen - mit mäßigem Erfolg.

Konkret heißt das für uns:

- permanente Suche nach Spenden und Drittmitteln (mit entsprechendem Arbeitsaufwand)
- Gehaltsverzicht und Finanzierung von Büroräumen und -material aus dem Privateinkommen
- unterwertige Bezahlung der KursleiterInnen und ReferentInnen.
- Die Höhe der Zuschüsse durch das Land wird jährlich im Haushaltsgesetz festgelegt. Dies bedeutet: Die Weiterbildungsstruktur hängt direkt von politischen Entscheidungen und Prioritäten ab. Die Unsicherheit über die Zukunft unserer und anderer Bildungseinrichtungen besteht jährlich aufs Neue.

...zwischen den Bildungsstätten

- Die „Freien“ Bildungswerke können in der Regel nur noch überleben, indem sie als Opfer für bildungspolitische Überzeugungen Formen der Selbstausbeutung praktizieren.
- Unsicherheiten fördern den Ellenbogeneinsatz im Kampf um die Töpfe. Trotz eines formulierten Anspruchs auf Kooperation und Glasnost unter den „freien“ Bildungswerken besteht der Zwang, durch frühzeitige Trendwitterung für die eigenen Veranstaltungen ein volles Haus zu bekommen - nicht zuletzt auch durch die gesetzlich festgelegte MindestteilnehmerInnenzahl (sonst gibt es keinen Zuschuß).
- Der alltägliche Ablauf erfordert eine so hohe Arbeitsintensität, daß die nötige Reflektion des inhaltlichen Standortes oft zu kurz kommt.

...und mit den Projekten

Im Verhältnis zwischen dem Dialog-Bildungswerk und selbstverwalteten Projekten lassen sich ebenfalls Problemfelder aufzeigen, die eine Kooperation erschweren:

- Selbstverwaltete Projekte sind kaum an der Planung beteiligt. Sie bringen Bildungs-und Beratungsbedarf nur dann ein, wenn aktuelle Probleme die Projekte gefährden. Es fehlt die Kontinuität bei der Teilnahme; Rückmeldungen sind eher die Ausnahme.
- Pragmatische Information steht vor der Analyse. Die direkte Verwertbarkeit entscheidet über die Einschätzung der Qualität eines Seminars.
- Das Selbstverständnis mancher Projekte als „Neue Selbständige“ erschwert eine politische Kooperation - z.B. in Form einer kritischen Gewerkschaftsarbeit.
- Konkurrenz von Projekten untereinander bewirkt eine Mentalität des Mauerns. Informationen werden vielfach nur unter dem Motto weitergegeben: „Was bringt's dem eigenen Projekt?“ Ein Vernetzungsanspruch besteht zwar - die Einlösung steht jedoch noch aus.
- „Wenn's um's Geld geht!“ wird Bildungs- und Beratungsarbeit möglichst kostenlos abverlangt. (Siehe Finanzsituation der Bildungseinrichtungen).

Nun haben Probleme es so an sich, daß sie die Suche nach Lösungsmöglichkeiten geradezu provozieren. In diesem Zusammenhang wollen wir einige Ideen zur Diskussion stellen

Perspektiven

Als Bildungseinrichtung werden wir zukünftig folgende Akzente setzen:

1. Eine stärkere Trennung von Bildungs- und Beratungsarbeit. Hier ist die Zusammenarbeit mit Beratungskollektiven besonders wichtig. Die Regelung eines Finanzausgleichs steht noch aus.
2. Entwicklung kommunaler Bildungs- und Beratungsarbeit (Beschäftigungsinitiativen, Technologieparks, Gewerbehöfe, ...) auch in Kooperation mit Jugend-, Sozial- und Wirtschaftsförderungsämtern und Gewerkschaften.
3. Inhaltliche Konzentration auf die Schwerpunkte
   - Genossenschaften als Lernprozeß
   - ökologisch und sozial sinnvolle Produkte
   - Arbeitszeit und soziale Sicherung
   - qualitative Entscheidungsprozesse.
4. Jährliche Ausrichtung einer Projektwerkstatt zu Selbstverwaltung und Selbstorganisation (3-4 Tage). Die bestehende Zusammenarbeit mit Projekten, Bildungs- und Beratungseinrichtungen würden wir gern erweitern.
5. Verknüpfung von staatlicher Sozialpolitik und Selbstorganisation in der Bildungsarbeit.
6. Vermittlung von fachlichen „Patenschaften“ für Projekte. Wir verstehen dies als Form einer prozeßbegleitenden Reflektion.

Um die *Kooperation unter Bildungseinrichtungen* auszubauen, schlagen wir vor:

a) regional-mittelfristige Schwerpunktsetzung jeder Einrichtung in einem gemeinsamen jährlichen Programm unter Abstimmung mit den Beraternetzen und Projekten.
b) regionale Planung eines jährlich festen Finanzvolumens für die Bildungsarbeit mit Projekten.
c) Aufbau einer überregionalen „Schule für demokratische Projekt- und Betriebsführung“ (Stiftung!?)

Einige *Vorschläge*, wie sich *Projekte* die Angebote und Möglichkeiten von Bildungseinrichtungen zunutze machen können:

1. Klärung des Weiterbildungsbedarfs sowohl für die aktuelle Situation als auch prozeßbezogen. Diese Überlegungen wären auf der jeweiligen Projektebene notwendig - ebenso für Branchen und Regionen.
2. Beteiligung an der Planung von Kursen und Seminaren. Die Bildungseinrichtungen lassen sich dazu auch gern in die Projekte einladen. Dies schließt die Reflektion bereits stattgefundener Veranstaltungen mit ein.
3. Gewährleistung einer Kontinuität an der Teilnahme und der Rückkopplung in die Projekte.
4. Einrichtung eines Finanzierungsfonds für Bildungs- und Beratungsbedarf (branchen- oder regionalbezogen). Träger: Projekte, Bildungseinrichtungen, Netzwerke, BeraterInnen...

Wichtig ist uns zuletzt, über den Tellerrand von Projekten und Bildungseinrichtungen hinauszuschauen und den gesellschaftlichen Diskurs über die Inhalte alternativer Projekte nicht zu vernachlässigen. Öffentlichkeitsarbeit und das Gespräch mit politischen und gewerkschaftlichen Institutionen (z.B. Technologie- und Innovationsberatungsstellen sowie regionalen Strukturarbeitsgemeinschaften) sind sehr vonnöten. Darüberhinaus halten wir es für sinnvoll, den lokalen und regionalen Handlungsbedarf in Zusammenarbeit mit Initiativen mittelfristig herauszuarbeiten und über Forderungen an die politischen Instanzen Einfluß auf die Erstellung von Haushaltsplänen unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten zu nehmen.

Dialog-Bildungswerk
Teigelhügel 6
4402 Greven 1
Tel. (02571) 25 87

Selbstorganisation

Die Form wird zum Inhalt

Stephan Höyng

(aus Platzgründen gekürzte Fassung eines Beitrags von Stephan Höyng, der bei ihm (Wrangelstr. 66, 1000 Berlin 36) oder beim Institut für Selbstorganisation, Rundeturmstr. 16, 6100 Darmstadt angefordert werden kann)

1. Die Funktion von alternativen Bildungseinrichtungen war die eines Kristallisationspunktes für Lernprozesse von Basisinitiativen, für Vermittlung von gegenkulturellen Lebensweisen und für Entwicklung und Vernetzung von Projekten. Das kann auch zum Teil so bleiben!
2. Bildungskollektive haben Multiplikatorenfunktion. Deshalb steht auch ihre SV-Praxis mit im Zentrum der Bildungsarbeit, da sie der konkrete Erfahrungshintergrund der Bildungsarbeit ist.
3. Die SV-Praxis der Bildungseinrichtungen hat sich im Spannungsfeld zwischen den finanzierenden Institutionen und den mittlerweile nur noch als Nachfragern auftretenden Projekte geändert, die Professionalisierung der Bildungsarbeit führt auch zur Bürokratisierung der Verwaltung. Es entstehen bestimmte Formen reduzierter SV, die immer mehr zum politischen Inhalt und Selbstzweck wird. Der Entwurf einer Gegengesellschaft, dessen politische Ansprüche nicht eingelöst werden konnten (warum?) wird nicht mehr thematisiert, die SV zur Rückzugsposition und einer projektintern formalisierten Demokratie.
4. Im empirischen Teil seiner Arbeit über ein größeres Bildungsprojekt und ein Beratungs-/Bildungsprojekt versucht Stephan Höyng diese These zu belegen.
5. Daraus ergeben sich für ihn 2 Schlußfolgerungen:
   a) Die Bildungseinrichtungen müssen sich im Sinne ihrer gegengesellschaftlichen Ansprüche immer wieder neu legitimieren (s. Beitrag von W. Nötzold in dieser CONTRASTE, F.W.)
   b) Um beurteilen zu können, ob die geleistete Bildungsarbeit grundlegende Brüche der heutigen Gesellschaft aufzeigt und als solche emanzipatorisch ist, müssen Bildungseinrichtungen und Bildungsarbeit die Entwicklung der gesellschaftlichen Krisentendenzen heute analysieren.

CONTRASTE wirbt für Gegen-Sätze

Initiative »Journalisten warnen vor dem Atomkrieg« (Hrsg.)
MEDIENDSCHUNGELBUCH
Gebrauchsanleitung für den richtigen Umgang mit Presse, Funk und Fernsehen
80 Seiten, 9,80 DM

Gabriele Tergit
BLÜTEN DER 20ER JAHRE
Gerichtsreportagen und Feuilletons 1923-1933
herausgegeben von Jens Brüning 240 Seiten, 22,- DM

ROTATION VERLAG MEHRINGDAMM 51 1000 BERLIN 61

Gegensätze werden in CONTRASTE

„Impressionen aus der Ebene der Mühen“

Ein Mitarbeiter des Energie- und Umweltzentrums in Springe übt Selbstkritik und hofft auf Besserung ...

Wolfgang Nötzold

EINS

Ich komme am 4. Januar vom Silvester-Neujahrs-Besuch bei Freunden und Verwandten nach Hause und finde einen dicken Brief von Fritz Warthenpfuhl, u.a. mit einem Aufsatz von ihm zum Thema „Management und Selbstverwaltung“. Beim Lesen habe ich unerwartete Aha-Effekte, das Gefühl „genau das, was wir brauchen“, doch gleichzeitig auch eine Mischung aus Neid, Zorn und Enttäuschung: Der schreibt so richtig „wissenschaftlich“ mit Fußnoten und Literaturliste (von der ich grad mal ein paar Namen kenne) - und unsereins in den selbstverwalteten Projekten vor Ort kann vor lauter Mühen der Ebene und vor allem beim akuten Durchwaten projektinterner Sumpfzonen noch nicht mal in Ruhe etwas lesen, das einen wenigstens im Kopf ein Stück voranbringt. Und wenn wir was schreiben (bei uns im Projekt werden recht viele Papiere geschrieben), ist es oft nur ein hilfloses Stammeln angesichts entnervender Praxis.

ZWEI

Noch eins drauf: Am 5. ruft mittags Fritz an und sagt: „Wenn Du was schreiben willst, dann muß es spätestens am Freitagmorgen bei mir sein“. Da ist er endlich, der unvermeidliche und haßgeliebte Zeitdruck.

DREI

Das Energie- und Umweltzentrum ist ein reichlich komplexer Mischbetrieb:

- O Arbeitsbereiche: Energie- und Bauberatung, ca. 60-70 eigene Seminare pro Jahr, Wasserlabor, Dämmstoffhandel, eigenes Tagungshaus mit Küche, Laden für Bücher u.a., Buchversand, Wanderausstellung, Garten und Tiere, Planung und Bau von Solaranlagen, Abwasserberatung ...
- O Organisationsform: Die gewerblichen Bereiche sind in einer GmbH, die anderen in einem gemeinnützigen Verein zusammengeschlossen. Der Verein ist Eigentümer von Haus und Grundstück, Firma und WG's sind Mieter
- O Lebens- und Arbeitsweise: Von insgesamt 14 Erwachsenen und 10 Kindern wohnen zur Zeit neun im Haus, die anderen in Paaren bzw. Familien außerhalb, z.T. mit nicht zum Projekt gehörenden PartnerInnen. Alle Erwachsenen arbeiten im Projektzusammenhang.

Einerseits gibt es eine hochgradige Spezialisierung, die eine Rotation weitgehend unmöglich macht und Einblick und Kenntnisse in andere Arbeitszusammenhänge innerhalb des Projektes nur noch in Einzelfällen zuläßt, und andererseits haben wir plenare Entscheidungsstrukturen: Jeden Montag Arbeitsbesprechung für **alle**, keine klaren Regelungen für die Beziehungen der einzelnen Teilbereiche untereinander, keine Beschreibung von Kompetenzen von einzelnen oder von Teilgruppen, keine institutionalisierten Konfliktlösungsmöglichkeiten. Auf der einen Seite stehen hehre Ansprüche an die Arbeitsmoral und den Umgang miteinander, relativ „fortschrittliche“ Ansätze wie Bedürfnislohn, Kapitalneutralisierung usw., auf der anderen Seite das völlig naturwüchsige Ausagieren von eingeübtem Aggressionsverhalten, Machtkämpfe, geschlechtsspezifische Verhaltensweisen, isolierte und isolierende Arbeitsstile, weitgehend individuelle Kindererziehung und Konfliktlösungen.

VIER

Womit ich bei einem meiner derzeitigen Lieblingsthemen bin:
Wir im Energie- und Umweltzentrum sind sehr gut darin, unsere Phantasie, Energie und Kreativität in die Bearbeitung unserer beruflichen bzw. arbeitsspezifischen und projektmäßigen Sach-Probleme zu stecken - sei das die Erstellung eines akzeptablen Seminarprogramms für '88, die Erarbeitung eines Bildungsurlaubskonzeptes über Alternativenergien, eines Finanzierungsmodells, eines Energiegutachtens oder eine Kundenberatung, oder die Renovierung des Hauses oder Energiesparmaßnahmen usw-usf. Und wir sind ebenfalls sehr gut darin, einen verschwindend geringen Anteil unserer Energie in „Beziehungsarbeit“ zu investieren, in die Gestaltung und Entwicklung unseres Miteinander-Umgehens: Gestaltung von Räumen, privaten wie kollektiven, Gestaltung von Gruppenprozessen und „Ritualen“ (Feste, Essen, Gespräche,...), Gestaltung und Entwicklung unserer Entscheidungsprozesse, Bearbeitung unseres beschissenen Konflikt-und Aggressionsverhaltens undundund. Wir hören uns genauso wenig zu wie Leute in jedem beliebigen anderen Betrieb und in jeder beliebigen WG oder Familie, und wir spielen genauso stümperhaft-routiniert unsere eingefahrenen Rollenspiele wie ale anderen auch. Da unterscheidet uns **nichts**!

FÜNF

Vor einem halben Jahr entdeckten auch wir den zweiseitigen Aufsatz von Thomas Hartmann in der taz vom 21.07.87, wo er zum Schluß massiv darauf besteht, daß wir sowohl an unseren Betriebs-Strukturen als auch genauso bewußt an unserem Kommunikations-Verhalten arbeiten müßten. Darin erkannten wir uns eindeutig wieder. Zwei von uns entdeckten mal wieder ihre Schätze im Bücherregal: Alle möglichen Bände mit Trainingsprogrammen, Selbsterfahrungsübungen, „Anleitungen zur Veränderung“ - kurz das, was Thomas Hartmann mit seinem letzten Satz meint: Die Linke muß sich ihre eigenen Erkenntnisse wieder aneignen. Trotz dieser Einsicht haben wir im Energie- und Umweltzentrum das so gut wie überhaupt nicht umgesetzt.

SECHS

Eine sehr wichtige Erfahrung in dieser Richtung haben wir allerdings schon gemacht - mit der Hilfe Dritter schaffen wir manches besser. Zum Beispiel:

- Im Sommer '86 nahm an unseren wöchentlichen Gruppenabenden und an einer projektinternen Diskussionswoche eine Frau mit Erfahrung in der Beratung sozialer Gruppen teil. Sie versuchte, unser Kommunikationsverhalten zu beobachten und Hinweise zu geben. Erfolge u.a.: „Klimaverbesserung“ während der Sitzungen, Sachen werden streßfreier und produktiver ausdiskutiert, wir haben den Mut, sowas noch mal zu machen.
- Im Juni '87 machten wir ein zweitägiges Seminar in Großmunzel mit zwei Leuten aus Minden/Neuss, die das Seminar inhaltlich strukturierten und moderierten. Thema war: Was wollen wir (noch) zusammen? Erarbeitung eines Zielkataloges. Wir kamen große Stücke voran bei der Klärung von Zielkonflikten und der Selbstverständnisdiskussion. Einen der beiden haben wir im November '87 und Januar '88 wieder für je einen Tag angeheuert, um bestimmte Diskussionen zu moderieren, die wir unter uns nicht klarkriegten.

Fazit: Weg von der Illusion, wir könnten alles alleine schaffen, wenn wir nur richtig wollten!

SIEBEN

Unsere bisherigen Strukturen hat Thomas Hartmann treffend beschrieben: „...Es macht Spaß zu arbeiten. Dennoch wird dies massiv überschattet von einer Selbstausbeutung in physischer und finanzieller Hinsicht, dem Fehlen adäquater innerer Strukturen und Mechanismen für die Entwicklung des Gesamtprojektes. Von dem Energie- und Umweltzentrum geht keine Attraktion für das Experiment alternativer Arbeits- und Betriebsstrukturen aus,“ und weiter sinngemäß: „Die fehlenden inneren Strukturen sind verbunden mit wenig klaren Vereinbarungen über die Zusammenarbeit, ungenügenden Entscheidungsmechanismen, schwammigen gegenseitigen Arbeitsanforderungen, und sie führen zum Hinhalten von ... Kunden ..., zur mangelnden Einarbeitung von Mitarbeitern und zum Fehlen einer längerfristigen Arbeitsplanung. Die Folgen sind nicht nur unangenehme Arbeitsbedingungen, sondern auch Auswirkungen auf die Qualität...“. Ursache, eine jedenfalls: „Selbstverwaltungs-Prinzipien, die Hierarchien ablehnen, ohne Alternativen entwickelt zu haben -für die positiven Funktionen, die Hierarchien auch gewährleisten, positiv für die Flexibilität des Betriebes und positiv für die Mitarbeiter.-“

ACHT

Das heißt, wir sind nichts anderes als ein bunter Haufen bürgerlicher Individuen, die versuchen, einen Kleinbetrieb und eine „Heimvolkshochschule“ zu betreiben, **ohne** alle strukturierenden, konfliktlösenden Mechanismen, Hierarchien, Kompetenzaufteilungen, Interessengegensätze und Identitäten, die sonst einen „normalen“, kapitalistisch strukturierten Betrieb bzw. eine analog strukturierte sozio-kulturelle Einrichtung am Funktionieren halten.

NEUN

Jetzt will ich noch mal ein bißchen konkreter einige markante Punkte der Ebene, die wir gerade durchwandern, beschreiben - Punkte, die uns zur Zeit besondere Mühen bereiten.

1. Professionalisierung: Welche Qualität und welches Maß an Professionalisierung wollen wir haben? Konsequent produktqualität-effizienz-orientiert, also möglicherweise mit hierarchischer Arbeits- und Kompetenzteilung, Management etc. meßbar in DM-Ertrag pro Stunde/Dienstleistung/Produkt?

2. Arbeitsteilung *und* **Hierarchie** hat direkt damit zu tun: Wollen wir unsere bisherige nichthierarchische Arbeitsteilung verändern, konsequent trennen in (z.B.) pädagogische MitarbeiterInnen einerseits und Küchen- und Putzpersonal andererseits? Ingenieure, Bauplaner, EnergieberaterInnen einerseits und Schreibkräfte, ZeichnerInnen u.a. andererseits? Trennung von geschäftsführenden Funktionen einerseits und buchhalterisch-konten-verwaltenden andererseits? Wir bewegen uns immer stärker auf Punkte zu, wo wir uns zu solchen und ähnlichen Fragen eindeutig verhalten müssen.
Was mir übrigens dabei auffällt: Das hat auch viel mit geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung zu tun.

3. Wir praktizieren seit sieben Jahren ungebrochen unser **Bedürfnislohn-System.** Haben es ein bißchen organisatorisch verbessert, vor eineinhalb Jahren eine Grundsatzdebatte geführt, die Konsens darüber hergestellte, daß wir dabei bleiben wollten, aber mal rauskriegen müßten, was eigentlich mit „Bedürfnis“ gemeint ist. Bloß haben wir nicht versucht, das rauszukriegen, und bei einigen von uns ist eine grundlegende Unzufriedenheit mit dem Bedürfnislohn geblieben. Wir fangen an, darüber zu diskutieren, ob wir eindeutige Beziehungen herstellen wollen zwischen Ertrag, geldlicher Entlohnung einerseits und Arbeitszeit und Arbeitsleistung (wie auch immer gemessen) andererseits. Das Wort „Stundenlohn“ geistert durchs Energie- und Umweltzentrum und verbreitet Schrekken. Da hauen wir uns die unklaren bzw. unterschiedlich definierten Begriffe um die Ohren und hauen mit unseren Ängsten und ideologischen Scheuklappen zurück. Undsoweiter. Ich denke, da haben wir noch einiges an Arbeit nötig, um zu klären, was wir **meinen,** und dann auch noch, was wir **wollen.**

4. Direkt daneben steht das Ungeheuer **Lohnarbeit.** Verträgt sich das - selbstverwaltetes Projekt und Lohnarbeit? Was heißt es, wenn wir uns einen Zustand schaffen: Neben 14 Leuten, die als Projektmitglieder ihre eigenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind und die gleichberechtigt mit Bedürfnis-Lohn arbeiten, gibt es eine Person, die nach HBV-Tarif auf Teilzeitbasis angestellt ist, an den allgemeinen Projekt-Aufgaben nicht beteiligt ist, sich auch gegenüber so alternativ-netten Leuten wie uns als Arbeitnehmerin verhalten **muss** im Konfliktfall - und uns natürlich auch dazu bringt, uns tendenziell und im Konfliktfall sowieso als **Arbeitgeber** zu gebärden.

5. **Verantwortung** für einen Teil oder fürs Ganze? Oder beides? Das ist auch eine Frage, die uns beschäftigt. Wer „ist“ das Gesamt-Projekt, bei uns konkret: Wer ist der Verein? (Im Sinne von Verantwortlichkeit). Muß ich mich zwangsweise für alle anderen Teilbereiche und auch fürs Ganze verantwortlich fühlen, auch wenn ich es gar nicht will, wenn mich soviel Verantwortung eher drückt und lähmt? Anders gefragt: Welche strukturellen-organisatorischen Lösungsmöglichkeiten gibt es für solche Probleme bzw. müssen wir da eigentlich an uns selbst arbeiten, an unseren Umgehensweisen mit Verantwortung etwas verändern, um nicht Gefahr zu laufen, Strukturen zu fordern, in denen wir die Verantwortung fürs Ganze (und damit Macht) an einzelne delegieren, abschieben? Oder braucht es auch in einem selbstverwalteten bzw. Alternativ-Betrieb eine wie auch immer näher definierte, (zeitlich) begrenzte und kontrollierbare Zuweisung von Kompetenzen und Macht???

6. **Altersversorgung** - eine steile Klippe, um die wir bisher meist einen großen Bogen gemacht haben. Einige von uns sind beurlaubte LehrerInnen, andere sind (befristet) mit ABM-Mitteln angenehm hoch rentenversichert, wieder andere nach unserem recht bescheidenen projektinternen Richtsatz von DM 1.200 brutto. Manche drückt das Problem, andere juckts (noch?) nicht. Das hängt sicher auch mit dem Lebensalter zusammen (unsere Spannbreite geht von 26 bis 47 Jahren) und damit, ob jemand wie ich z.B. für fast 15 Jahre Lehrer- und Angestelltentätigkeit schon beachtliche Beiträge und Zeiten bei der BfA stehen hat, oder ob jemand z.B. direkt nach Lehre oder Studium in ein Projekt eingestiegen ist und auch nach weiteren zwanzig Jahren mit unseren derzeitigen Beiträgen auf keinen grünen Renten-Zweig kommen wird. Vor drei Jahren hatten wir mal ein Seminar dazu im Haus, aber wir haben's noch nicht geschafft, für uns Klarheit zu kriegen, geschweige denn praktische Lösungen anzupeilen.

ZEHN

Zum Schluß will ich noch deutlich machen, daß wir nicht **nur** Probleme haben, nicht **nur** ungelöste Widersprüche, sondern daß wir auch schon z.T. auf richtigen Wegen sind, Ansätze für Strukturveränderungen haben:

- O Zum Beispiel arbeiten unsere einzelnen Bereiche recht autonom, was Produktpolitik, Lagerhaltung, Sortiment, Kooperationspartner u.a. betrifft. Oder für meinen Bereich: Der Tagungshaus-Bildungs-Bereich hat weitestgehende Entscheidungskompetenzen über Preise und Standard des Tagungshauses, Kooperationspartner, Auswahl von ReferentInnen, Seminarthemen und Belegungsgruppen, Anschaffung von Geräten und Mobiliar. Größere Investitionen (neue Tische sind überfällig) werden in der Gesamt-Gruppe abgestimmt. Das heißt auch, daß in den montäglichen Arbeitsbesprechungen überwiegend allgemeine Themen/Termine/Fragen besprochen werden.
- O Seit zwei Monaten experimentieren wir mit einer „kleinen Geschäftsführung“, bei uns sinnigerweise **Guru** genannt. Jeweils zwei Leute aus verschiedenen Arbeitsbereichen sind mindestens 4 Wochen zuständig für Postbearbeitung und Verteilung, Erledigung allgemeiner Anfragen incl. Info-Verschicken, Vor- und Nachbereitung von Gesamt- und Teil-Arbeitsbesprechungen einschl. Protokolle, Planung unserer Tage der Offenen Tür u.ä. Damit versuchen wir, einerseits für alle mehr Durchblick durchs Ganze zu ermöglichen, andererseits haben wir unsere allgemeinen Arbeitsbesprechungen halbiert und machen sie nur noch jeden zweiten Montag - also ein Stück weg von den „plenaren“ Strukturen.
- O Drittens haben wir seit kurzem auch sowas wie ein zentrales Gremium zur Koordinierung allgemeiner (zu mindest finanzieller) Planungen und Entwicklungen, genannt „Finanzausschuß“. Zwar ist dieser Ausschuß nicht irgendwie „demokratisch“ besetzt, per Delegation aus den einzelnen Bereichen, sondern nach dem Kriterium „wer macht die Arbeit sowieso schon bzw. wer will das machen“. Die Kompetenzen dieses Gremiums sind bisher noch in keiner Weise festgelegt.
- O Viertens sind wir dabei, eine Haushaltsplanung für den Teil „Verein“ zu entwickeln und werden im Laufe des Jahres versuchen, auch Teil-Haushaltsplanungen auf die Beine zu stellen.
- O Und überhaupt: Zur Zeit wird sehr viel nachgedacht, diskutiert, geschrieben (einschließlich dieses Textes). Wir arbeiten - mit Hilfe von außen, siehe oben - an zentralen Fragestellungen. Wir schaffen's immer noch, an unseren Gruppenabenden ab und zu recht offen und produktiv zu diskutieren. Es gibt zwar schon viel Mißtrauen, Feindbilder, Fraktionierungen, Hahnenkämpfe und eine Reihe weiterer Nettigkeiten, aber noch überwiegen Gemeinsamkeiten, Optimismus und langer Atem.
- O Zu guter Letzt: Wir suchen neue Leute, die bereit sind, sich auch - oder grade! - in diesen schweren Zeiten auf ein solches Projekt einzulassen, für folgende Arbeitsbereiche: Küche/Tagungshaus/Bildungsorganisation/-Bauberatung/ Dämmstoffverkauf/Umwelt-/Garten-Bereich

Energie- und Umweltzentrum
am Deister
Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Noch mehr Kacke am Dampfen ...

Red. Nürnberg Die Geschichte um den Bioanlagen-Erfinder Probst in der Weihnachtsausgabe hat einigen Staub aufgewirbelt. Etliche Zuschriften gingen bei uns und dem Landtagsabgeordneten Paul Kestel von den Bayerngrünen ein. Einige interessierten sich für eine Patentsicherung der von einem Wirtschaftsberater mit dubiosen Verbindungen zur KWU und zur Regierung gepfändeten Erfindung. Mittlerweile entwickelte sich der Skandal um den „Bioreaktor", der alle biologischen Abfälle angeblich zu soviel Energie vergären könnte, wie sie auch bundesdeutsche AKS's höchstens erbringen, vollends zu einer Groteske.

vor. Bisherige Patentsicherungsinteressierte hingegen werden von Kestel gebeten, weiterhin zur Patentsicherung beizutragen, da der rasende Professor auch über Dritte Patentpfändungsabsichten verfolge.

Jenseits des Skandals...

Jenseits der skandalösen Vorfälle um den Erfinder Probst steht jedoch auch die kontroverse Diskussion um den Nutzen seiner Erfindung und alternative Ansätze zur (Bio-)Technologieförderung an. Hierfür bietet CONTRASTE ein Forum, das in dieser Ausgabe die skeptische Stellungnahme von Roland Schnell zum Fall Probst veröffentlicht. Roland ist weder vom Nutzen rein technologischer Abfallbeseitigung noch von einer Absicherung durch Patente überzeugt und sieht selbstverwaltete, kollektive Forschungs-Projekte als seriösere Ansätze gegenüber dem Einzelerfinder an, an dessen Genialität er nicht glauben mag. Und Roland muß es schließlich wissen, ist er doch wesentlich an der Entwicklung von REA/BTA beteiligt gewesen, die mittlerweile eine millionenschwere, von ökologisch Interessierten finanzierte Biogasanlage bei Garching konstruiert hat; Selbstverwaltet versteht sich.

Doch auch Paul Kestel sieht in seiner Erwiderung die Notwendigkeit einer grundsätzlicheren, fachlichen Diskussion. Was sind die Chancen und Grenzen der Biogastechnik? Und wie soll sie vor allem weitergefördert werden?

Foto. Jochen Britzke

Probst - ein neuer Kiener?

Roland Schnell (REA Gesellschaft für Recycling von Energie und Abfall mbH)

In der Dezember-Ausgabe von CONTRASTE wurde der Fall Probst zur Diskussion gestellt, der anscheinend in Bayern Unruhe auslöst. Ich wurde um eine Stellungnahme bezüglich des Biogas-Reaktors gebeten, weil ich einer der Entwickler des Verfahrens bin, das als „Naßmüllvergärung der BTA Biotechnische Abfallverwertung" eine gewisse Bekanntheit erlangt hat und auch als beispielhaft, zumindest im Hinblick auf die Geldbeschaffung, vorgestellt wurde.

War der Professor verrückt?

Die Begutachtung der Erfindung Probsts für das Bundesforschungsministerium war mit Wirtschaftsprofessor Klepsch offensichtlich einem Unzurechnungsfähigen übertragen worden. So lautet jedenfalls ein Attest, das dem grünen MdL Kestel inzwischen vorgelegt wurde. Darin läßt sich Klepsch in einem anderen Rechtsstreit, bei dem er selber in Bedrängnis war, für unzurechnungsfähig erklären.

In einer Anfrage an das Bundesforschungsministerium vom 7. Januar will Paul Kestel nun Genaueres über die Mauscheleien zwischen KWU, Kernforschungsanlage Jülich und diesem dubiosen Technologieberater mit besonderem Hang zur Erfindung wissen. Bis Redaktionsschluß lag keine Antwort

Parallelen Kiener-Pyrolyse und Probst-Biogas

Der Fall Probst weist eine Reihe von Parallelen mit dem Fall Kiener auf, der vor wenigen Jahren von bestimmten Kreisen der Grünen in ähnlicher Weise auf den Schild gehoben wurde. In beiden Fällen handelt es sich um einen genialen Einzelerfinder und Autodidakten, der eine „Wundermaschine" anzubieten hat, die quasi Dreck in Gold verwandelt. Bei beiden haben Großkonzerne versucht, sie übers Ohr zu hauen, hilfreiche Geschäftspartner wollten sich die Erfindung aneignen und vom Bund wurden Fördermittel zugesagt, die an bestimmte, schwer zu erfüllende Bedingungen geknüpft waren.

Die „Wundermaschine", die alle Abfallstoffe in wertvolle Energieträger und nützlichen Dünger umsetzt, gibt es nicht, kann es nicht geben. Wer sie propagiert, hat nichts von der ökologischen Denkweise verstanden, sondern sich seinen naiven Glauben an eine Technik bewahrt, die letzlich alles zum Guten wendet. Kiener und seine Unterstützer wollten seinerzeit alle Abfälle in die Pyrolyse-Anlage stecken. Diesmal ist es ein „Bio"-Reaktor, der alles verwursten soll.

Damals wie heute ist unsere Ansicht, daß für die Abfallbearbeitung eine an die Stoffeigenschaften angepasste Behandlung notwendig ist, wobei technische Verfahren nur als letzter Schritt zum Zuge kommen sollen. Die entscheidenden Schritte sind eine möglichst vollständige und frühe Trennung der Stoffströme, gezielte Aufkonzentrierung der Schadstoffe und Einsatz von Maschinen nur da, wo andere Methoden nicht möglich sind.

Hoffnung auf Daniel Düsentrieb

Der zweite Punkt, bei dem Skepsis angesagt ist, ist die Figur des Einzelerfinders vom Typ eines Daniel Düsentrieb, der ohne die normale technische Ausbildung Lösungen findet, die großen Forschungseinrichtungen mit qualifizierten Fachkräften verborgen bleiben. Wir haben mit der REA GmbH als einem Kollektiv von Ingenieuren und Wissenschaftlern die einzigartige Möglichkeit, daß hochqualifizierte Spezialisten auf ihrem Gebiet immer wieder mit dem praktischen Verstand von Nichtfachleuten konfrontiert werden können So entstand unser Verfahren als kollektive Leistung. Nur gemeinsam war es möglich, den Großkonzernen die Stirn zu bieten.

Die Probleme beim Biogas liegen woanders

Als REA/BTA haben wir auf die Entwicklung eines eigenen Biogas-Reaktors verzichtet, vor allem deshalb, weil die Probleme der Biogas-Erzeugung nicht in der Stufe der eigentlichen Methanerzeugung liegen. Es wird viel Mystik um die angeblich so sensiblen Methanbakterien verbreitet, die sich mittlerweile als ausgesprochen robust und gutmütig erwiesen haben. Man muß sich schon sehr ungeschickt anstellen, um kein Methan zu bekommen. In vielen Fällen ist es angebracht, einfach einen etwas größeren Behälter zu nehmen, anstatt durch ausgefeilte und aufwendige Regeltechnik die Bakterien zu Höchstleistungen treiben zu wollen. Die Probleme der Biogas-Erzeugung aus Abfallstoffen liegen hauptsächlich in der richtigen *Aufbereitung* der Materialien für die Methanbakterien. Dieses Problem ist nicht durch die Bauart des Biogas-Reaktors lösbar.

Patent von zweifelhaftem Wert

Daß versucht wurde, sei es von KWU, sei es von einem Geschäftspartner, dem Herrn Probst seine Erfindung abzuluchsen, scheint ein Argument für deren Bedeutung zu sein. Allerdings sollte man auf den biotechnologischen Sachverstand der KWU nicht allzuviel geben, da die entsprechende Abteilung mit Ingenieuren aufgebaut wurde, die wegen schlechter Auftragslage im Bereich der Atomkraftwerke mit anderen Aufgaben betraut wurden. Es wurden kurzerhand biotechnologische Innovationen aufgekauft, um so schnell wie möglich damit Profite zu machen.

Ebenso sollte die Bedeutung einer Patentanmeldung nicht überschätzt werden, denn ob eine Erfindung in der Praxis funktioniert, danach fragt zunächst niemand. Vorschläge für Verbesserungen an Biogas-Reaktoren liegen zu Dutzenden im Deutschen Patentamt, wo sie jeder einsehen kann. Die wenigsten davon wurden jemals verwirklicht. Überschätzt wird auch der Schutz, den ein Patent bieten kann. Schon Kiener mußte die Erfahrung machen, daß es teuer werden kann, gegen Verletzungen eines Patents vorzugehen, wenn man einen kapitalkräftigen Gegner hat. Der Glaube an den Patentschutz lebt von dem Mythos, daß eine Innovation vollständig dokumentierbar wäre und getrennt von denen, die sie entwickelt haben, wie eine Ware gehandelt werden könnte. Im Bereich der Verfahrenstechnik trifft das sicher nicht zu, weil immer die nicht dokumentierbaren individuellen Fertigkeiten und Fähigkeiten der Entwickler berücksichtigt werden müssen. Das Zusammenwirken der Mitglieder des Kollektivs der REA, das sich bei der Verfahrensentwicklung herausbildete, stellt den wirksamsten Schutz dar. Weder kann ein Einzelner durch „Verrat" sich die gemeinsame Entwicklung aneignen, noch können Dritte die Entwicklung mit angemessenem Aufwand kopieren. Das Verfahren ist untrennbar mit dem Kollektiv und seinem Funktionieren verbunden.

Lernen von der KWU?

Was zur Zeit mit Probst versucht wird, ist der dilettantische Versuch, im grünen Bereich Forschungspolitik mit den Methoden der KWU zu betreiben. Ein Erfinder, ein Kopf, ein Verfahren wird eingekauft mit der Erwartung auf eine erfolgreiche Vermarktung. Die Biotechnologie, speziell die Biogas-Technik gelten als Technologien der Zukunft, wo man mitmischen will.

Kein Zweifel, die Biotechnologie hat Zukunft. Diese Zukunft hat für die großen Konzerne längst begonnen. Mit Kamikaze-Aktionen, wie in dem hier zur Debatte stehenden Fall, wird man sie kaum bremsen können. Ein fundiertes Programm zur Technologie-Entwicklung im grün-alternativen Bereich gibt es aber nicht. Bei der Diskussion um die Gründung einer grünnahen Stiftung wurde das erschreckend deutlich. Was da für den Bereich Forschung und Technologie an Vorstellungen präsentiert wurde, war so fern jeder Praxis, daß es vielleicht kein Schaden ist, daß sie im Rahmen der Stiftungsdiskussion bisher ohne Konsequenzen blieben. Die rasch zusammengetrommelten Vertreter der alternativen Forschungsszene hatten ohnehin nur die Rolle von Statisten in einem innergrünen Kompetenzgerangel.

Eine alternative Förderungsstruktur muß her!

Auch mit der Förderung durch BMFT haben wir unsere Erfahrungen gemacht. Es ist eine Tatsache, daß Privatunternehmen nur 50% ihres Aufwands als Zuschuß bekommen und sehen müssen, wo die andere Hälfte herkommt. Und es ist auch eine Tatsache, daß die Abrechnungsmodalitäten kompliziert und streng sind, wobei die Sachbearbeiter Leuten, die zum erstenmal einen Antrag stellen, grundsätzlich nicht trauen. Eine solide Finanzierung des Eigenanteils ist die entscheidende Hürde, die genommen werden muß, die fachliche Beurteilung spielt dabei kaum eine Rolle. Leider wird nicht gesagt, welcher Art die Mittel sind, die beim BMFT für Probst zum Abholen bereit liegen.

Es bleibt die Aufgabe, die Strukturen und Konturen einer alternativen F&E-Politik zu entwickeln. Wenn sich CONTRASTE als ein Forum dafür entwickeln würde, wäre das nur zu begrüßen.

Gesamtwirtschaftlicher Standort

(Probst'sche) Biogas-Technologie

Dr. Paul Kestel

Roland Schnell geht in seinem Beitrag recht lieblos mit Erfindung und Person des Josef Probst um. Niemand hat Josef Probst auf einen „grünen Schild" gehoben. Niemand bezeichnet die Probst'sche Erfindung als Wundermaschine. Probst läßt sich auch nicht mit Kiener vergleichen, jedenfalls nicht über seine Anlage.

Während die Pyrolyse in dem Stoffkreislauf, in dem sie eingebaut werden kann, mit vielen anderen - ökologischen und ökonomischen - Ansätzen konkurriert, gibt es für die Biogasgewinnung kaum eine Alternative. Dabei soll beileibe nicht der „Biogasreaktor ... alles verwursten". Vielmehr ist das von Probst vorgeschlagene Gesamtkonzept, dessen Herzstück sicher der Biogasreaktor ist, von vorneherein so ausgerichtet, daß am jeweiligen Einsatzort eine möglichst umfassende Problemlösung geboten werden soll. Voraussetzung ist das von Probst angestrebte Technologie-Zentrum.

Das Biogas-Technologie-Zentrum

Ist schon der erste Bioreaktor (selbstverständlich) in kleiner Firma unter Zusammenarbeit der Mitarbeiter entstanden, so ist für die Produktion von Anlagen, die an einschlägige Kunden verkauft werden sollen, die Kooperation innerhalb des Zentrums wie mit verschiedenen Firmen außerhalb des Zentrums und vor allem mit wissenschaftlichen Instituten erforderlich. „Daniel Düsentrieb" kann solch einem Zentrum nicht vorstehen! In diesem Zentrum sind mehrere Reaktoren vorgesehen, die entweder gleichzeitig das gleiche Substrat unter verschiedenen Bedingungen verarbeiten, oder auch hintereinandergeschaltet verschiedene Prozessenacheinander ermöglichen. Selbstverständlich ist an eine Vorwegaufbereitung ebenso gedacht wie evtl an eine Nachbereitung des Materials, das den Reaktor verläßt. In dem für Förderungsanträge oder für potentielle Investoren ausgearbeiteten Finanzentwurf hat Probst einen hohen Anteil für wissenschaftliche und technische Forschungs- und Kontrollaufträge eingestellt. Für die endgültige Produktion von Anlagen sind Beteiligungspartner nicht nur als Geldgeber, sondern vor allem als Zulieferfirmen gesucht. Das von der Biogas-Technologie abzudeckende Problemfeld der Entsorgung, der Gewinnung von Energieträgern und der gleichzeitigen Produktion hochwertiger Dünger ist ein internationales Problem, da allerdings noch regional unterschiedlich gelöst werden muß. Es ist nicht auszuschliessen, daß eines Tages ein übergeordnetes Zentrum mehrere Einrichtungen nach Probst'schem Muster zu koordinieren hat. Auf keinen Fall darf Biogas-Technologie monopolisiert werden. Und dazu gibt es in den Vorgängen um die Person Probst bedenkliche Erscheinungen.

Die Unterdrückung der Erfindung

Josef Probst wurde nach der Patenterteilung ein Berater vermittelt, dem man heute ohne weiteres unterstellen kann, daß es ihm nicht um eine Beratung ging, die zur Vermittlung von Beteiligungen und von Zuschüssen führen sollte, sondern genau ums Gegenteil: Die Verhinderung der Vermarktung.

Zur Erlangung der 50% staatlicher Fördermittel für den Aufbau seines Technologie-Zentrums muß Probst die restlichen 50% über Kapitalgesellschaften usw. beschaffen. Man kann den Schriftsätzen des „Beraters" selbst entnehmen, daß er an mögliche Beteiligungsfirmen diffamierende Behauptungen über Probst („unterbelichtet, vorbestrafter Kreditbetrüger, geht keiner Arbeit nach" und vieles mehr) herausgegeben hat und mühsam aufgebaute Kontakte rasch und meist irreparabel zerstört hat. Ähnliches gilt für staatliche Institutionen. Der „Berater", der auch Behörden und Gerichte mit hunderten von Seiten Text bombardiert hat, ist - nach eigenen Andeutungen - von diesen auch bevorzugt mit Informationen über den Stand der Dinge bedacht worden. Dies gilt u.a. auch für die Kernforschungsanlage Jülich, die einerseits Biogasanlagen für das BMFT begutachtet, gleichzeitig aber auch mit der KWU verflochten sein soll...

Ausgerechnet dieser Berater hat nun in einem anderen Rechtsstreit, der für ihn selbst gefährlich zu werden drohte, ein medizinisches Gutachten vorgelegt, nach dem er gerade in jener Zeit, als die Beratertätigkeit beginnen sollte, als „unzurechnungsfähig" gelten mußte. Die Art der vorgeschobenen Krankheit läßt eine Veränderung der Situation auch heute als unwahrscheinlich gelten. So müssen sich die Informanten den Verdacht gefallen lassen, daß sie diesen Berater evtl. für eigene Unterdrückungswünsche der Probst'schen Technologie mißbrauchen wollten.

Abschließend darf noch festgestellt werden, daß Herr Probst von seiner Ausbildung her - dazu gehört auch eine einjährige Management-Ausbildung - sicher in der Lage ist, auch ein Management-Team aufzubauen. Es sollte eine Anerkennung wert sein, daß er in seinem Technologie-Zentrum als besonders wichtige Arbeitsgruppe ein Innovations-Management plant, das die Zusammenarbeit im innovativen Bereich, bevorzugt für ökologisch relevante Problemstellungen, steuern soll. Es stünde den Ökologen im Lande schlecht an, wenn sie der Unterdrückung dieser Idee tatenlos zuschauen würden und damit KWU und anderen Großfirmen den Weg zur Marktwirtschaft und damit einer Planwirtschaft nach ihrem Muster allzuleicht machen würden.

Stellenmarkt

Stellensuche

Frau, 20, 13 Jahre Schule und 4 Monate Lehre auf dem Bau, sucht **Ausbildungsplatz als Tischlerin** oder **Zweiradmechanikerin** oder Arbeit in Selbstverwaltetem Projekt mit Handwerklichem Schwerpunkt. Gerne in Verbindung von Wohnen, Arbeiten und Leben!
Katharina Dreitzel
Weststr. 14
4800 Bielefeld
☎(0521) 12 27 20

Nach privatem und wirtschaftlichem, wohl politisch mitbedingtem Zusammenbruch suche ich zwecks Neubeginn/-orientierung **Stelle** bei **Rechtsanwalt, Verband, Selbstverwaltetem Betrieb o.ä.,** in welche ich meine Erfahrungen als „Linke" ehemalige **Rechtsanwältin** einbringen kann.
Claudia Fittkow
Beguinenstraße 5
3338 Schöningen
☎(05352) 49 05

Dipl. Informatikerin (TU), 29, erf. mit BS2000, Assembler, Pascal, Qualitätssich. von SW, als Dozentin f. Cobol (IBM-PC), engagiert in Gesellsch.Aspekten der EDV, sucht interessante, sinnvolle Aufgabe, auch auf neuem Gebiet (z.B. Medien-, Ökologie-, Jugendbereich, Erw.-Bildung) in kollegialer Umgebung (am liebsten in Selbstverw. Betrieb) im Raum München, wenn möglich Teilzeit!
Christine Fischer
Solalindenstr. 108
8000 München 82
☎(089) 430 09 73

Gärtnerin, 45, Abitur, mehrj. Berufserfahrung, auch im therap. Bereich, sucht interessante neue Tätigkeit im Rm. Karlsruhe, vorzugsweise im Bio-Landbau u. in Team-Arbeit.
Chiffre: Bio-Landbau

Suche Arbeit in Öko-Baustoffhandel od. anderem Hasneslbetr. Gelernter Abaustoffhändler; 6 J. Innendekorhandel; BWL-Studium; Finanzwirtschaft; Recht; EDV-Grundkenntnisse u. prakt. Erfahrungen. Dipl.-Arb. zu EDV in Selbstverw. Betrieb. Erfahrungen in Teamarb. durch Studienprojekt.
Peter Martens
Schopstr. 19
2000 Hamburg 20

Jobs

„blätterwald"-Genossenschaft - Betrieb in Selbstverwaltung sucht neue KollegInnen für unsere Arbeitsbereiche
1. Buchhaltung
Tätigkeitsbereiche: Buchhaltung, Planung, Controlling und Finanzierung.
2. Versand
Tätigkeitsbereiche: Kommissionieren von Waren, Rechnungsstellung
Berufliche Praxis, bzw. EDV-Erfahrung sind erwünscht, aber nicht Bedingung. Unbedingt erforderlich sind jedoch Engagement und die Bereitschaft zu kollegialer Zusammenarbeit.
„blätterwald" e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Niederurseler Str. 7
6370 Oberursel 5
☎(06171) 7 80 11

Mensch für selbst. Mitarbeit in **UWS-Papier-Kollektiv** sofort ges. Führerschein Kl.III erforderlich
7120 Bietigheim, Nähe S-Bahnhof
☎(07142) 5 45 21

Fahrradladen Radschlag
Betrieb in Selbstverwaltung sucht neues Kollektivmitglied mögl. mit Fachkenntnissen + Eigenkapital - Bremen (0421) 70 41 05

TeamerInnen für internationale Workcamps gesucht
Für unsere durchschnittlich dreiwöchigen internationalen Workcamps in den Sommermonaten 1988 in den Bereichen
Ökologie, Frieden, Frauen, Solidarität, Antifaschismus, Soziale Initiativen,
suchen wir politisch und gruppenpädagogisch interessierte MitarbeiterInnen als TeamerInnen. Wir bezahlen ein Honorar von DM 200,-. Die Tätigkeit kann als zehnwöchiges Block/Pflichtpraktikum für verschiedene Studiengänge anerkannt werden. Zur Vorbereitung auf die Mitarbeit führen wir Ausbildungsseminare durch.
Die Fahrtkosten zu den Seminaren werden erstattet. Anfragen und Anmeldungen bitte an:
Service Civil International
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1

Wir suchen für unseren Selbstverwalteten Betrieb **Speditionskauffrau** mit Erfahrung im DB- und LKW-Güterverkehr. Schriftliche Bewerbung bitte an Huckepack GmbH, Fachspedition Naturwaren, Behringstr. 14, 2000 Hamburg 50

KOVAP (Kontaktst. f. verb. Arbeitslosenproj.) ist eine Beratungsstelle für Arbeitslosenproj. und Projektinitiativen. Das Projekt ist befristet bis 31.1.1990 und befindet sich in Trägersch. d. Christl. Arbeiterjugend. Ab sofort ist d. Stelle eines/r **ProjektberaterIn** halbtags, BAT IVb zu besetzen. Nicht d. berufl. Ausb. ist entscheidend, sondern Erf. im Bereich d. Projektarbeit bzw. i. d. Jugendverbandsarbeit sind Voraussetzung.
Bewerbungen an:
KOVAP
Thalkirchner Str. 106
8000 München 2
☎(089) 725 42 90

Frauenprojekte

Frauen-Projekte-Buch NRW mit Infos, Adressen uva. (Literaturliste) c/o Frauen, Arbeit u. Zukunft e.V., Postfach 278, 4600 Dortmund 1 (320 S. für 16,80 DM auf Rechnung!)

Kleinanzeigencoupon

Private Kleinanzeigen kosten 5 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere Zeile 1 DM (1 Zeile hat 32 Anschläge!). Private Stellengesuche sind kostenlos! Gewerbliche Kleinanzeigen kosten 30 DM für angefangene 5 Zeilen, jede weitere 5 DM. Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht per Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Auf Wunsch gibt's auch ne Quittung. Aber nur, wenn frankierter Briefumschlag und bereits ausgefülltes Quittungsformular vorliegen. Briefe ohne Geld landen im Papierkorb. Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung. Termin. jeweils zum 15. des Monates. Chiffreanzeigen kosten 9 DM zusätzlich.
Jeder Buchstabe, Satzzeichen und Wortzwischenraum ist ein Kästchen. Eine Zeile hat 32 Kästchen. Was fett gedruckt werden soll, bitte unterstreichen (zählt doppelt).

Betrieb/Projekt/Name .....

Straße/PLZ/Ort .....

Telefon ..... Unterschrift .....

Bitte einsenden an: CONTRASTE, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

mehrwert
beiträge zur kritik der politischen ökonomie

Nr. 30
Wirtschaftskrise und Selbstverwaltung
Neu! Januar 1988
160 S., DM 17,-

Teil I (Aspekte selbstverwalteter Betriebe und Projekte in der BRD) mit Beiträgen von Fritz Warthenpfuhl, Friedrich Krotz und Nick Simon.

Teil II (Selbstverwaltung in der Regionalentwicklung Großbritanniens und der USA) mit Beiträgen von Paul Blyton, Michael Wiedemeyer, Len Krimerman und Baleren Bakaikoa.

Teil III (Selbstverwaltung in den Übergangsgesellschaften Ungarns und Jugoslawiens) mit Beiträgen von Andras Sajo, Agnes Tibor und Gabriele Herbert.

Nr. 29
Marketing in der Polarisierung
Mai 1987
160 S., DM 17,-
mit Themen wie Post-Fordismus (Kurt Monse), Marketing in Japan (Hajo Weber), Öko-Welle (Jürgen Freimann), Handelsmarketing (Sönke Hundt) und Zigarettenmarketing (Ulrich Herbert und Sönke Hundt)

Zu beziehen über den Buchhandel oder direkt vom
MEHRWERT-VERLAG
FRIESENSTR. 67, 2800 BREMEN 1

Leserbriefe

Betr.: New Age - Artikel in Nr. 39/87

Liebe CONTRASTE-Redaktion,
so sehr ich erfreut war, daß sich auch CONTRASTE mit diesem Zeitgeistthema gefaßt, so enttäuscht war ich über die verschiedenen Artikel hierzu.

Der Grundtenor in **allen** Artikeln war ironisch bis abwertend, z.T. sogar recht aggressiv. Warum?

Ob New Age nun wirklich etwas Neues oder Zukunftsweisendes ist, darüber läßt sich sicher streiten und auf jeden Fall ist die Kritik an manchen „Heilsfiguren" dieser Bewegung berechtigt. Aber mit Herablassung und Beschimpfung läßt sich doch das tatsächlich vorhandene und zunehmende metaphysische Bedürfnis vieler Menschen nicht erledigen.

Warum sollten alle, die sich mit dieser Thematik beschäftigen und z.B. zeitweilig meditieren grundsätzlich „ins Abseits" geraten oder nur noch dem „Egotrip" frönen?

Ist nicht gerade in unserer Zeit der Aktivisten und Macher (den Ewig-Ruhelosen also) ein wenig Selbstbesinnung und In-sich-gehen wichtig?

Leider habe ich häufig den Eindruck, daß für viele „Linke" (was immer die Bezeichnung „links" in der heutigen Zeit noch heißen kann) nur die materialistische Weltsicht - mit ständiger aktiver Einmischung in den Verteilungskampf - die einzig akzeptierte Lebensform ist.

Ich würde mich freuen, wenn die Diskussion zu diesem Thema weiterginge und tatsächlich kontrovers geführt würde.

Mir fällt es z.B. nicht schwer, meine materiellen und metaphysischen Bedürfnisse miteinander zu vereinen. Und die aufgeworfene Machtfrage stellt sich für mich immer und überall.

Mit freundlichem Gruß
Erika Kokott

Liebe SV-Specialdenker,
trotz langem und gewiß aufrichtigem Bemühen ist es mir bisher nicht gelungen, herauszufinden, welches Menschenbild und -Verständnis Ihr Eurer ganzen SV-Diskussion etc. zugrunde legt. Was ist für Euch der Mensch - Spezialfall eines Tieres, dessen Bewußtsein vom Sein bestimmt ist, kommend und gehend, wie es „der Zufall will"?

Kurzum, diese CONTRASTE sind keine! Es ist der gleiche Materialismus, nur mit anderen Spielregeln.

An einem weiteren Bezug der CONTRASTE bin ich nicht mehr interessiert.

Mit herzlichen Grüßen
Herbert Ganser

Verkäufe

Frankfurt **Gebrauchsgeräte Service + Handel;** Konkurrenzlos, Umsatzsteigend, komplett mit Knowhow, Ersatzteillager, Lieferanten u. Kundenstamm wg. Krankheit für 50.000 DM zu verk., Einarbeitung und Teilfinanzierung möglich.
Chiffre: Gas

Gut laufendes Tagungshaus in Nordfriesland zu verkaufen. 28 Betten, 600 qm Wohnfläche u. Wohnung 200 qm zum selber wohnen. Stall, Scheune und Werkstätten vorhanden. Grundstück ca. 6000 qm. Preis Vhs. ☎(04671) 23 23

Hallo Elektriker u. Installateure unsere Elektroabt. hat zugemacht, deshalb „Impex"-Mauerfräser zu verkaufen 1/2 Jahr benutzt; ca. 1000,-DM
Werkhof Bremen
☎(0421) 50 05 71

Badewannen

Sterbt sauber und sanft!!!
Chiffre: **sauber baden**

Verein zur (Be-)Förderung des Parlamentarismus i.Gr.-Ehrenvorsitzender: Dr. Barschel posthum
Wir fordern: Badewannen für die 3. Welt. Die Welt muß sauber werden. Spendet mehr Badewannen (für die 3. Welt)!
(Für Großdemo IWF-Berlin
Chiffre:**Badewanne**

Sonstiges

Kaufe Broschüre **„Alternativbetriebe in NRW"** MAGS-Düsseldorf 1984 für 3 DM zzgl. Porto - da sonst überall vergriffen - auch in hoher Stückzahl.
W. Beywl
Bonnstr. 84
5040 Brühl

Hexenküche
das rollende Restaurant zwischen Kassel, Münster und Homburg.
In unserem Zirkuswagen mit Vorzelt bieten wir eine vegetarische Küche für 20-200 Personen. Eine Erweiterung durch ein Zirkuszelt und Bar, sowie eine räumliche Gestaltung von Open-Air-Veranstaltungen ist möglich.
3074 Steyerberg Nr. 14
☎(05764) 23 49 od. (05021) 6 22 58

STATT- und LAND-BUCH SCHLESWIG-HOSTEIN 1988

Ein Eindruck: Vielen Alternativen scheint noch immer die Lust auf Öffentlichkeit, auf das „sich Verkaufen" abzugehen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß nach einigen Aufrufen so manches interessante Projekt fehlt?

Besteht noch immer ein genügsames Warten darauf, daß die richtig Gesinnten schon alleine den Weg finden, die Erwartung, daß die eigenen Flugblätter und Versandaktionen die Zielgruppe viel besser erreichen, als gemeinsame Darstellungen und Übersichten?

Handbücher wie dieses, sind für den Kontakt verschiedenster Leute wichtig. Wenn mehr mitmachen würden, könnten sie zu einem noch wichtigeren Mittel der Vernetzung und gegenseitigen Stützung werden. Die Schleswig-Holsteiner sind da wieder einen Schritt weiter gekommen.

Das Buch gibt es (für 12,- DM) beim Netzwerk, Schweffelstr. 6, 2300 Kiel

Bernhard Scholer Red. Hamburg

"MAL SEHN, WAS ES SONST NOCH SO FÜR FÄSSER GIBT:"

LAS PALMAS ab/bis Ffm jeden So bis 6.3	nur **569,– DM**
MALLORCA ab/bis Ffm jeden So bis 6.3	nur **349,– DM**
ATHEN ab/bis Ffm/Duedo/Stgt tägl. bis 14.3	nur **490,– DM**
NEW YORK ab/bis Ffm jeden Mi, Fr, Sa, So bis 28.2	nur **750,– DM**
BANGKOK ab/bis Ffm/jeden Di	**1420,– DM**
KATHMANDU ab/bis Ffm/jeden Di	**1570,– DM**
SYDNEY ab/bis Ffm/jeden Mo+Do	**2386,– DM**
RIO/SAO PAULO ab/bis Ams jeden Mi+So	**1818,– DM**
RONDRUM: AMST-VANCOUVER-HONGKONG-BANG-FFM- nur	**1995,– DM**

OSTERN FREI z.B.

BANGKOK ab/bis Ffm hin 18.+25.3/rück 7.+14.4.	**1500,– DM**
BOMBAY ab/bis Ffm hin 21.+28.3/rück 8.+15.4.	**1477,– DM**
NEW YORK ab/bis Ffm hin 23.3.– rück 8.4.	**850,– DM**
ATHEN ab/bis Ffm hin 29.+30.+31.3. / rück 12.+13.+14.4.	**660,– DM**

WEITERE ZIELE AUF ANFRAGE

srid – reiseladen
Bockenheimer Landstraße 133. Tel. 069 - 70 30 35
Waldschmidstraße 11. Tel. 069 - 49 03 60
6000 Frankfurt 1

Tagungen ... Seminare ... Treffen

No hau für die Sau

Laßt tausend Selbstverwaltete Betriebe blühen
Existenzgründung alternativ
7. März 1988
Projekte im Paragraphendschungel
11. April 1988
Alle Veranstaltungen um 20.00 h in Heidelberg, Alte Eppelheimer Str. 38 (HH)

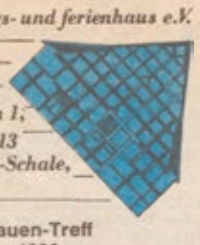
Haus Felsenkeller
Begegnungs- u. Bildungsstätte

Ökopolis
Ein Beratungsprojekt zur Förderung selbstverwalteter Wirtschaftsstrukturen stellt sich vor
25. Februar **und** 21. April 1988, 20 h
und ewig stinken die Felder
Filmabend der Westerwälder Ökobauern
3. März 1988, 20 h
Information:
Haus Felsenkeller
Heimstr. 4
5230 Altenkirchen
☎(02681) 38 70

dialog
BILDUNGSWERK

Die Zukunft der Sozialarbeit und die Selbsthilfegesellschaft
Ort: Münster
14.-17. März 1988
Projekt Selbstverwaltung und Selbsthilfe
Ort: Tecklenburg
25.-28. April 1988
Anmeldung und Info:
Dialog-Bildungswerk
Teigelhügel 6
4402 Greven
☎(02571) 25 87

Frauenbildungs- und ferienhaus e.V.



7. Bau-Fachfrauen-Treff
19.-21. Februar 1988
Elektrikerinnen-Treff
18.-20. März 1988
Die Leidenschaft der Wunschbilder und der Mangel an Vorbildern
Theorieseminar mit Carola Wildt
12.-14. Februar 1988
Information und Anmeldung:
siehe oben angegebene Adresse

Institut für Selbstorganisation (und betriebliche Selbstverwaltung),
Rundeturmstr. 16, 61 Darmstadt

24.Feb. 88: **Buchführung für Nichtbuchhalter,** Tagesseminar, (Anmeldung bei U. Kirchbach, Gartenstr. 45, 6000 Frankfurt/Main 70)
17. März 88, 19.30 Uhr: **Die Ökobank kommt - Knete für die Szene?**
Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt
11.-13. März 88: **Genossenschaften - Gründungshilfen und kritische Reflexion ihrer Geschichte**
(Ort: Haus Felsenkeller, Altenkirchen, Anmeldung: Institut

Ökologisches Marketing

Vom 12. bis 14. Februar 1988 findet im Studienhaus Wiesneck (Schwarzwald) ein Seminar über Ökologisches Marketing für Produkte zur sanften Energieerzeugung statt.

Es ist vorrangig für Selbstverwaltete Betriebe, die in diesem Bereich arbeiten, gedacht. Ziel ist es, in Arbeitsgruppen Vermarktungskonzepte für Produkte wie Windkraftanlagen, Sonnenkollektoren, Biogasanlagen, Wärmekraftkopplung usw. gemeinsam zu entwikkeln. Genauere Informationen können angefordert werden bei:
Burghard Flieger
Erwinstr. 29
7800 Freiburg

Johanneshof

Gründung zeitgemäßer Unternehmen
19.-20. März 1988
Information:
Der Johanneshof
Arbeitsstelle für ganzheitliche Lernerfahrungen e.V.
Holmark 5
2391 Freienwil/Flensburg
☎ (04602) 2 70

anderes lernen e.V.

Das Bildungswerk „anderes lernen e.V." stellt ein neues Halbjahresprogrammheft für 1988 vor. Auf fast 40 Seiten werden etwa 50 Kurse, Seminare oder Tagesveranstaltungen von 17 im Bildungswerk zusammengeschlossenen Bildungsinitiativen angeboten.
Zu beziehen über:
anderes lernen e.V.
Ringstr. 9-11
2331 Barkelsby
☎(04351) 8 29 39

HOF BARKELSBY E.V.
SELBSTVERWALTETES TAGUNGSHAUS AN DER OSTSEE

Anders Leben - Anders Arbeiten
12.-14. Februar 1988
Information und Anmeldung:
Hof Barkelsby
Ringstr. 9-11
2331 Barkelsby

Bildungsbegriff, Arbeitssituation und Rahmenbedingungen alternativer Bildungsstätten

In den letzten Jahren ist in der Bundesrepublik eine Vielzahl von Bildungsstätten und Tagungshäusern gegründet worden, die als alternative Bildungsstätten bezeichnet werden, ohne daß dieser Begriff hinreichend geklärt wäre. Sicher ist, daß sie eine Vielfalt von Bildungszielen und Arbeits-und Lebensformen repräsentieren, die belebend wirkt, aber bei vielen - insbesondere bei fördernden Stellen - Unbehagen verursacht.
Sicher ist auch, daß die Umsetzung konzeptioneller Überlegungen angesichts der faktischen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen besonders schwierig ist und mit einem erheblichen Maß an Selbstausbeutung einhergeht. Andererseits ist eine besondere Chance der Identifikation mit der eigenen Arbeit gegeben. Aber auch diese kann häufig nicht konfliktfrei verwirklicht werden.
Die Tagung soll ein Diskussionsforum für Vertreter und Mitarbeiter der Bildungsstätten sein, einen Erfahrungsaustausch über die wichtigsten Arbeitsprobleme ermöglichen und sich mit Fragen der rechtlichen und wirtschaftlichen Absicherung befassen.
Dabei wird auch zu fragen sein, ob die bestehenden Kooperationsnetze ausreichend sind oder ob durch eine engere regionale und überregionale Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen ein Beitrag zur Absicherung ihrer Arbeit geleistet werden kann.
Nicht weniger wichtig wird jedoch das Thema sein, welche Bildungsvorstellung der Arbeit der Einrichtungen zugrundeliegt und welche Rolle die Mitarbeiter und die Alltagsgestaltung bei ihrer Verwirklichung spielen.
14. -16.3.1988
Bildungsstätte
Kinder- und Jugendzentrum
Bahnhof Göhrde
2121 Nahrendorf-Breese

Anmeldung:
Paritätisches Bildungswerk Bundesverband e.V.
Heinrich-Hoffmann Str.3
6000 Frankfurt 71

KOVAP

KOVAP-Buchführungsseminar für Projekte im südd. Raum vom 11. bis 13. März 1988 in Fürstenfeldbruck.
Inhalt: Buchführungstheorie, manuelle und EDV-Buchhaltung.
Kosten für alles: 40,- DM
Infos und Anmeldung: KOVAP
Thalkirchner sTr. 106
8000 München 2
☎(089) 725 42 90

KOBI

Kurse und Diskussionsveranstaltungen zu unserem Sonderprogramm **Weiterbildung für selbstgeschaffene Arbeitsplätze und für Selbstverwaltete Betriebe und Projekte** beginnen wieder im Mai 1988.
Das Sonderprogramm ist gegen Rückporto erhältlich ab April beim **Kommunikativen Bildungswerk**
Lange Str. 79a, 4600 Dortmund 1,
☎(0231) 14 31 23
Wichtig: Alle Kurse finden in Dortmund statt und sind ohne Übernachtung und Verpflegung.
Achtung: Für den Bildungsbereich „Selbstverwaltung und Weiterbildung" suchen wir noch interessierte KursleiterInnen und Referenten, insbesondere zu Themen wie **Arbeitsorganisation, Liquidität, Ökobank, Alternativökonomie.**

HEIMVOLKS-HOCHSCHULE
ALTE MOLKEREI FRILLE

Arbeitsplätze selber schaffen - Information und Beratung für alle, die nach neuen Wegen selbstgeschaffener Arbeits- und Lebensprojekte suchen.
Vom 12. bis 14. Februar 1988

Gemeinnützige Vereine - ihre Spielräume bei der Bekämpfung sozialer Probleme wie Ausbildungsnot und Beschäftigung Arbeitsloser.
Vom 24. bis 26. Februar 1988
Anmeldung:
HVHS Frille
Freithof 16
4953 Petershagen
☎ (05702) 97 71

Verein für Ökologische Bildungsarbeit

Buchhaltung u. Kostenrechnung für Kleinbetriebe und Selbstverwaltete Projekte
4. - 6.März 1988
Information und Anmeldung:
Vöb
Eichenkamp 8
3170 Gifhorn

Lern-werkstatt

Selbstverwaltetes Tagungshaus für Kurse, Seminare, Freizeiten hat noch Plätze frei! Unsere **„Lernwerkstatt"** hat 27 Betten (2-, 3-, 4-Bett-Zi.), 2 Gruppenräume, 2 Küchen für Voll- od. Selbstverpfleg. Haus in kl. Eifeldorf Nähe Daun, sehr gemütlich, herrl. Landschaft. Nur knapp 2 Std. von Köln, Aachen, Bonn, Wiesbaden, Ffm. Entstanden durch die Idee ehem. EntwicklungshelferInnen.
Info und Anmeldung:
Lernwerkstatt e.V.
Brunnenstr. 1
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 od. 10 31

WERKSTATT bildungswerk e.v.

Lebensraum Krisenlandschaft - Über die Widersprüche einer Region

Unter diesem Titel bietet die Werkstatt-Bildungswerk, ein kleines sozio-kulturelles Zentrum mit Tagungshaus in Essen-Steele Horst, 3-5-tägige Seminarreihen für Schulklassen, Jugend- und andere interessierte Gruppen oder Einzelpersonen zum Thema Ruhrgebiet an.
Es können wahlweise verschiedene Themenschwerpunkte bearbeitet werden. (Geschichte des Ruhrgebiets, Das Ruhrgebiet in der Krise, Ruhrgebietskultur und Ökologie). Begleitet von kompetenten ReferentInnen lernen die TeilnehmerInnen gemeinsam an den Erfahrungen, die aus Erkundungen, Besichtigungen, Gesprächen entstehen.
Die MitarbeiterInnen des Werkstatt-Bildungswerkes verstehen sich als Organisatoren, als Vermittler von gewünschten Kontakten, aber auch als Begleiter der Seminare und werden unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse das genaue Programm erstellen.
Genauere Infos beim:
Werkstatt-Bildungswerk
Antonienallee 25
4300 Essen
☎(0201) 52 16 82

Werkstatt für Demokratie und ÖFFentlichkeit

Texte besser schreiben

Ein Werkstatt Seminar für Menschen, die gelegentlich oder auch öfter Beiträge für Zeitschriften, Rundbriefe, Flugblätter und Anträge schreiben.

Ein Seminar für Menschen, die mit ihrem Stil, Formulierungen, zu hohem Zeitaufwand, mangelndem Pfiff oder unklaren Gliederungen unzufrieden sind.

Das Seminar wendet sch nicht an professionelle SchreiberInnen, sondern an Gelegenheitsschreiberlnnen, die das, was sie im Kopf haben, auch aufs Papier bringen wollen.

„Texte besser schreiben" besteht aus drei Werkstätten in denen praktisches Schreibwerkzeug vorgestellt und erprobt wird.
Ideen-Werkstatt: Wie mobilisiere ich mein vorhandenes Wissen?
Kritik-Werkstatt: Was macht einen verständlichen und interessanten Stil aus?
Schreib-Werkstatt: Wie fange ich an und wie baue ich meinen Text auf?
Termin: 18. - 20. März 1988

Frauensprache - Rhetorik und Kommunikationsseminar für Frauen

Wie fühlt sich Frau bei gemischtgeschlechtlichen Diskussionen, am Arbeitsplatz, in der Schule, mit Freunden und Familie

Wie sieht es aus mit der Durchsetzung unserer Anliegen und Interessn, unserem Rederecht?

Wir wollen anhand von unterschielichen Gesprächssituationen Benachteiligungen von Frauen aufzeigen und nach Möglichkeiten der Sprachveränderung suchen.

Wir möchten Unterschiede im Sprachgebrauch von Frauen und Männern aufzeigen und unsere eigene Redefähigkeit schulen.
Dazu bieten sich unter anderem folgende Übungen an:
- kontrollierter Dialog,
- freie Rede mit Videoaufzeichnung, Rollenspiel,
- Überzeugungsrede mit Videoaufzeichnung,
- Paarinterview,
- Fallstudien aus der Kommunikationspsychologie,
- inneres Rollenspiel zum inneren Konflikt von Redesituationen

Termin: 14.-18. März 1988

Information und Anmeldung:
WDÖFF
Tagungshaus
Estermannstr. 204
5300 Bonn 1 (Graurheindorf)
☎(0228) 67 46 63

Ein wichtiger Vorsatz für 1988: Gib CONTRASTE eine Chance

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: . . . . .
Adresse: . . . . .
Gruppe/Betrieb/Beruf: . . . . .
Abo für 12 Monate DM 36,-- (incl. Versand)
sonst DM 24,-- für Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: . . . . . Geldinst.: . . . . .
Konto-Nr.: . . . . . BLZ.: . . . . .
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: . . . . .
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Davon habe ich Kenntnis genommen . . . . .
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, eins

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Probeabonnement

Ich finde CONTRASTE verbreitenswert, und möchte an folgende Person ein auf 6 Monate begrenztes Probeabonnement für den Preis von 18 Mark verschenken.

Empfänger/in:
Name, Vorname . . . . .
Straße, Hausnummer . . . . .
Ort . . . . .

Spender/in:
Name, Vorname . . . . .
Straße, Hausnummer . . . . .
Ort . . . . .
Datum, Unterschrift . . . . .
0 Verrechnungsscheck liegt bei 0 Bargeld liegt bei

Mir ist klar, daß ich diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen widerrufen kann.
Zur Fristwahrung reicht die rechtzeitige Absendung.

Unterschrift . . . . .

Auschneiden und absenden an:
CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1